

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

9/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2018

Redaktionsnotiz.....	3
Aufruf zur LLL-Demo.....	5
Wir sagen: Trotz alledem!.....	5
Über Sahra Wagenknechts „Aufstehen“.....	6
<i>Kommunistische Organisation</i> : Ein Beitrag zur neuen Bewegung „Aufstehen“ und Allem, was dazu gehört.....	6
100. Jahrestag der Novemberrevolution.....	14
<i>Heinz Ahlreip</i> : Der Ausgang der Novemberrevolution.....	14
<i>Kommunistische Organisation</i> : Die Macht erobern. Zur Novemberrevolution und ihren Lehren für die Arbeiterklasse....	16

<i>Heinz Ahlreip</i> : „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die sozialdemokratische Partei“ (Gustav Landauer).....	31
Der deutsche Faschismus gestern und heute.....	35
<i>Eva Niemeyer</i> : Die Ereignisse in Chemnitz und die Rolle des deutschen Faschismus.....	35
Auszüge aus der Posener Rede Heinrich Himmlers.....	41
Konterrevolution auf Filzlatzchen.....	42
<i>Egon Bahr</i> : „Wandel durch Annäherung.“ Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15. Juli 1963.....	42
<i>Manfred Wilke</i> : Interview mit Wolfgang Berghofer: »Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige«. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90....	47
<i>Dieter Schröder</i> : Was verbirgt sich hinter der „Sozialistischen Marktwirtschaft“?.....	73
<i>Karsten Schönsee</i> : Zur Kritik der Theorie der „Sozialistischen Marktwirtschaft“.....	77
<i>Hermann Jacobs</i> : Ulbrichts NÖS und Honeckers ... nös.....	88
Fünf Jahre Partei der Arbeit Österreichs.....	95
<i>Otto Bruckner</i> : Wir stehen für Geradlinigkeit, Klassenkampf und Solidarität!.....	95
DKP.....	100
<i>Fritz Dittmar</i> : Auseinandersetzung in der DKP zur Stalin-Frage. Zu Hans-Peter Brenners Referat auf der 2. PV-Tagung der DKP.100	
<i>Gregor Hollender</i> : Antimonopolistische Demokratie: eine veraltete und gefährliche Strategie.....	103
Aus der Leser/innen-Post.....	108
<i>Sebastian Rostock, Nadezhda Syrkina</i> : Anmerkungen zum Artikel von Cervi und Vicario.....	108
<i>Jörg Wegener</i> : Notwendige Klarheit in Grundsatzfragen.....	111
<i>Gerhard Naumann</i> : Einig und wiederum auch nicht.....	112
<i>Emko</i> : Herzlichen Glückwunsch zu 25 Jahren offen-siv!.....	114
Dokumentiert.....	114
<i>KPD</i> : Grußadresse zum 100. Jahrestag der Gründung der KP Griechenlands (KKE).....	114

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die Themen des vorliegenden Heftes sind durchgängig nicht besonders schöne Themen, leider aber notwendige. Dies Heft handelt von Fehlern, Niederlagen im Klassenkampf, Verrat, schleichender Konterrevolution, Faschismus und ähnlichen unschönen Dingen. Man kann sich zum Jahresausgang selbstverständlich Aufbauenderes vorstellen, aber wir können uns die bittere Realität ja nicht rosarot anmalen.

Zu Beginn dokumentieren wir den Aufruf zur LLL-Demo im kommenden Januar.

Das zweite Thema des Heftes bildet die Initiative Sahra Wagenknechts: „Aufstehen“. Wir hatten eigentlich nicht geglaubt, uns damit beschäftigen zu müssen, mussten aber feststellen, dass „Aufstehen“ beim RotFuchs und bei der jungen Welt, in Kreisen der DKP und sogar bei einigen Genossen/innen der KPD durchaus Sympathien genießt. Deshalb dokumentieren wir eine grundlegende Analyse und Auseinandersetzung mit „Aufstehen“, verfasst von der „Kommunistischen Organisation“.

Des weiteren ist selbstverständlich die Novemberrevolution Thema, hier sowohl mit dem Aspekt, der Gustav Landauer sagen ließ: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die sozialdemokratische Partei“ wie auch mit dem Aspekt der Gründung der KPD.

Die englischen Genossen/innen von der CPGB/ML haben eine interessante Analyse über den heutigen deutschen Faschismus veröffentlicht, die wir in deutscher Übersetzung dokumentieren.

Und danach geht es angesichts der Auseinandersetzungen, die innerhalb der Linken überhaupt und leider auch innerhalb des kommunistischen Spektrums um die Fragen der sozialistischen Marktwirtschaft geführt werden, um Inhalt, Hintergrund und Konsequenzen solcher „Theorien“. Wir stellen diesen Artikeln die Rede von Egon Bahr zum „Wandel durch Annäherung“ zur Seite und ein Interview mit Wolfgang Berghofer, geführt 2006, über die Zeit von November 1989 bis Januar 1990 in der DDR und die Taktiken, die vom rechten Flügel der SED angewandt wurden, um die Partei zu zerstören und in eine sozialdemokratische Formation zu überführen.

Schließlich kommt Otto Bruckner zum fünfjährigen Jahrestag der Gründung der PdA Österreichs zu Wort, danach beleuchtet Fritz Dittmar den Antistalinismus der DKP und ergänzend dokumentieren wir den Beitrag von Gregor Hollender bei der 44. Prager theoretisch-politischen Konferenz zur Frage der so genannten „antimonopolistischen Strategie“ bzw. „antimonopolistischen Demokratie“.

Ein Blick in die Post unserer Leserinnen und Leser und die Dokumentation der Glückwünsche, die die KPD der KKE zum 100. Jahrestag ihrer Gründung sandte, beschließen das Heft.

Zum Jahresende müssen wir über die Finanzen sprechen. Die laufende Herausgabe der Zeitschrift konnten wir in diesem Jahr aus den eingegangenen Spenden recht gut bestreiten. Was uns aber nur sehr zögerlich gelingt, ist der Ausgleich des Defizits, welches die Herausgabe der drei Bände Kurt Gossweiler „Wie konnte das geschehen?“ hervorgerufen hat. Die Gesamtkosten betragen rund 20.000 Euro, davon sind inzwischen immerhin etwas mehr als die Hälfte zurückgeflossen und beglichen. Aber eben auch nur etwas mehr als die Hälfte.

Deshalb unsere Bitte: Wenn Ihr uns hier mit einer Spende weiterhelfen könntet, würdet Ihr den finanziellen Druck, der auf uns liegt, spürbar mildern. Wir möchten nochmals betonen: jede Summe hilft, und je mehr von Euch einen Beitrag leisten – und sei er noch so klein –, desto schneller entspannt sich die Lage. Bitte kennzeichnet Eure Spenden hierfür mit dem Zusatz „Gossweiler-Edition“.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Aufruf zur LLL-Demo

Wir sagen: Trotz alledem!

Jahr um Jahr im Januar kommen Tausende Menschen mit Nelken und Rosen zum Grabmal von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde. Und weil dies 2019 der 100. Jahrestag ihrer Ermordung sein wird und der fanatische Ungeist ihrer Mörder vielerorts in Deutschland und Europa eine unheilvolle Auferstehung feiert, soll unser »Trotz alledem!« unübersehbar werden!

Was hatten diese beiden Wortführer der Linken, Gründer der KPD, verbrochen, dass sie bespitzelt, gefangen, gefoltert und bestialisch umgebracht wurden? Waren sie für immer neue Kriege? Nein, sie waren für dauerhaften Frieden! Wollten sie noch mehr Schweiß und Blut auf dem Altar der Stahlbarone opfern? Nein, sie waren gegen die Ausbeutung unseres und anderer Völker! Dachten sie wie unsere Herrscher: »Viel Feind‘, viel Ehr‘!«? Nein, sie wirkten für die Solidarität der Menschen und Völker! Folgten sie den nationalistischen, rassistischen, antisemitischen Rattenfängern? Nein, sie rissen denen die Masken vom Gesicht.

Deshalb sprachen sie auf Kundgebungen, sammelten sie Verbündete, wurden sie eine wachsende Gegenkraft. Eben deshalb wurden sie von den reaktionären Trupps des Freikorps, der Geheimdienste und Reichswehr verfolgt und zuletzt grausam abgeschlachtet. Wie viele andere davor. Die Herrschenden nannten das »Ordnung schaffen!«. Es wurde die Startbahn für Hitlers braune Kolonnen.

Doch am Tag ihrer Ermordung erschien der Artikel »Trotz alledem« von Karl Liebknecht. Und am Vortag hatte Rosa Luxemburg geschrieben: »Ich war, ich bin, ich werde sein!«.

Unser gemeinsames Gedenken löst ihr Gelöbnis ein! Obwohl inzwischen im Osten Europas der Kapitalismus restauriert wurde? Wir sagen: »Trotz alledem!«. Obwohl inzwischen acht superreiche Familien mehr Vermögen haben als die ärmere Hälfte der Erdbewohner? Obwohl so viele Kriege und Bürgerkriege toben? Obwohl über 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind – zwischen Trümmern, Schlauchbooten und Sperrzäunen? Obwohl das starke und reiche Deutschland um Abschieberekorde ringt? Obwohl wieder mal deutsche Truppen an der russischen Grenze stehen und der Präsident der USA seinen Rüstungsetat ins Unermessliche steigert?

Wir sagen: Gerade deshalb und trotz alledem! Und demonstrieren in diesem Geist friedlich am 13. Januar 2019.

Wir wollen keine Festung Europa! Wir wollen eine Welt des Friedens, der Solidarität und des lebenswerten Lebens auf allen Kontinenten!

Das halten wir für möglich: »Trotz alledem!«

LL-Bündnis, Berlin, September 2018. V.i.S.d.P.: Klaus Meinel, Platz der Vereinten Nationen 25, 10249 Berlin

Über Sahra Wagenknechts „Aufstehen“

Kommunistische Organisation: Ein Beitrag zur neuen Bewegung „Aufstehen“ und Allem, was dazu gehört

„Aufstehen“ – so lautet der Name einer Idee Sahra Wagenknechts und Oskar Lafontaines (beide Partei die Linke), die sich seit einigen Wochen großer Aufmerksamkeit durch die Medien erfreut. Es geht um eine politische „Sammelbewegung“, die Menschen relativ partei- aber vor allem klassenunabhängig organisieren möchte. Die große – nach bereits länger andauernden innerparteilichen Debatten – Präsenz dieses Projektes in der Presse hängt mit der zur Bewegung gehörenden Website zusammen. Ist sie momentan doch noch nicht mehr als ein Internetphänomen. Die momentan stattfindenden, scheinbar oder auch real hitzig geführten Debatten – weit über die Medien und die Strukturen der Partei die Linke (PdL) hinaus, bis hinein in die außerparlamentarische Linke, die Gewerkschaftsbewegung und einige mehr – haben uns dazu veranlasst, diesen etwas ausführlicheren Hintergrundartikel zu veröffentlichen. Wir wollen Klarheit schaffen, worum es bei der Sammelbewegung und den mit ihr zusammenhängenden Debatten tatsächlich geht und was das für die Arbeiterklasse in Deutschland bedeutet. Ferner wollen wir Handlungsoptionen aufmachen, die aus unserer Sicht und als Antwort auf die beschriebenen Entwicklungen auf die Tagesordnung gehören. Aber der Reihe nach:

„Aufstehen“ – wer, was, wie und warum?

Bereits seit einiger Zeit gibt es in der Linkspartei, die 2007 aus einer Fusion zwischen PDS („Partei des demokratischen Sozialismus“) und WASG („Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“) hervorgegangen ist, Debatten über die eigene politische und organisatorische Ausrichtung. Wie ihre Vorgänger auch ist die PdL keine revolutionäre Organisation. Ihre ideologischen und organisatorischen Grundlagen stehen einer revolutionären Praxis grundlegend entgegen. Sie verfolgt nicht das Ziel,

den Kapitalismus durch den bewusst geführten Klassenkampf von unten abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen. Stattdessen gibt sie vor, durch einen auf die parlamentarische Ebene fixierten Reformkampf Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die breiten Massen erreichen zu wollen. Ihrer programmatischen Grundlage und ihrer politischen Praxis nach ist die PdL also als sozialdemokratische Kraft einzuordnen. Diese Erkenntnis ist festzuhalten, denn auf dieser Grundlage spielten und spielen sich auch die parteiinternen Debatten ab, die mit zur Gründung von „Aufstehen“ geführt haben. Derzeit fallen in der Partei besonders zwei Flügel, mit in der Diskussion unterschiedlichen Standpunkten, auf: zum einen der im Wesentlichen von der Parteivorsitzenden Katja Kipping angeführte, zum anderen der Flügel um die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Sahra Wagenknecht. Doch auch wenn bürgerliche Medien diese Flügel gern als die „Parteilinken und -rechten“ betiteln, geht es in den Auseinandersetzungen keineswegs um den grundlegenden Kurs der PdL. Ihre sozialdemokratische Ausrichtung an sich wird nicht oder nur von sehr unbedeutenden Kräften zur Debatte gestellt. Der parteiinterne Streit beschränkt sich auf Fragen des Profils, das man sich geben möchte und daran anknüpfend des Klientels, das man mit diesem oder jenen Themenschwerpunkt, mit dieser oder jener Haltung ‘ansprechen’ möchte.

So viel zum politischen Kurs in der PdL, der wesentlicher Teil der Vorgeschichte von „Aufstehen“ ist. Die Entwicklung der Sammelbewegung geschah auf Initiative Sahra Wagenknechts und ihrer Anhängerschaft, die schon lange Zeit vorher in der PdL für solch ein Modell plädiert haben. Wagenknecht, die zur Zeit der Konterrevolution ’89/’90 noch offen die DDR und ihre Errungenschaften verteidigte, dann lange Zeit als Galionsfigur der „Kommunistischen Plattform“ in der PdL galt, propagiert heute in Lobreden auf Ludwig Erhardt die „soziale Marktwirtschaft“, möchte eine regierungsfähige Linkspartei und schlägt auch gern mal nationalistische, ausländerfeindliche Töne an („Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt“). Doch die Politikerin, deren politische Entwicklung einem Beispiel für Opportunismus aus dem Lehrbuch gleichkommt, ist nicht allein: Neben weiterem Support aus der eigenen Parteiführung (insbesondere Oskar Lafontaine), schillert die Bewegung momentan auch durch die Unterstützung von Vertretern der Grünen und der SPD, wie bspw. durch Antje Vollmer oder den Bundestagsabgeordneten Marco Bülow. Hinzu kommen noch verschiedene Personen des öffentlichen Lebens. Erklärtes Ziel der Bewegung ist es, die Masse der Abgehängten, der prekär Beschäftigten, all die Wütenden, die etwas verändern wollen, zu erreichen. Willkommen seien bei „Aufstehen“ alle Interessierten, egal ob und welcher Partei sie angehören. Ein großes Augenmerk läge auf all jenen vom Parlamentarismus Enttäuschten, den Nicht-(mehr)-Wählenden und sogar denen, die bisweilen in der AfD eine Hoffnung sehen. Diese Menschen zu erreichen und zu organisieren, ist natürlich auch das Ziel der Kommunisten und der

klassenkämpferischen Kräfte. Bei „Aufstehen“ geht es jedoch um etwas ganz anderes: „wir wollen neue Mehrheiten in Deutschland und Europa“ (<https://www.aufstehen.de/>). Diesen Ausspruch kann man tatsächlich wörtlich, bezogen auf die Parlamente – auf das Ziel einer rot-rot-grünen Koalition – verstehen. Denn auch, wenn „Aufstehen“ nach bisheriger Aussage ‘nur’ eine „Bewegung“ und nicht etwa eine neue Partei in der bürgerlichen Parlaments-Landschaft sein möchte, geht es am Ende immer wieder um das Erreichen sozialer Reformen durch den parlamentarischen Apparat. Im Wesentlichen ist dies die Lösung, die man den Massen bietet.

„Aufstehen“ – ganz was Neues?

Wie bereits erwähnt, ist die Aufmerksamkeit für „Aufstehen“ groß und die Gründer schaffen es auch ziemlich gut, dem Projekt einen Flair des Aufbruchs und des Neuen inmitten von verkrusteten Verhältnissen zu geben. Aber ist solch eine Bewegung wirklich etwas Neues? Erinnern wir uns zurück: in den 1980er Jahren formieren sich in der BRD aus Teilen der Friedens- sowie der Ökologiebewegung die Grünen. Jung und hipp, mit Turnschuhen und langen Haaren im Bundestag – auch sie genossen den Eindruck in der Bevölkerung, etwas Neues und Alternatives zu sein. In den 90ern dann eine Anti-Globalisierungsbewegung, die für Aufmerksamkeit sorgt, mit dem Bündnis „Attac“ als wohl bekanntestem Vertreter und daneben die PDS, die im Westen aber relativ erfolglos blieb. 2007 bildet sich die Linkspartei, angetreten mit dem forschen Ziel, eine bedeutende gesellschaftliche Kraft links der SPD zu werden. Deutschland, das Land der periodisch wiederkehrenden Bewegungen? Wohl kaum. Auch in anderen Ländern ist immer wieder zu beobachten, wie neue Bündnisse oder Bewegungen einen Aufbruch vom kapitalistischen Elend hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und Frieden beschwören. „La France insoumise“ (deutsch: „Unbeugsames Frankreich“), die Basis Jean Luc Mélenchons zur französischen Präsidentschaftswahl 2017, die breiten Unterstützerkreise von Bernie Sanders während seiner Kandidatur zum US-Präsidenten 2016, Jeremy Corbyns „Labour Party“, „Podemos“ in Spanien, das griechische Linksbündnis „Syriza“ und dessen Abspaltung „Volkseinheit“ sind nur ein paar der vielen Beispiele für derartige Phänomene. Der Kapitalismus braucht stets geeignete Mechanismen, um die ausgebeuteten und nicht an der politischen Macht teilhabenden Massen – die objektiv überhaupt kein Interesse an seinem Fortbestehen haben – in sein Herrschaftssystem integrieren zu können. Die krassen Widersprüche und Probleme, die die Produktion dadurch hervorbringt, dass sie auf den Profit der herrschenden Klasse orientiert ist, wachsen stetig. Das bedeutet auch, dass sie immer offensichtlicher und spürbarer werden für weite Teile der Bevölkerung. Doch die Bourgeoisie hat Methoden entwickelt, mit denen sich die Wut über die Verhältnisse und die Suche nach Alternativen kanalisieren lässt – in für sie ungefährlichere Bahnen. Soziale und

politische Bewegungen, die die realen Missstände zwar thematisieren, aber statt der Abschaffung des Kapitalismus nur seine 'Verbesserung' als Lösung propagieren, sind für solche Fälle ideal. Sie fangen die Enttäuschung der Massen ab und säen Hoffnung auf Veränderungen. Doch der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Die bitterste Erfahrung mit diesem Umstand musste in den letzten Jahren wohl das griechische Volk machen. Syriza, das sich selbst als „radikal links“ bezeichnende Bündnis aus verschiedensten griechischen Parteien und Organisationen errang Anfang 2015 mit Alexis Tsipras an der Spitze und in Koalition mit der nationalistischen „ANEL“ die Mehrheit im Parlament und übernahm die Regierung Griechenlands (weiteres zu Syriza, der politischen Entwicklung Griechenland und der Haltung der deutschen Linken findet sich in einem anderen Hintergrundartikel der KO). Der Wahlsieg von Syriza rührt zweifellos aus der Hoffnung auf soziale Veränderungen und einem Kurs fernab von Spardiktaten und Bankenrettung, die das Bündnis mit seinem Wahlantritt in weiten Teilen der griechischen Lohnabhängigen befeuert hatte. Tatsächlich stand aber auch von Anfang an fest, dass Syriza die Rückzahlung der Schulden akzeptieren würde und dass das Bündnis mit seiner Fokussierung auf das Parlament viel mehr zur Schwächung, zur Desorganisierung der Arbeiterklasse, als zu ihrer Stärkung beitragen würde. Es dauerte nicht lange, bis die Folgen dieser neuen Regierung sichtbar wurden: der massive Sparkurs ging weiter, die Krisenauswirkungen hatten nach wie vor das griechische Volk und vor allem die Arbeiterklasse zu tragen, für immer mehr Menschen wurden die Lebensbedingungen nicht nur nicht besser, sondern schlechter und zu einem Austritt aus der imperialistischen EU oder NATO kam es nie. Eine herbe Enttäuschung für die Teile des Volkes, die in Syriza etwas Gutes sahen, ein lohnender Umstand für die griechische Bourgeoisie. Sie konnte so nicht nur die Lasten der eigens verursachten Krise weiter auf den Rest der Bevölkerung abwälzen, sondern noch dazu die Wut und den Protest dagegen mit Hilfe der Regierung Syrizas in ihr Herrschaftssystem integrieren und sich vor möglichen direkten Klassenkonfrontationen schützen.

Es liegt in der Logik der Sozialdemokratie, dass sie die Hoffnungen, die die Menschen in sie setzen, nicht erfüllen kann. Weil die Menschen nicht dumm sind, verstehen sie das natürlich irgendwann und kehren den bestehenden sozialdemokratischen Organisationen den Rücken. Weil die herrschende Klasse trotzdem auf Mechanismen angewiesen ist, um die Unzufriedenheit der Massen einzufangen und unschädlich zu machen, braucht sie auch immer wieder neue reformistische Organisationen, die den Massen die immer gleichen illusorischen Versprechungen in jeweils neuer Verpackung präsentieren. Je tiefer die Krise des Systems, je geringer also die Spielräume für tatsächliche Zugeständnisse des Kapitals an die Arbeiterklasse, desto schneller kommt das 'Verfallsdatum' der reformistischen Bewegungen und Parteien, desto öfter müssen neue Formen zur Systemintegration geschaffen werden.

„Aufstehen“ – was sagen die Anderen?

Die Flügel-„Kämpfe“ in der PdL wurden im zweiten Absatz bereits kurz angerissen. Während es Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger sind, die nun voll und ganz die „Aufstehen“-Bewegung tragen und bewerben, üben andere Teile der Partei – insbesondere der Flügel um Katja Kipping – scharfe Kritik. Zentrale Punkte ihrer Reaktionen sind der Vorwurf der Querfront (aufgrund des Vorhabens von „Aufstehen“, auch z.B. derzeitige AfD-Sympathisanten anzusprechen) und das Abdriften nach rechts, das quasi ‘Überflüssigmachen’ der PdL selbst, bis hin zur Spaltung der Partei. Außerdem wird ein undemokratischer Ausbau von Wagenknechts Einfluss kritisiert, mit dem Argument, sie selbst würde sich mit ihrer Führungsposition in dieser Bewegung nur profilieren und in Szene setzen wollen. Trotz solcher ‘harten’ Vorwürfe, ist der Dramatik dieser Debatte innerhalb der PdL nur mäßige Bedeutung zuzuschreiben. Wie weiter oben schon erwähnt, geht es eben nicht um die Frage der grundsätzlichen Ausrichtung oder Strategie der PdL, sondern vor allem um die richtige Ausrichtung für bestmögliche (Wahl)-Erfolge und natürlich für eine zukünftige Regierungsbeteiligung. Auch sind die Vorwürfe, Wagenknecht vollziehe mit ihren Positionen zur Flüchtlingsfrage einen Schwenk nach rechts zwar zutreffend, aber aus dem Munde Katja Kippings vor allem heuchlerisch. Konkret zeigt sich die Verlogenheit dieser Empörung an Kippings Positionierung zu saisonalen Gastarbeitern: anstatt vehement die prekäre Situation von Spargelstechern und anderen aus dem osteuropäischen Ausland kommenden Saisonarbeitern anzuprangern, die meist schwere körperliche Arbeit verrichten müssen und obendrein schlecht bezahlt werden, statt die Verantwortung des deutschen Imperialismus dafür klar zu benennen, wies sie in der Vergangenheit lediglich auf die Unentbehrlichkeit dieser Ausgebeuteten für die deutsche Wirtschaft hin – begründet offene Grenzen also mit kapitalistischer Standortlogik, statt mit Klassensolidarität.

Ein Klassenstandpunkt, den man bei den Debatten in der PdL gänzlich vermisst, findet sich in den umfangreichen Berichten der bürgerlichen Medien über die Bewegung natürlich erst recht nicht wieder. Sie toben sich lediglich in Beiträgen aus, die relativ nichtssagend den innerparteilichen Konflikt wiedergeben, mit inhaltlicher Schlagseite mal in diese, mal in die andere Richtung. Aber so oder so, sie befeuern also die Ablenkungsmanöver, die die PdL mit ihrer Politik für die Arbeiterklasse spielt – indem sie einen großen Konflikt vorgaukeln, wo die wesentlichen Entscheidungen schon längst getroffen wurden. Es ist wichtig zu verstehen, dass beide Flügel der Linkspartei keineswegs die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Während der Pol um Wagenknecht die Arbeiterklasse mit falschen Versprechen über

soziale Reformen in die Irre führt und zu ihrer Spaltung in inländische und migrantische Arbeiter beiträgt, ist der Teil der Partei um Katja Kipping oder Dietmar Bartsch noch stärker auf Regierungsbeteiligungen ausgerichtet, verbreitet antikomunistische Propaganda, verteidigt die „Westbindung“ Deutschlands an die EU und die NATO, verharmlost die israelische Besatzungspolitik und propagiert eine „offene Einwanderungspolitik“, um dem deutschen Kapital billige ausländische Arbeitskräfte zu liefern und damit ebenfalls die Arbeiterklasse zu spalten. In einem Aufruf, der den Titel „Solidarität statt Heimat“ trägt, deklarieren sie die Klasse sogar zu einem Teil des Rassismus-Problems – die Klassenfrage wird also komplett verwaschen und die Herrschaft der Bourgeoisie, die Spaltung und Chauvinismus erst sät, in Schutz genommen.

Der Staat als Herrschaft des Kapitals kann eben nicht, wie es “Aufstehen” anstrebt, im Sinne der Arbeiterklasse umfunktionsiert werden. Deshalb ist dieses Programm zwangsläufig eine Irreführung der Massen und nichts Positives. Die Sozialdemokratie ist auch kein Schritt “in die richtige Richtung”, sondern ein Integrationsmechanismus für den Kapitalismus, der die Arbeiterklasse in das Ausbeutersystem integriert und ruhig stellt. Letzten Endes hat sich die Sozialdemokratie immer als Feind der Arbeiterbewegung erwiesen und alles Revolutionäre bekämpft. Für den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse muss sich diese unabhängig vom bürgerlichen Staat, dem Kapital und seinen Institutionen organisieren. Dies voranzutreiben ist die Aufgabe der kommunistischen Partei. “Aufstehen” ist aber das genaue Gegenteil davon und kann von den Kommunisten daher nur negativ bewertet werden.

„Aufstehen“ – ein Grund zur Hoffnung?

Für uns ist selbstverständlich, dass wir als Kommunisten die „Aufstehen“-Sammelbewegung weder begrüßen noch irgendwelche Hoffnungen in sie auf Verbesserungen für die Lage der Arbeiterklasse und aller anderen vom Kapitalismus unterdrückten Schichten hegen. Als Marxisten-Leninisten haben wir die eindeutige Einschätzung von der Sozialdemokratie, dass sie – in welcher Form oder Partei auch immer – die objektive Rolle als eine Machtstütze der Kapitalistenklasse innehat. Ihre besondere Bedeutung besteht darin, dass sie Protest und Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aus dem Proletariat heraus kanalisiert in für die Herrschaft der Bourgeoisie ungefährliche Bahnen. Sie versucht – und das nicht selten erfolgreich – zwar in den Augen der Massen einen kämpferischen, systemkritischen Eindruck zu erwecken, aber in Wirklichkeit sorgt sie gerade dafür, dass die Kämpfe der Arbeiter zahnlos werden. Sie lässt keine Perspektive für den Protest der Unterdrückten gegen die Unterdrückung zu, außer der Integration in das unterdrückerische, d.h. kapitalistische System.

So ist es im Wesentlichen auch mit „Aufstehen“. Sozialabbau, Flüchtlingsproblematik, Enttäuschung über die etablierten Parteien usw. – Wagenknecht und Co greifen die Unzufriedenheit mit den politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen, die bei immer größeren Teilen der Bevölkerung herrscht, auf und schreiben sich die Veränderung dieser Verhältnisse im Sinne der Massen auf die Fahnen. Das ist genau der kritische, ja kämpferische Eindruck, den sie versuchen von sich zu vermitteln. Was sie nicht sagen ist, dass all diese Probleme und Widersprüche Teil des Kapitalismus sind, dass sie notwendigerweise aus der Fäulnis seiner Produktionsweise erwachsen sind und ohne den Kampf gegen dieses System nicht überwunden werden können. Auf dieser Grundlage schaffen sie es dann auch, in der Arbeiterbewegung die Vorstellung zu säen, die bestehenden Verhältnisse angenehmer, sozialer zu gestalten und dafür zunächst einmal „neue Mehrheiten zu schaffen“.

Für die PdL bedeutet die Sammelbewegung eine weitere Schwächung des sowieso schon marginalisierten antikapitalistischen Flügels. Es gibt so gut wie keine Kräfte mehr, die ein rot-rot-grünes Bündnis ausschließen, dies ist gleichbedeutend mit einem Bekenntnis für die Seite des Kapitals. Nicht durch die Propagierung des Reformismus und die Integration von Protestbewegungen in systemerhaltende Kanäle, denn das war immer schon ihr Charakter. Das Neue besteht darin, dass „Aufstehen“ der Annäherung an SPD und Grüne eine sehr konkrete Form gibt, weshalb die Gründer selbst keinen Zweifel daran lassen, dass es am Ende um eine „rot“-„rot“-grüne Koalition auf Bundesebene geht. Sollte es – weil es im Sinne der herrschende Klasse ist – in Zukunft dazu kommen, bliebe für uns von dieser Regierung erst recht nichts zu hoffen. Der Charakter der Sozialdemokratie kommt natürlich bei einer Regierungsbeteiligung erst recht zum Tragen, sodass sich im Zweifel die arbeiter- und volksfeindliche Politik des Imperialismus noch verschärft. Die Politik des „Links“-Bündnisses Syriza in Griechenland, die wir bereits weiter oben erwähnten, ist dafür ein Paradebeispiel. Und auch bezogen auf Deutschland rufen wir in Erinnerung: Es war die „rot“-grüne Regierung von SPD und Grünen zwischen 1998 und 2005, die den ersten Angriffskrieg der BRD und mit der „Agenda 2010“ den schwersten Angriff auf die Arbeiterklasse durchsetzte. Es ist die SPD, die aktuell einen der größten Rüstungshaushalte der BRD beschloss. Es war die PDS bzw. die Linkspartei, die in allen Landesregierungen, an denen sie beteiligt war, Sparprogramme, Sozialabbau, Abschiebungen, Privatisierungen von sozialem Wohnraum – die Politik des Kapitals insgesamt – mitgetragen und umgesetzt hat.

Zuletzt wollen wir noch einmal unterstreichen, dass „Aufstehen“ bzw. die Politik Sahra Wagenknechts zwar ein Teil des Rechtsrucks in der Linkspartei, aber keineswegs dessen Ursache ist. Die liegt im allgemeinen Streben der Partei, regierungsfähig zu werden, was zwangsläufig das Aufgeben linker Inhalte und erst

recht linker Politik beinhaltet. Nahezu alle Aspekte der derzeitigen Gesamtentwicklung in der PdL laufen darauf hinaus: der Wagenknecht gegenüberstehende, aber ebenso imperialismuskonforme Kipping-Flügel; die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen, das die massive Zerschlagung der noch bestehenden Sozialsysteme zur Folge hätte; die Resolution zum 70. Jahrestag der Gründung Israels als Plädoyer für imperialistische Aggression im Ausland; das schon seit einigen Jahren stattfindende Aufweichen der ursprünglichen Ablehnung aller Kriegseinsätze; die Instrumentalisierung von 'kriminellen' Geflüchteten auf der einen Seite sowie von migrantischen Saisonarbeitern auf der anderen, usw.

AUFSTEHEN UND KÄMPFEN!

Von der neuen Sammlungsbewegung und der Sozialdemokratie insgesamt sind also keine positiven Veränderungen zu erwarten. Damit stellt sich natürlich die Frage nach der richtigen Alternative.

Wir stellen fest, dass die immer stärker werdenden Probleme und Widersprüche, von denen die Mehrheit der Menschen in unserer Gesellschaft betroffen ist, notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Systems sind. Es ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, die Realität, dass die Produktion auf den Schultern von Vielen liegt, jedoch der Zweck dieser Produktion einzig und allein die Erzielung von Profiten für Wenige ist. Wenn wir diesen Widerspruch und mit ihm die gesellschaftlichen Probleme überwinden wollen, müssen wir den Kapitalismus und seine Produktionsweise konsequent abschaffen. Es hilft nicht, auf Verbesserungen innerhalb dieses Systems, noch dazu 'von oben herab' – also in Form von parlamentarischer Stellvertreterpolitik – zu hoffen. Jede Organisierung, jeder Kampf für Reformen, jede Bewegung aus der Arbeiterklasse heraus muss als Ziel die Beendigung der Diktatur des Kapitals vor Augen haben, muss immer mit Blick auf die dem System innewohnenden Widersprüche durchgeführt werden.

Andernfalls werden Illusionen geschürt, gerät die eigentliche Lösung in den Hintergrund. Die Wut und Enttäuschung der Massen wird unschädlich gemacht. Der bewusst geführte Klassenkampf geht verloren, aber die Widersprüche und die volksfeindliche Politik bleiben.

Die sozialistische Revolution ist für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, für einen endgültigen Sieg über die Ausbeuterordnung zwingend erforderlich.

Um diese Tatsachen jedoch in den alltäglichen Auseinandersetzungen nicht aus den Augen zu verlieren und um erst einmal wieder die Perspektive des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus in den Massen zu verankern, braucht es eine

Organisation, die die bewussten Teile der Arbeiterklasse, ihre Erfahrungen und ihre revolutionäre Kraft in sich fasst. Diese Organisation muss die kommunistische Partei sein. Sie entwickelt eine Strategie, sie ist mit den Massen eng verbunden, sie führt den Kampf um den Sozialismus an und sie schafft auch die breite Organisierung des Volkes in Massenorganisationen und niedrigschwelligen Tageskämpfen.

Es kann und wird keine Verbesserungen für die Arbeiterklasse im Staat der Bourgeoisie geben ohne die unabhängige klassenorientierte Organisierung als Teil einer revolutionären Strategie. Das heißt auch: keine Verbesserungen ohne den konsequenten Bruch mit der Sozialdemokratie in all ihren Formen.

Ihre „Demokratie“ ist unsere Unterdrückung. Ihr Pluralismus ist unsere Vernebelung. Ihre Sammelbewegungen sind unsere Integration – in ihr faulendes System. Schluss damit, schaffen wir erneut eine starke, revolutionäre Arbeiterbewegung – schaffen wir die kommunistische Partei.

100. Jahrestag der Novemberrevolution

Heinz Ahlreip: Der Ausgang der Novemberrevolution

Fragt man nach dem politischen Grundzug der Weimarer Republik, so lautet die kürzeste Antwort, dass in ihr die Herrschaft konterrevolutionärer sozialdemokratischer Volksfeinde vorlag, die ursprünglich revolutionäre Räte durch Massenüberflutung durch kranken Sozialdemokratismus zu Reformräten verstümmelte, um endlich diesen Krüppeln durch Noske-Truppen den Todesstoß zu geben. Die Massen retteten die SPD vor Kapp, weil sie durch den alten, großen Namen sich noch blenden ließen. Längst hauste der faschistische Wurzelsepp in dieser Partei und der bereitete den Übergang zum Makrofaschismus vor. Die Massen hoben die nach Stuttgart weggelaufene Ebert-Regierung wieder nach oben, und jetzt erfolgte der Umschlag: Noskes Kettenhunde wurden auf die Massen losgelassen, die unter ihnen antifaschistisches Potential auffraßen. Die Weimarer Republik war die Zeit der Agenten, anders als nach 1945, als Berlin Spione aus allen Himmelsrichtungen magisch anzog. Die alten Mächte hätten nach dem Weltkrieg ausgespielt gehabt, wäre die sozialdemokratische Partei eine sozialdemokratische Partei geblieben. Da die SPD eine andere Partei geworden war, boten ihre Mitglieder sich als Agenten an. Um die aufgeblähten und runzeligen Körper der Bourgeois zu verbergen, hüllten die Agenten der SPD sie in eine rote Toga. Der Bourgeois wusste, steht er nackt vor dem Volk, schlägt dieses zu. Aber das ist nur eine Achse, es gilt,

sich ein Viereck der Konterrevolution einzuprägen: Generäle und SPD, Wirtschaftsgeneräle und sozialdemokratische Gewerkschaftsspitzen, und der Fanatismus dieses Vierecks konzentrierte sich nur auf einen Punkt: das Abwürgen der Revolution. Um die Namen zu nennen: Ebert-Groener, Legien-Stinnes. Sozialistische Phrasen waren en vogue und hinter jeder ausgerufenen steckte auch eine konterrevolutionäre Aktivität. Scheidemann sprach von einer „Freien Republik“, aber dahinter steckte die alte bürgerliche Freiheit statt Sozialismus. Das Proletariat zog aus der Novemberrevolution als für es gescheiterte, auf die die Dreigroschenrepublik aufbaute, bittere Lehren. Diese müssen heute vorliegen: Parteiorganisation zum Schrecken der Bourgeoisie und Volksbewaffnung zur Exekution der Befehle der proletarischen Diktatur. Die Volksbewaffnung ist überhaupt das A & O der proletarischen Diktatur, deren Aufgabe in der völligen Vernichtung der Bourgeoisie besteht. Nun kann man aber die Bourgeoisie nicht völlig vernichten, wenn man nicht zuvor das faschistische Offizierskorps der alten bürgerlichen Armee ausgerottet hat. Damit bricht man im bourgeoisen Regierungs- Verwaltungs- und Terrorkörper die Stelle zwischen Kopf und Wirbelsäule, also das Genick.

Die politische Makrostruktur der bürgerlichen Gesellschaft ‘Rechts-Mitte-Links‘ hat ökonomische Ursachen, auf der rechten Seite zeigt sich, dass alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien faschistisches Potential in sich bergen, dessen Gewicht nicht gleichbleibt, die gemäßigte Linke hält die Fahne der bürgerliche Republik hoch und richtet damit Unheil an, die radikale Linke rückt die soziale Revolution in den Vordergrund und ist damit die einzige Vertreterin der Demokratie. Heute ist es so, dass die große Masse der Sozialdemokraten und bereits viele gewerkschaftlich Organisierte einen trampenden Hartz-IV-Empfänger links liegen lassen, das ist aber auch schon alles an ihnen, was links ist.

Die Novemberrevolution war eine bürgerliche durch das Proletariat, durch Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräten getragene, eine von der rechten SPD bürgerlich-monarchistisch gehaltene. Daher stellte Liebknecht den Widerspruch der deutschen Revolution fest zwischen der politischen Form als proletarischer Aktion (die Räte!) und den sozialen Inhalt als nur einer bürgerlichen Reform. So war die Novemberrevolution eine halbe Revolution und das sollte sie nach dem Willen der MSPD und der USPD auch bleiben, also durften die Räte nicht bleiben, nachdem sie die Form der Herrschaft geändert, Wilhelm vertrieben, der Platz machte für die MSPD und für die USPD. Beide Strömungen des Sozialdemokratismus mussten unter allen Umständen verhindern, dass die Räte sie beim Wort nahmen. Spartakus allein drang auf eine Lösung des Widerspruchs: Rätemacht als Form der Herrschaft des Proletariats und der Bauern plus Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Stadt und Land. Wer stellte die Identität her? Welche Identität setzte sich durch? Und wie setzte sie sich durch? Die Novemberrevolution ist deshalb

eine gescheiterte Revolution, weil in ihr die Kette Ebert-MSPD-Kapitalismus dominant wurde, die Kette Luxemburg/Liebknicht-KPD-Räte-Sozialismus zerrissen wurde, durch Doppelmord und durch Niederwerfung der Rätezentren durch brutal-dumme und bestialische Milizen Noskes.

Es mag, nachdem der Pulverdampf der Revolution verfliegen ist, so scheinen, als sei die Durchsetzung der Politik Eberts und Noskes als Triumph der Realpolitik gegen linke Phrasendrescher zu werten, träfe das zu, dann führte der Triumph der Realpolitik zu Millionen Toten. (Das Wort ‚Realpolitik‘ ist äußerst suspekt, immer mit Qual, Ekel und Blut behaftet wie der ‚Meister der Realpolitik‘ Helmut Schmidt). Der wissenschaftliche Sozialismus, will er nicht zu einem Law & Order-Sozialismus verkommen, blendet Träume nicht aus, sondern behält sie in seinem Hinterkopf als weiterführendes Potential. Er ist so real, keine neue Arbeit zu beginnen, sondern die alte *mit Bewusstsein* zu Ende zu führen. Dazu werden Entwürfe für eine andere Welt benötigt, die der alten *entgegengesetzt* sind. Deshalb ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der alten und der neuen Welt. Der vulgäre, milieuverkleisterte Sozialdemokrat weiß nichts von entgegengesetzten Welten und findet sich im Sumpf der Konterrevolution wieder, in den er immer tiefer versinkt.

Kommunistische Organisation: Die Macht erobern. Zur Novemberrevolution und ihren Lehren für die Arbeiterklasse

Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution steht bevor und die Deutung dieses historischen Ereignisses spiegelt die aktuellen Verhältnisse wider. Der SPIEGEL geht überraschend positiv auf den revolutionären Elan der Massen ein und kritisiert die Rolle der SPD-Führung deutlich. Aber dann folgt im Vergleich mit den anderen „Revolutionen“, dass die Deutschen eben zu zahm waren, wenn es um Freiheit gegen die Obrigkeit ging: „Wenn die Deutschen einem starken Mann, der sein Stabilitätsversprechen mit einer nationalen Agenda verband, folgen konnten, dann taten sie das entschlossen. Dann waren sie nicht zahm oder zaghaft, sondern zu allem bereit. Das ist die Lehre aus den vier Revolutionen in 85 Jahren, zwei echten und zwei von oben. Zum Fürchten eigentlich.“ (SPIEGEL 42/2018)

Die einzige gelungene Revolution sei die von 1989 gewesen, die habe nämlich wirklich einen Obrigkeitsstaat weggefeht. Und die halbe Revolution von 1968 war auch erfolgreich, denn sie „trug eine Menge dazu bei, aus der Bundesrepublik eine zutiefst liberale Gesellschaft zu machen.“ Nun sind wir vereint „in einer sehr liberalen Bundesrepublik. Angela Merkels Flüchtlingspolitik ist auch ein Ausdruck fortgeschrittener Liberalität.“ Die bange Frage wird gestellt: „Wir könnten also in

vorrevolutionären Zeiten leben und würden es nicht ahnen.“ Mit Verweis auf das Erstarken der AfD kommt der Autor zu dem Schluss: „Die deutsche Revolutionsspezialität ist ja eine andere: Sie kommt von oben, von denen, die die Macht schon haben und dann radikal für nationale autoritäre Politik einsetzen. Die finden leicht Gefolgschaft. Deshalb darf es dahin nie kommen.“ Die beste Revolution und der größte Revolutionär seien die amerikanische mit George Washington an der Spitze gewesen, der frühzeitig im Interesse der Republik abgetreten ist.

Und auch die wohlgesonnenen Veröffentlichungen zur Novemberrevolution ordnen sie fast nahtlos in die „Demokratie“ ein. Wolfgang Niess' Buch deutet schon im Untertitel darauf hin: „Der wahre Beginn unserer Demokratie“ und Joachim Käppner nennt sein Buch „Aufstand für die Freiheit“. Die SPD wird auch hier durchaus kritisiert, sie habe das „Demokratisierungspotential“ nicht erkannt und genutzt, sie habe völlig unbegründet das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung geschmiedet, denn die Spartakisten seien sowieso eine verschwindende Minderheit gewesen, Karl Liebknechts Ausrufung der sozialistischen Republik sei höchstens ein „Schlossgespenst“ (Käppner) gewesen. Für Niess geht die Geschichte halbwegs gut aus, es hätte ja noch schlimmer kommen können, als zur Weimarer Republik.

Mehr Lob für Ebert und die Sozialdemokraten kommt dagegen von dem Historiker Robert Gerwarth, der Ebert das Kunststück attestiert, revolutionäre Energien kanalisiert und Deutschland in eine parlamentarische Ordnung geführt zu haben. Das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung sei eine „pragmatische Übereinkunft“ gewesen. Der FAZ-Autor Alexander Gallus, der selbst Beiträge zur Novemberrevolution verfasst hat, lobt Gerwarth: „Zugleich sensibilisiert diese Studie dafür, Revolution in modernen Gesellschaften nicht vorrangig über bewaffnete Aufstände und Barrikadenkämpfe zu definieren. Eigentlich revolutionär erscheint vielmehr die Einführung und Durchsetzung neuer politischer Prinzipien, erweiterter Partizipations- und Bürgerrechte.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) feierte 100 Jahre Sozialpartnerschaft gemeinsam mit dem Bund Deutscher Arbeitgeber und lobt das Stinnes-Legien-Abkommen, dem Pakt zwischen Konzernherren und Gewerkschaftsführung, der ein wichtiger Bestandteil der „Beruhigung“ der Revolution sein sollte. Unter dem Motto „100 Jahre Sozialpartnerschaft – erfolgreich in die Zukunft“ wird eine Kontinuität hergestellt, die unglücklicherweise nur von 1933 bis 1945 unterbrochen gewesen zu sein scheint. Beim Festakt freute sich der Bundespräsident, dass damals die Weichen in Richtung „Wohlstand, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft“ gestellt worden seien. Es werden wohl ähnliche Staatsreden zu hören sein in den nächsten Wochen. Botschaft und Wunsch der herrschenden Klasse ist: Es hätte eigentlich schon immer so sein sollen wie heute und so soll es für immer bleiben. Aber es war weder so, noch wird es so bleiben.

Die Novemberrevolution wird zurecht gebogen als ein etwas unglücklicher Vorläufer der heute so guten Verhältnisse. Völlig verschwiegen wird, dass diese „Demokratie“ der bürgerlichen Klasse „aus einem blutigen Bürgerkrieg, aus Terror und Mord gegen die Vorhut der Arbeiterklasse hervorging. Das waren die Grundlagen der ‚Legalität‘, mit der die imperialistische deutsche Bourgeoisie ihre Ausbeuterordnung retten und erhalten konnte.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, S. 195) Die Botschaft der bürgerlichen Klasse heute ist, innerhalb des Kapitalismus um etwas mehr Demokratie oder soziale Reformen zu kämpfen, sei eine gute Sache. Das worum es 1918 eigentlich ging und worum es in Zukunft gehen wird, verschweigt sie verständlicherweise lieber: Den Kampf um die Macht zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Ihre Macht war erschüttert durch die ökonomische Krise, durch die militärische Niederlage und durch die völlige Diskreditierung ihrer Herrschaft nach vier Jahren Weltkrieg und Militärdiktatur. Die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse war vorerst nicht zu bremsen, weder durch Reformen von oben noch durch entsandte Truppen. Es war eine ernste, ja lebensbedrohliche Lage für die deutsche Bourgeoisie eingetreten.

Die historische Epoche hat sich seitdem nicht verändert: Wir befinden uns in der Epoche der sozialistischen Revolution, alle materiellen Bedingungen sind für die sozialistische Revolution herangereift. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist längst zu einer Fessel der Produktivkräfte, die Bourgeoisie längst zu einer überflüssigen Klasse geworden. Die Arbeiterklasse dagegen mächtig, in Massen an den Produktionsmitteln konzentriert. Die Zukunft gehört dem Proletariat, dem Träger der Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaft, die plant und produziert für die Bedürfnisse der Gesellschaft.

Der Kampf um die Neuaufteilung verschärft sich

Auf den ersten Blick scheint die heutige Lage nicht der damaligen Not der Bourgeoisie zu ähneln. Tatsächlich ist eine revolutionäre Situation weit entfernt. Aber dass die Machtfrage schneller auf die Tagesordnung kommen kann als zu vermuten, ist der herrschenden Klasse durchaus bewußt. Sie ist sich der Brüchigkeit ihrer Ordnung bewußt. Fest steht, dass die nächste ökonomische Krise kommen wird. Alle Ökonomen sind davon überzeugt und gehen zudem davon aus, dass sie heftiger ausfallen wird als die von 2008. Wann sie durch welches Ereignis ausgelöst wird, kann keiner vorher sagen, auch nicht welche Volkswirtschaft am meisten getroffen werden wird.

Während der langen Phase der Stagnation seit der Krise von 2008 und des seit drei Jahren einsetzenden Aufschwungs hat sich der Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte verschärft. Die Handelskriege zwischen den USA und China, sowie den USA und der EU zeigen die härtere Auseinandersetzung um

Absatzmärkte und Einflußsphären. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist in eine neue Stufe getreten, die sich vor allem im aggressiven Vorgehen der NATO-Staaten 2013 in Syrien und 2014 in der Ukraine zeigte. Die massive Aufrüstung und größer dimensionierten Manöver der NATO sind Teil einer Kriegsplanung, die die Konfrontation mit Russland im Zentrum haben. Letzteres ist zwar weiter in der Defensive, aber weniger bereit, der Bedrohung nichts entgegen zu setzen. Ein Krieg zwischen den imperialistischen Hauptmächten ist näher gerückt. Wann und in welcher Konstellation er erfolgen wird, kann keiner wissen, sondern wird sich durch die weitere Entwicklung verschiedenen ökonomischen Bedingungen und Bündniskonstellationen zeigen.

Die Stimmung, dass mit der „liberalen“ Ordnung als die bestmögliche aller Ordnungen das Ende der Geschichte erreicht sei und die zunehmende Untergangsstimmung sind beide Ausdruck der Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Herrschaft. Ihre Ordnung ist eine Ordnung des Chaos, der Armut, der Kriege, des Hungers und der Stagnation und des Rückschritts. Die Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ist für die Arbeiterklasse überall zu merken. Arbeitshetze und Druck nehmen kontinuierlich zu, die Löhne stagnieren für große Teile der Klasse. Die industrielle Reservearmee ist mit ca. 3,5 Millionen in Deutschland trotz Aufschwung groß. Es ist wie Karl Marx im Kapital analysiert hat: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. (...) Das Gesetz endlich, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“ (MEW 23, S. 673/675)

Die Bedingungen der bürgerlichen Herrschaft verschlechtern sich, die verschwindende Minderheit der Kapitalisten muss Wege der Legitimation ihrer Macht finden. Die sozialdemokratischen Parteien SPD und Linkspartei sind Stützen der Bourgeoisie, aber sie sind von Schwäche und schwindender Verankerung geprägt. Sie dienen aber immer noch als Vollstrecker von Krieg und Sozialabbau, garniert mit dem Versprechen eines besseren Kapitalismus. Der Versuch der Kapitalistenklasse, durch Parteien wie der AfD den Eindruck von Veränderung und Bewegung zu erzeugen, soll von den tatsächlichen Problemen und deren Ursachen ablenken und Teile der Bevölkerung integrieren. Gleichzeitig dient sie der Sammlung und Umgruppierung

faschistischer Kräfte. Die Vorbereitung der herrschenden Klasse auf die Krise zu beobachten, durch Verschärfung der Gesetze und durch den Erhalt und Aufbau aller Optionen der bürgerlichen Herrschaft inklusive des direkten, offenen Terrors.

Die Herausforderungen für die Arbeiterklasse

Einhundert Jahre nach der Novemberrevolution und ein Jahr mehr nach der Oktoberrevolution steht die Arbeiterklasse vor großen Problemen angesichts dieser Lage. Die historische grundlegende Ausgangslage hat sich nicht verändert: Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialistischen Revolution, sie ist der nächste zu gehende Schritt, die Aufgabe der Arbeiterklasse. Die objektiven Bedingungen für die Revolution werden unvermeidlich eintreten, sie ergeben sich aus der gesetzmäßigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Krise und Krieg sind unvermeidbar, ebenso wie das Eintreten der revolutionären Situation, wenn die Unterdrückten nicht mehr so wollen, wie sie sollen und die Herrschenden nicht mehr so können, wie sie müssen.

Die Auswirkungen der Niederlage von 1989, der siegreichen Konterrevolution, prägen bis heute die Lage der revolutionären Arbeiterbewegung. Die kommunistische Bewegung hat die Aufgabe, zentrale Fragen zu klären, darunter die der Strategie, der Ursachen der Niederlage und die der Partei. Der Opportunismus nimmt immer neue Formen an und wird durch zentristische Positionen, die die Auseinandersetzung scheuen oder verhindern, befördert. Er kann aber nur durch eine konsequente Anwendung des dialektischen Materialismus zurückgedrängt werden.

Die entscheidende Lehre der Novemberrevolution ist, dass der subjektive Faktor, die Arbeiterklasse, den Herausforderungen gewachsen sein muss, um die historische Aufgabe der Arbeiterklasse zu lösen. Dies wird nicht aus spontanen Erhebungen selbst heraus geschehen. Notwendig ist eine allseitig verankerte, auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus kämpfende Partei, die die zentralen Fragen der Revolution richtig beantworten kann: Die der Staatsmacht und die der Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus. Sie muss in organisatorischer Kleinarbeit möglichst große Teile der Klasse organisieren, damit Erfahrungen gesammelt werden können, damit die Klasse zu Bewußtsein über sich selbst und ihre Aufgabe kommt. Wird das nicht gelingen, ist ein erneutes Scheitern wahrscheinlich.

Imperialismusanalyse

Im Laufe des ersten Weltkriegs und in der Revolution in Russland und Deutschland spielte die Analyse des Imperialismus eine zentrale Rolle. Während Kautsky und andere vertraten, dass eine Politik des Friedens und des sozialen Fortschritts auch im Imperialismus möglich sei, erklärte Lenin: „Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik. Als ob die territoriale

Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, vereinbar wäre mit einer nicht imperialistischen Politik. Das Resultat ist eine Vertuschung eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.“ (Lenin, Werke, Band 22, Dietz-Verlag, Berlin, 1971, S. 274)

Die Auseinandersetzung um die Imperialismusanalyse hatte seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt, ihre Bedeutung für die Revolution zeigte sich 1918. Große Teile der deutschen Arbeiterklasse wollten den Sozialismus und sympathisierten mit der Oktoberrevolution. Sie hielten es aber für möglich und den richtigen Weg, durch eine parlamentarische Republik zum Sozialismus zu kommen, ohne Entmachtung der Bourgeoisie, ohne Zerschlagung des Staates. Die lange Entwicklung des Revisionismus und Opportunismus hatte das Bewußtsein der Arbeiter bereits abgeschwächt. Der deutsche Imperialismus hatte zudem eine Arbeiteraristokratie geschaffen: „Das deutsche Monopolkapital verstand es, aus seinen Überprofiten eine kleine Oberschicht der Arbeiteraristokratie – Meister, Vorarbeitern, Kontrolleure, usw. – zu korrumpieren, um sich diese dienstbar zu machen. Gleichzeitig wurden machen sozialdemokratischen Führern und Gewerkschaftsführern solche materiellen Bedingungen geschaffen, die es der Bourgeoisie erleichterten, sie ideologisch zu beeinflussen und mit ihrer Hilfe die Theorie der friedlichen Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit in die Arbeiterklasse zu tragen. Die deutsche Sozialdemokratie hoffte auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus mit den Methoden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie.“ (Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, S. 13)

Die Bolschewiki hatten dagegen bereits seit der Jahrhundertwende an der Schaffung einer revolutionären Partei gearbeitet und gaben nach 1914 die Losung der „Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg“ aus, „das heißt, das revolutionäre Proletariat hatte die Pflicht, im imperialistischen Krieg alles zu tun, um die Niederlage der eigenen Bourgeoisie herbei zu führen, sie dadurch zu schwächen und die Gewehre gegen sie zu kehren, ihre Macht zu stürzen, den Krieg zu beenden und einen gerechten Frieden zu erreichen.“ (ebd., S. 14)

Die Imperialismusanalyse ist auch heute in der kommunistischen Bewegung und darüber hinaus umstritten. Es existieren zahlreiche Vorstellungen, eine Weltordnung, in der Kooperation und vernünftige Beziehungen der Staaten dauerhaft gelten könnten, wäre im Imperialismus möglich und könnte durch eine „multipolare“ Weltordnung erreicht werden. Annahmen eines „kollektiven Imperialismus“, der aus Bündnissen und ökonomischen Verstrickungen hervorgehe, nehmen zwar je nach Entwicklung der Verhältnisse unterschiedliche Formen an, haben aber immer die

Konsequenz, dass entweder eine Abschwächung der Widersprüche stattfindet oder ein Pol entstehe, der für nicht-imperialistische Politik stehe. Es ist die Wiederholung der Kautsky-These. Lenin entgegnete der Vorstellung eines Friedens im Imperialismus: „Statt des lebendigen Zusammenhangs zwischen den Perioden des imperialistischen Friedens und den Perioden imperialistischer Kriege präsentiert Kautsky den Arbeitern eine tote Abstraktion, um sie mit ihren toten Führern auszusöhnen.“ (Lenin, Werke, Band 22, S. 301)

Die Gefahr, die damals damit verbunden war, gilt heute genau so. Die Vorstellung, die Arbeiterklasse könne im Rahmen der imperialistischen Ordnung eine Politik des Friedens erreichen, entwaffnet sie in der entscheidenden Situation. Der Kampf gegen Militarismus und Krieg ist lebensnotwendiger Bestandteil des Kampfs der Arbeiterklasse, darf aber nicht verbunden werden mit illusorischen Vorstellungen.

Die Frage der Staatsmacht

Die zweite wichtige Lehre der Novemberrevolution betrifft die Frage der Staatsmacht und der Revolution. Weil durch den lange wirkenden Opportunismus die Masse der Arbeiterklasse die Frage unklar oder falsch beantwortete oder nicht verstand, folgte sie den Versprechen von Ebert, Scheidemann und Kautsky und verlor. Heute ist die Frage der Staatsmacht eine zentrale Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung. Die strategische Vorstellung eines „Übergangs“- oder „Zwischenstadium“ in Form einer „antimonopolistischen“ oder „entwickelten“ oder „fortschrittlichen“ Demokratie ist Ausdruck reformistischer Staatsauffassungen. Sie geht davon aus, dass es vor der sozialistischen Revolution, vor dem Sturz der Bourgeoisie eine Form der Herrschaft beider Klassen geben könnte, die progressiv ist und die sozialistische Revolution ermöglichen könnte. Aus dieser in allen möglichen Facetten formulierten Strategie ergibt sich die Bereitschaft zur Unterstützung der Sozialdemokratie und zur Regierungsbeteiligung, wie aktuell in Portugal und Tschechien. Wie bereits die Pariser Kommune von 1871 und die russische Revolution von 1905 und 1917 bestätigte auch die Novemberrevolution, dass die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat nicht übernehmen kann, sondern ihn zerschlagen und ihre eigene Herrschaft errichten muss.

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den revolutionären und den opportunistischen Teilen der Arbeiterbewegung rückte vor allem im ersten Weltkrieg die Frage der Staatsmacht und der Revolution. Die Oktoberrevolution stürzte die provisorische Regierung und errichtete die Macht der Räte. Der II. Sowjetkongress beschloss: „Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongress die Macht in seine Hände...Der Kongress beschließt: Die ganze Macht geht allerorts an die Sowjets der Arbeiter-

Soldaten- und Bauerndeputierten über, die eine wirkliche revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben.“ (GddAB, Band 3, S. 11) Vorausgegangen war vor allem eine unermüdliche Organisationsarbeit und eine gründliche Auseinandersetzung mit opportunistischen Vorstellungen. In den Schriften „Staat und Revolution“ (1917) und später in der Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Oktober-November 1918) griff Lenin die Ausführungen von Marx und Engels zur Staatsfrage auf und entwickelte sie weiter. „Der Verlauf der Revolution bestätigte die genialen Feststellungen Karl Marx’ und Friedrich Engels’ ebenso wie die Erfahrungen der Pariser Kommune, dass die siegreiche Arbeiterklasse den alten Staatsapparat nicht übernehmen kann, sondern ihn zertrümmern und ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats aufbauen muss. Überall in Russland wurde die Staatsmaschine des Ausbeuterstaats zerschlagen. Die bolschewistische Partei und Lenin persönlich leisteten eine riesige Arbeit zur Errichtung des Sowjetstaates.“ (ebd., S. 13)

Die Führer der SPD waren bereits in den Staatsapparat eingebunden, die im April 1917 gegründete USPD hatte an ihrer Spitze Vertreter der „reinen Demokratie“, die sie der „Diktatur“ entgegen stellten und sich damit gegen die Diktatur des Proletariats wendeten, bei aller revolutionären Rhetorik, die sie dabei anwendeten. Otto Grotewohl schrieb 1948 zum 30. Jahrestag der Novemberrevolution: „Heute wie damals wird von führenden Vertretern der Sozialdemokratie die Bedeutung der formalen Demokratie überschätzt und dabei übersehen, dass solange die Klassenverhältnisse nicht geändert, die Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft nicht gründlich umgestaltet sind, die Demokratie nur eine Tarnkappe für die alten reaktionären Mächte ist, die beiseite geworfen wird, sobald Monopolkapitalisten und Junker die Zeit dafür reif halten.“ (Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später, Dietz-Verlag, Berlin, 1953, S. 10)

Viele Arbeiter glaubten, dass der Sozialismus auch auf friedlichem Weg durch die bürgerliche Republik möglich ist. Viele hatten trotz des Verrats von 1914 noch nicht voll verstanden, dass ihre eigene Parteiführung zu ihrem Feind geworden war. Das Vorbeben der Novemberrevolution, der Massenstreik vom Januar 1918 zeigte bereits wesentliche Elemente der späteren Entwicklung. Er zeigte sowohl die großen Potenzen der Arbeiterklasse: Über eine Million Arbeiter traten in den Streik, trotz Militär, trotz Schüssen und Toten. Die Bildung eines Streikausschusses war die Schaffung des entsprechenden Kampforgans der Klasse. Aber durch die mangelnde politische Reifung plädierten die revolutionären Obleute, die den Streik maßgeblich mitorganisierten für die Aufnahme Eberts und Scheidemanns in den Streikausschuss. Diese nutzten alle Mittel, um den Streik abzuwürgen. Statt sie zu isolieren, wurden sie an die Spitze gesetzt. Der Streik wurde beendet und der Krieg ging weiter.

Nach dem Matrosenaufstand von Kiel und dem Ausbreiten der Revolution über ganz Deutschland hatten sich überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die an vielen Orten die Macht in die Hände nahmen. Damit kam zum Ausdruck, dass eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes die alten Macht- und Rechtsverhältnisse nicht mehr anerkannte und eigene Organe bildete. Aber die Mehrheit in den Räten stellten reformistische und opportunistische Vertreter. Die SPD konnte dank der besseren Organisation und routinierter und geschulter Redner überall die Mehrheit erringen. Die Masse der Proletarier stand im Banne der bürgerlichen Ideologie und konnte dem nichts entgegen setzen. Das Ergebnis war: „So waren in den aus der Revolution geborenen Organen nicht die Vorkämpfer der Revolution, sondern die Feinde der Revolution, die Freunde der Reform in der Überzahl. Trotz dieser bunt gewürfelten Zusammensetzung der Räte wäre es, wenn eine Partei vorhanden gewesen wäre, die durch Stärkung der revolutionären proletarischen Elemente über die Kraft verfügt hätte, möglich gewesen, ihre Macht zu festigen und richtig zu gebrauchen.“ (Grotewohl, S. 73) So aber schafften sich die Räte selbst ab, legten ihre Macht in die Hände des bürgerlichen Staats, nur in wenigen Ausnahmen verweigerten sie sich dem.

Beim ersten Wendepunkt der Revolution zeigte sich wieder die Bedeutung der Organisation in der Revolution. Die SPD-Führung um Otto Wels nutzte alle Kontakte, Verbindungen und Strukturen der SPD in die Betriebe und zu den Soldaten, um sie auf die erste Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte einzuschwören. Mit Demagogie und dem Ruf nach „Einheit“ setzte sie sich durch, Liebknecht und der Spartakusbund wurden isoliert. Dieser hatte zwar das richtige Programm und die richtige Erkenntnis der Staatsfrage. „Für die Verwirklichung dieser Forderungen kam es aber darauf an, nicht nur ausreichende agitatorische, sondern in erster Linie organisatorische Kraft aufzubringen. Der Spartakusbund hatte bisher durch leidenschaftlich betriebene Agitation und Propaganda nur begeisterte Zuhörer und Leser, Demonstranten und Streikende in den Massen mobilisiert. Er kannte die meisten seiner Anhänger aber nicht im einzelnen, wußte nichts über ihre besonderen Vorzüge und Fähigkeiten, Fehler und Schwächen. Die hätten nur erkannt und entwickelt werden können in langer und beharrlicher, hingebender Organisationsarbeit. Gerade die hatte der Spartakusbund jedoch unterschätzt und vernachlässigt. Die großen Aufgaben riefen aber jetzt nach Menschen, die in den Räten auf den verschiedensten Gebieten an ihrer Durchführung arbeiten sollten. (...) Für den Spartakusbund war es schwer, ja unmöglich, jetzt in der stürmisch erregten Zeit das nachzuholen, was er in Jahren versäumt hatte.“ (Grotewohl, S. 75) Die Versammlung erkannte die provisorische Regierung aus SPD, USPD und Bürgerlichen an.

Die Revolutionäre in Deutschland entwickelten sich in einer sehr komplizierten Situation: „Die marxistischen deutschen Linken traten, getreu dem proletarischen Internationalismus und ihrer nationalen Aufgabe in Deutschland, der Schlammlut antisowjetischer Lügen und Verleumdungen entgegen. Sie verteidigten die Große Sozialistische Oktoberrevolution, begannen sich mit deren Grundfragen auseinanderzusetzen, wandten die Lehren der Revolution auf den Klassenkampf in Deutschland an und vollzogen in diesem Prozeß eine Wendung zum Leninismus. Das war jedoch bei der lockeren Verbindung der Spartakusgruppe und der anderen Linken keine einheitliche und gleichmäßige Entwicklung. Ihre Anhänger kämpften illegal und wurden von der Reaktion verfolgt und gehetzt. Ein Teil ihrer hervorragenden Führer war eingekerkert. Unter diesen Bedingungen, im ständigen Kampf gegen die bürgerliche und opportunistische Ideologie, verlief der Klärungsprozeß differenziert und widerspruchsvoll.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, S. 48)

Bis zum Reichsrätekongress unternahm die Sozialdemokratie alles, um die Revolution zu lähmen. Die provisorische Regierung untersagte den Räten jede Einmischung in die Tätigkeit der Gerichte und anderen Teile des Staates, die Rechte der Offiziere wurden wieder eingesetzt. Und vor allem wurde die Arbeiterklasse entwaffnet und die Freikorps bewaffnet. Der Spartakusbund rief zwar dazu auf, die Waffen nicht abzugeben und stattdessen Einwohnerwehren und Freikorps zu entwaffnen und konnte in nicht wenigen Orten damit auch das sofortige Losschlagen der Konterrevolution verhindern, aber nicht reichsweit die Arbeiter darüber aufklären, welcher Gefahr sie sich aussetzten. Die USPD stellte mit Karl Kautsky den Vorsitzenden der Sozialisierungskommission, in der Industrielle mitarbeiteten, die viel schrieb und niemanden enteignete. Sie hatte das Ziel, „beruhigend“ zu wirken. „Die Massen wollten den Sozialismus. Sie wollten die alten Herren der Industrie und des Großgrundbesitzes enteignen. Diesen Stimmungen der Massen Rechnung tragend entfaltete die Regierung eine breite Propaganda für die ‚Sozialisierung‘. (...) Die Mehrheit der Arbeiterklasse ließ sich betören. Sie verstand noch nicht, dass die Voraussetzung für den Sozialismus der Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer war.“ (Walter Ulbricht: Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, in Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 31)

Der im Dezember tagende Reichsrätekongress stimmte für die Einberufung einer Nationalversammlung und damit für die bürgerliche Republik. Die Herrschaft des deutschen Imperialismus war gerettet, was den meisten Arbeitern und Delegierten nicht klar gewesen sein dürfte. Aber vor dem Kongress demonstrierten hunderttausende Arbeiter für die Macht der Räte und der Kongress beschloss auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wozu es natürlich nicht kam, aber dennoch die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter zum Ausdruck brachte. Die

revolutionären Arbeiter waren zwar der Sache nach bereits geschlagen, aber sie waren keineswegs bereit, alles von ihnen erkämpfte preis zu geben. Es war eine militärische Konterrevolution notwendig, die mit aller Brutalität durchgeführt wurde. Die Kräfte, die von der Arbeiterklasse nicht entwaffnet und entmachtet wurden, der Staatsapparat der nicht zerschlagen wurde, setzte zum Gegenschlag an. Massaker an der Zivilbevölkerung, Einsatz von Luftwaffe, Minenwerfern und ein Schießbefehl, der es erlaubte auf jeden zu schießen und der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – all dies setzte die herrschende Klasse ein, um jeglicher revolutionärer Regung den Garaus zu machen. Es kam dennoch bis 1923 zu bewaffneten revolutionären Kämpfen und zur Herausbildung einer der größten und stärksten revolutionären Partei, der KPD. Das ist der Widerspruch der Novemberrevolution: Die Arbeiter verstanden zwar noch nicht, was notwendig war zu tun, aber sie kämpften mutig und heldenhaft für ihre Forderungen. Sie ließen sich betören und waren dennoch eine Gefahr für die herrschende Klasse

Die Notwendigkeit der Partei

Die dritte und wichtigste Lehre der Novemberrevolution ist, dass ohne kampferfahrene, fest verankerte und auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus kämpfende Partei, die Theorie und Praxis vereint, die Arbeiterklasse nicht siegen kann. Die Arbeiterklasse konnte 1918 in Deutschland die ihr gestellten Aufgaben nicht lösen, weil ihr die revolutionäre, disziplinierte Partei fehlte und sie insbesondere über keine marxistisch-leninistische Orientierung über den Staat und seine politisch-gesellschaftliche Funktion besaß. Der größte Mangel und die größte Errungenschaft der Novemberrevolution sind die Gründung der Kommunistischen Partei, die Versammlung der besten und entschlossensten Kämpfer der Klasse.

Die Frage der Staatsmacht und der Revolution hängen eng mit der Parteifrage zusammen. Die Partei muss den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterklasse tragen, überall Formen schaffen, in denen die Arbeiter ihr Klassenbewußtsein entwickeln kann, in denen der Einfluss bürgerlicher Ideologie zurückgedrängt werden kann, in der jeder Einzelne Aufgaben übernimmt, in der die Klasse im Kampf mit dem Staat lernt, ihn zu erkennen und ihre eigenen Formen der Herrschaft zu entwickeln.

Die weltgeschichtliche Fragestellung konnte die Arbeiterklasse aber in Deutschland nicht beantworten. Lenin schrieb: „Die Revolution in Deutschland – das als eines der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder besonders wichtig und charakteristisch ist – hat sofort „Sowjet“-formen angenommen. Der ganze Entwicklungsgang der deutschen Revolution und besonders der Kampf der „Spartakusleute“, d.h., der wahren und einzigen Vertreter des Proletariats, gegen den Bund des Verrätergesindels, der Scheidemänner und Südekums, mit der Bourgeoisie – all das

zeigt klar, wie die Geschichte in Bezug auf Deutschland die Frage *gestellt* hat: „Sowjetmacht“ oder bürgerliches Parlament, unter welchem Aushängeschild (ob als „National“versammlung oder als „Konstituierende“ Versammlung) es auch immer auftreten möge. Das ist die weltgeschichtliche Fragestellung. Heute kann und darf man das ohne jede Übertreibung sagen. Die „Sowjetmacht“ ist der zweite weltgeschichtliche Schritt oder die zweite weltgeschichtliche Etappe in der Entwicklung der Diktatur des Proletariats. Der erste Schritt war die Pariser Kommune. Die geniale Analyse des Inhalts und der Bedeutung dieser Kommune, die Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ gegeben hat, zeigt, dass die Kommune einen *neuen Staatstypus, den proletarischen Staat*, geschaffen hat. Jeder Staat, auch die demokratischste Republik, ist nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Der proletarische Staat ist die Maschine zur Niederhaltung der Bourgeoisie durch das Proletariat, und diese Niederhaltung ist notwendig angesichts des wütenden, verzweifelten, vor nichts haltmachenden Widerstands, den die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die ganze Bourgeoisie mitsamt ihren Helfershelfern, alle Ausbeuter leisten, sobald man darangeht, sie zu stürzen, sobald man die Expropriation der Expropriateure in Angriff nimmt. Das bürgerliche Parlament, auch das demokratischste in der demokratischsten Republik, in der das Eigentum der Kapitalisten und ihre Macht erhalten bleibt, ist eine Maschine zur Unterdrückung von Millionen Werktätiger durch kleine Häuflein von Ausbeutern. (...) Jetzt, da die Weltgeschichte die Zerstörung dieser ganzen Ordnung, den Sturz und die Niederhaltung der Ausbeuter, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hat, sich heute auf die bürgerlichen Parlamente, auf die bürgerliche Demokratie beschränken, sie als „Demokratie“ überhaupt beschönigen, ihren *bürgerlichen* Charakter vertuschen und vergessen, dass das allgemeine Wahlrecht, solange das Eigentum der Kapitalisten erhalten bleibt, ein Werkzeug des bürgerlichen Staates ist – das heißt, das Proletariat schändlich verraten, auf die Seite seines Klassenfeindes, der Bourgeoisie, übergehen, heißt Verräter und Renegat zu sein.“ (Lenin, Sämtliche Werke, Band XXIII, S. 641-643)

Ernst Thälmann fasste 1928 zusammen: „Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation dieser ersten Periode, im Oktober 1923 – sie bestand in dem Zweispalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits.“ (Ernst Thälmann: „9. November 1918: Geburtsstunde der deutschen Revolution“, ...) Otto Grotewohl führte in seiner Reflektion zum dreißigsten Jahrestag der Revolution aus, dass die Linken die organisatorische Kleinarbeit unterschätzt hatten, was es ihnen nun erschwerte, die Massen an die großen politischen Aufgaben heranzuführen. Also

praktische Aufgaben in den lokalen Räten zuzuweisen, dort eine Fraktion zu bilden und eine praktische Schulung der Massen durch Arbeit in den Gewerkschaften voranzutreiben.

Grotewohl, selbst ehemaliges SPD-Mitglied und einer der prägenden Genossen der SED-Gründung verbindet in seinem Text von 1948, in einer Situation, in der die Arbeiterklasse im Osten Deutschlands vor der Aufgabe stand, ihren eigenen Staat zu errichten, die Frage der Staatsmacht mit der Organisation des Proletariats: „In der Frage des States hat sich die Reife der Arbeiterbewegung, das heißt in erster Linie der Partei, die sie führt, zu bewähren. Jede politische Bewegung, die die Frage der Macht stellt – und eine politische Bewegung, die diese Frage nicht stellt, hat aufgehört, eine zu sein, sie ist im besten Falle ein unverbindlicher Diskutierklub -, stellt damit auch die Frage des Staates, denn der Staat ist nichts anderes als die Form, in der diese Macht sich organisiert, in der sie nach außen tritt und Wirklichkeit wird. Keine neue geschichtliche Formation kommt vollendet auf die Welt, sie muss sich in schweren Kämpfen durchringen. Und dieser Kampf, den sie zu bestehen hat, ist der Kampf um ihre Form, der Kampf darum – um mit Hegel zu sprechen – ‚zu sich selbst zu kommen‘, ihr innerstes Wesen zu begreifen und damit ihre äußere Aktion, ihre Willen mit diesem inneren Wesen in Einklang zu bringen. Dieser Prozess der Staatswerdung einer Klasse ist also ein Prozess der Bewußtseinsentwicklung. Eine Klasse kann nur dann ihren Staat entwickeln, wenn sie sich ihrer selbst bewußt geworden ist.“ (Grotewohl, S. 113)

Für die Entwicklung des Proletariats zu sich selbst ist die Hebung seines Bewußtseins notwendig, das heißt die Heraushebung seines Bewußtseins aus dem bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts-, Rechts- und Staatsbewußtseins – „das heißt die Befreiung von diesem“ (Grotewohl, S. 114). Grotewohl führt aus, dass an der Frage des Staates sich in der Folgezeit Entwicklung und Verfall der Marxschen Lehre ablesen lassen. „Die Frage des Staates wird der Prüfstein für den Marxismus. In keiner anderen Frage klaffen der vulgär-ökonomische Revisionismus und der dialektisch-revolutionäre Marxismus in gleicher Weise auseinander wie in der Frage des Staates.“ (ebd., S. 115) Während die Reformisten von einem langsamen, automatischen Übergang des sich immer mehr organisierenden Kapitalismus zum Sozialismus ausgingen und meinten, das Proletariat müsse sich in diesen Prozess einreihen. „Das Hineinwachsen des Proletariats in den bürgerlichen Staat betrachtet der dialektisch-revolutionäre Marxismus als eine gefährliche, für das Klassenbewußtsein des Proletariats tödliche Einflußnahme der bürgerlichen Ideologie auf das Proletariat, als *seine Unterordnung unter die bürgerliche Gesellschaft*. Demgegenüber ist es die Aufgabe des Proletariats, sich organisatorisch und ideologisch aus dem alten Prozess zu lösen. Es steht also die Frage der

Differenzierung von dem bestehenden Staat, der Verselbständigung ihm gegenüber.“ (ebd., S. 116)

Die Losung der Reformisten lautete und lautet: Hinein in den Staat. Mittels des parlamentarischen Kampfs und der Teilnahme an Regierungen. „Für die revolutionären Marxisten stand die Frage des Staates ganz anders. Ihre Haltung zum Staat war bestimmt durch die prinzipielle Negierung der bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, deren Ausdruck der herrschende Staat war. Sie beruhte auf der Erkenntnis, dass dieser Staat das Instrument zur Sicherung dieser Ordnung ist. Es ging um den Sturz dieser Ordnung und ihres Staates. Die Aufgabe, die für die Partei der Arbeiterklasse daraus erwuchs war, das Bewußtsein der Notwendigkeit des Sturzes der bestehenden Ordnung und ihres Staates in das Proletariat hineinzutragen. Das aber hieß, das Bewußtsein des Proletariats aus der Befangenheit durch die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse und die ihnen entspringenden ideologischen Formen herauszulösen und sein eigenes Bewußtsein, das heißt das Selbstbewußtsein seiner Klasse, in es hineinzutragen; also der bestehenden kapitalistischen Ordnung eine andere Ordnung, seine eigene, die sozialistische, entgegenzustellen; dem bestehenden Staatswillen einen anderen, den Willen zum proletarischen Staat entgegenzustellen.“ (ebd., S. 121)

Die Aufgabe, die daraus für die revolutionäre Partei erwächst ist grundverschieden von der, die sich die reformistische Partei stellt. Sie muss dem Prozess der Eingliederung der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat entgegenwirken, „da für sie der Prozess der Einordnung nichts anderes ist als die Unterordnung des Bewußtseins des Proletariats unter die herrschende bürgerliche Ordnung.“ (ebd., S. 121) Die revolutionäre Partei muss das Proletariats ständig von der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung differenzieren. Dazu reicht die spontane Erhebung und der rein gewerkschaftliche Kampf nicht aus. „Die Entwicklung des Klassenbewußtseins setzt die Erkenntnis der gesamten gesellschaftlichen Zusammenhänge voraus; ohne Erkenntnis der Zusammenhänge kann die Arbeiterklasse ihre Stelle im Ganzen der Gesellschaft nicht sehen und auch nicht die richtige Praxis entwickeln. (...) Die Partei der Arbeiterklasse hat die Werkstätte zu sein, in der das Bewußtsein, das Klassenbewußtsein erarbeitet wird, sie hat der Sammelpunkt und die Hohe Schule für die Heranbildung der marxistischen Politiker zu sein. (...) Die marxistische Partei als das Kampforgan der Arbeiterklasse muss die Verkörperung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung sein, welche die Arbeiter als Klasse zu durchlaufen haben, um zur Herrschaft reif zu werden.“ (S. 122-123)

Dieser Prozess setzt die Verbindung von Erkenntnis und Praxis durch die Partei voraus. Während die Reformisten unter „Heranführen an den Staat“ die Eingliederung in den bürgerlichen Staat verstehen, verstanden „Marx und Lenin unter der demokratischen Taktik die Heranführung der Massen des Volks an den Staat, um

diese mit dem Staat zu konfrontieren, ihre Kräfte zu formieren, ihre Kräfte im Kampf mit dem Staat zu entwickeln; mit anderen Worten: die Aufgabe der Überwindung des alten Staates durch die Praxis des Kampfs stellen.“ (S. 125) Die Auffassung der Reformisten beinhaltet die Neutralität des Staates, er habe ein über den Klassen stehendes Wesen. „Für die Revolution musste sich dies tödlich auswirken, denn ihre Konsequenz war nicht Kampf gegen den Staat, Bruch des Staates, sondern unter dem Motto seiner ‚Ausnutzung‘ und der Sicherung von ‚Ruhe und Ordnung‘ führte sie faktisch zur Beugung der Arbeiterklasse unter den Staat. War aber die Frage der Zertrümmerung des alten Staates nicht von Anbeginn als die zentrale Frage der Revolution gestellt, so war der Kampf verloren, bevor er überhaupt begonnen hatte.“ (S. 125) Der Staat der deutschen Bourgeoisie, der mit dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem faschistischen Staat und der Bundesrepublik verschiedene Formen angenommen hat, ist das gleiche Unterdrückungsinstrument wie 1918, der Sturz dieser Ordnung und ihres Staates ist dieselbe Notwendigkeit wie damals.

Die Novemberrevolution lehrt uns, dass die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung durch den dialektischen Materialismus richtig erkannt werden können und es deshalb allen Grund zum Geschichtsoptimismus gibt: Die nächste Revolution wird kommen und das Proletariat wird die Kraft dieser Revolution sein. Damit es siegt, muss bereits heute alles unternommen werden, was dazu notwendig ist.

Einhundert Jahre nach der Novemberrevolution haben wir uns zum Ziel gesetzt, Klarheit in den zentralen Fragen der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse zu schaffen. Dazu gehören unter anderem, wie auch die Novemberrevolution zeigte, der Imperialismus, der Staat und die Partei. Es ist uns aber bewußt, dass die richtige Erkenntnis und ihre Propagierung allein nicht ausreichen. Nur wenn es eigenständige, klassenorientierte Organisationsformen des Proletariats gibt, in denen die Klasse alle Zusammenhänge erkennen kann, praktische Erfahrungen sammeln kann und sich zu der Kraft formieren kann, die sie sein muss, um ihre Aufgabe zu erfüllen, werden die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, die Erkenntnisse des Kampfs der Arbeiterklasse sind, zur materiellen Realität und damit zum Sieg der Klasse führen. Wir wollen also Strukturen aufbauen, die überall eigenständige Formen der Klassenorganisation ermöglichen, sei es im Betrieb, in den Gewerkschaften oder im Wohnviertel.

Damit streben wir die Formierung der Kommunistischen Partei in Deutschland an, die sich aus einem Klärungs- und Aufbauprozess entwickeln muss, um den Ansprüchen an sie gerecht zu werden.

Wir können dabei auf einen großen Schatz der Erkenntnisse, des Wissens und der Macht der Arbeiterklasse zurückgreifen und haben uns zur Aufgabe gemacht, diesen zu heben, ihn zu studieren und ihn zu verbreiten. Die Geschichte der deutschen

Arbeiterbewegung bietet uns unendlich viel Material und erlebte Kämpfe, die wir uns aneignen müssen, die wir der Klasse zur Verfügung stellen müssen, die wir in jeder Form popularisieren wollen. Und schließlich wollen wir den Helden dieser Kämpfe gedenken. Wir wollen sie und ihren mutigen, entschlossenen Kampf dem Vergessen entreißen und alles von ihnen lernen, insbesondere ihre Opferbereitschaft, ihre Geduld und ihre Ungeduld, ihre Hingabe und ihre Härte. Wir nehmen diesen einhundertsten Jahrestag zum Anlass, um dem einen organisatorischen Anfang zu setzen und damit nicht mehr aufzuhören.

Heinz Ahlreip: „In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die sozialdemokratische Partei“. (Gustav Landauer).

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, beide wie Friedrich Ebert 1871 geboren, im Jahr der Pariser Commune, waren aufrechte revolutionäre Klassenkämpfer im Sinne der weltbefreienden Mission der Arbeiterklasse. Nach dem schwerwiegenden Sündenfall der SPD vom 4. August 1914, der Bewilligung von Krediten für den imperialistischen Krieg, arbeiteten beide ab September 1914 sehr eng zusammen, die Theoretikerin und der Aktionist - so war wohl die Aufgabenverteilung in der Antikriegsarbeit, bei der Aufklärung der Massen über den verbrecherischen Charakter des Krieges. Sie führten einen revolutionären Krieg gegen einen imperialistischen.

Erst durch den ersten Weltkrieg wurden beide zum Duo, vereint gegen die ‚Politik des 4. August‘. Auf Rosa Luxemburg geht der Satz zurück, dass die Revolution großartig sei und alles andere Quark, auf August Bebel der Satz, dass Karl Liebknecht der einzige sei, auf den er seine Hoffnungen setze. Karl und Rosa starben im Alter von 48 Jahren am 15. Januar 1919, 67 Tage nach dem Ausbruch der Novemberrevolution, durch ein Komplott, das sich aus mordbejahenden Sozialdemokraten, die sich im Gegensatz zur Arbeiterklasse und zum Volk bereits im Bürgerkriegsmodus befanden, und im Umbringen von Menschen versierten Offizieren der Armee Wilhelms II. zusammengesetzt hatte, nachdem sie den wichtigsten Schritt der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert vollzogen hatten: Die Grundsteinlegung einer sich auf Marx, Engels und Lenin berufenden kommunistischen Partei am 30. Dezember 1918 in Berlin, 52 Tage nach dem Ausbruch der Novemberrevolution.

Endlich hatte die revolutionäre Linke, bisher immer noch in der SPD und USPD, wenn auch radikalkritisch beheimatet, eine feste Form gefunden und war nicht länger eine Strömung mit Beliebigkeiten und Illusionen, die SPD von innen heraus revolutionieren zu können. Den bisherigen parteilosen Zustand hatte Lenin als ein großes Unglück und als eine große Gefahr bezeichnet. Die Frage mag hier

aufgeworfen werden, ob es ohne die russischen Revolutionen 1917 in Petrograd und Moskau und 1918, ein Jahr später als in den Metropolen, im russischen Dorf, Ende 1918 in Berlin zur Gründung der KPD gekommen wäre? Das ist eine der Fragen, die die Geschichtswissenschaft unbeantwortet lassen muss, es gab diesen mächtigen Einfluss von außen, aus dem Smolny, aus Kronstadt und von der russischen Rätebewegung, es gab das Vorbild der Lenin-Partei und es gab die fast uferlose Verräterei der SPD und der rechten Sozialdemokraten in den Gewerkschaften in der innerdeutschen Entwicklung, die sozialdemokratisch unterstützte bewaffnete Formierung der Konterrevolution.

Beide Motivstränge zusammen kreuzten sich dann am 30. Dezember 1918. Sowenig man Revolutionen machen kann, sowenig finden sich hundert Menschen aus freien Stücken zusammen, um eine Partei zu gründen. Es liegt eine objektive Gesetzmäßigkeit vor und keine freie Willensbildung, die das Steckenpferd ideologischer Phantasten ist. Die Illusion, die SPD von innen heraus zu erneuern, hatte Karl Liebnecht noch 1914, selbst nach dem Umfallen der Partei in der Frage der Kriegskredite, 1914 sprach er noch von einer „Regenerierung der Partei von der Haut bis zum Mark“. In vier Jahren war ein steiler Weg unter dem Absolutismus des Belagerungszustandes mit seiner Schutzhaft und mit seinen Redeverbotten, unter der und unter die auch revolutionäre Sozialdemokraten fielen, besonders sie, zurückgelegt worden, 1914 waren die marxistischen Kräfte innerhalb der SPD nur „lose Personen“, wie sich Rosa selbst ausdrückte, kleine, fast wirkungslose Wirbel gegen die übermächtige Strömung des Opportunismus und Sozialchauvinismus. Ihre Aufklärungsartikel erreichten die Massen nicht.

Die KPD war das Endprodukt von Häutungen, sie hatte sich herausgebildet zunächst aus dem kleinen Kreis von sieben Genossinnen und Genossen (Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Julian Marchlewski, Franz Mehring, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck), der sich zum ersten Mal am 4. August 1914 abends in der Wohnung der ebenfalls anwesenden Luxemburg traf, Karl Liebnecht kam eine Woche später dazu. Siebzehn Monate nach der Kreisbildung im Wohnzimmer gab die Gruppe die Zeitschrift ‚Internationale‘ heraus. Der Kreis verfestigte sich zum Spartakusbund, der aus dem Motiv vorging, „Erst Klarheit, dann Wahrheit!“, dieser wuchs sich aus zur KPD.

Erst eine Gruppe mit der ersten Zusammenkunft im August 1914 mit einer Zeitschrift ‚Internationale‘ (im März 1915 die erste Ausgabe) – dann ein Bund (gegründet im Januar 1916) – dann die Partei (gegründet am 31. Dezember 1918) – das war organisatorisch der Entwicklungsweg zum Leninismus und einer in seinem Namen tätigen Kaderpartei. Die Gründung sollte das Ende des ‚leichten Spiels im Klassenkampf für die ‚rechte SPD‘ sein, denn bisher hatte die Mehrheits-SPD immer leichtes Spiel, anti-kapitalistische und anti-imperialistische Bewegungen nicht

explosiv voll zur Entfaltung kommen zu lassen, um so die brutale Herrschaft des Kapitals zu sichern und zu verlängern. Der große Massenstreik Ende Januar 1918 und die subversive Tätigkeit der Genossen um Ebert in der Streikleitung für seine rasche Beendigung belegen dies.

In gewisser Weise hieß die Gründung der KPD für Sozialdemokraten, sich warm anzuziehen, denn mit der Gründung der KPD war aktuell die Frage der revolutionären Gewalt aufgeworfen. Bereits in einem Flugblatt der Spartakusgruppe, also der organisatorischen Vorform der KPD, war zu lesen, dass die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung nichts auszurichten vermag. (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2,137) Es wurde ernst mit dem Klassenkampf. Die KPD war damit auch etwas anderes als die Minderheits-USPD, die dreigespalten war. Rechts ein Klüngel um Bernstein, in der Mitte Kautskys Kreis, Kautsky ihr führender Parteitheoretiker, und auf dem linken Flügel Ledebours Anhang. So ist es nicht verwunderlich, dass in der ‚Leipziger Volkszeitung‘, dem Organ der USPD, auch konterrevolutionäre Hetzartikel menschwistischer Gegner der Oktoberrevolution aus Russland abgedruckt wurden.

Sehr gut kommt die Differenz zwischen der USPD und Spartakus zum Vorschein, wenn man die Kommentare zur Bildung einer Regierung unter Beteiligung von Mitgliedern der MSPD vergleicht. USPD: Das System des Militarismus hat einen Schlag erhalten Spartakus: Scheidemann und die anderen sitzen nicht als eure Führer, sondern als eure Verführer in der Regierung! So waren die Bemühungen der USPD vergebens, linke Mitglieder der USPD in revolutionärer Hinsicht zu mobilisieren, diese Schlappe war ein Stein mehr auf dem Weg zur KPD. Fast alle hatten sich in der Frage der Vaterlandsverteidigung, die es abzulehnen galt, und in den Anfängen der Novemberrevolution nicht bewährt. Abgesehen vom Hauptpunkt, dass die politischen Kräfte im linken Spektrum links vom Spartakusbund nicht ernsthaft die Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Erwägung zogen, versagten sie auch in der Frage der Demokratie.

Die republikanische Demokratie war damals die Decke, mit der die Konterrevolution die Dialektik des Klassenkampfes erstickte. So ist es auch noch heute. Man lallte in allgemein-demokratischen Flausen umher, verstieg sich in Illusionen über die ‚reine Demokratie‘, fand schmückende Worte, kam aber nicht darauf, dass die reine Demokratie unvereinbar ist mit der marxistischen Herr/Knecht- = Lohnarbeiter/Kapitalist-Dialektik. Mit der ‚reinen Demokratie‘ im Kopf wird der Lohnarbeiter nicht frei, unterliegt der Kapitalist nicht der gleichen Arbeitspflicht für alle. Der Lohnarbeiter muss im Kopf haben, dass die proletarische Demokratie primär die organisierte Macht der Arbeiterklasse zum Inhalt hat, durch die der kapitalistische Herr obsolet wird. Absterbende bürgerliche Demokratie beginnt mit der Aufhebung

der Bourgeoisie als Klasse, sprich mit der Vergesellschaftung ihres Eigentums an den Produktionsmitteln.

Demokratie und Pluralismus sind heute die Gebetsteppiche, auf denen die Diktatur des Proletariats davonfliegt. Das Spartakusprogramm vom Oktober 1918, zwei Monate vor der Gründung der KPD, endete mit der Losung: Tod dem Kapitalismus! Diese kann auch als die erste der KPD genommen werden.

War die ‚Politik vom 4. August‘ schon falsch, so offenbarte die Politik der SPD in der Novemberrevolution für Rosa Luxemburg in vielen Facetten nur eins: die sozialdemokratische Partei war bereits ein „stinkender Leichnam“ geworden, den man nicht wiederbeleben konnte. Das politische Leben der Massen war für sie in dieser Partei schon 1914 völlig erdrückt worden, wie sie am 12. Oktober 1914 in einem Brief an den Schweizer Sozialdemokraten Karl Moor geschrieben hatte. Sehr deutlich wird das bei der Abstimmung über die Kriegskredite am 2. Dezember 1914, der sozialdemokratische Vorstand hatte beschlossen, dass die Kreditvorlage ohne Diskussion und ohne Kürzungen (um mit ihnen die Kriegsregierung zu zwingen, in kürzerem Abstand wieder bewilligen lassen zu müssen) angenommen werden soll. In den Augen Rosa Luxemburgs stand die Novemberrevolution vor weltgeschichtlichen Aufgaben, die ohne einen „untrüglichen Kompaß“, ohne eine revolutionäre Kampfpartei nicht zu lösen waren.

Die Novemberrevolution durfte nicht von einem Leichnam angeführt werden und in dieser Revolution wurde ja auch für alle mitdenkende Welt sichtbar, dass die SPD eine modrige Revolutionspartei und eine quicklebendige Partei der Konterrevolution war. Jetzt endlich gab es eine Arbeiterpartei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, den auszubilden die alte SPD unvernünftig war. Hier mag man anführen, dass der SPD ein neues Sozialistengesetz drohte und der deutsche Spießherren eben mehr Neigung zur Seite der Legalität als zur Illegalität aufzuweisen hat. So froh die Partei fest in ihrer einmal gegebenen Organisationsstruktur. Das gilt auch geistig: Das alte Schlachttross war dann doch schon so verkalkt, dass es essentielle Neuerungen aus dem Aufkommen des Imperialismus nicht ausreichend erfassen und ausreichend richtig verarbeiten konnte, wie Lenin es meisterhaft vorexerzierte. Linke Sozialdemokraten konnten wohl, so Heinz Wohlgemuth in seinem Buch über die Entstehung der KPD aus dem Jahr 1978, in das politische Wesen des Revisionismus eindringen, bis zu seinen sozialökonomischen Wurzeln konnten sie jedoch nicht vordringen. Das ist problematisch genug, kritisch zu hinterfragen, hier aber nicht zu thematisieren. Kann man denn ohne Wurzel die Pflanze begreifen?

Statt sich zu einer Partei Leninschen Neuen Typs zu entwickeln, war die SPD schmutzig geworden, war dreigespalten, in Rechte, Zentristen („Marxisten in Worten, Opportunisten in der Tat“, so Lenin) und Linke. Die Revolutionäre erkannten, dass

nur in Opposition sowohl gegen die Rechten als auch gegen die Zentristen, die beide auf dem Boden der Landesverteidigung standen, eine Reinigung der Partei möglich war.

Die Reaktion hat die Dreiteilung gut erkannt, sie spekuliert immer auf die im Imperialismus aus ökonomischen Gründen vorliegende Spaltung des Sozialismus. Das geht gut aus den Worten des ehemaligen Mitglieds des preußischen Herrenhauses Clemens von Delbrück hervor, der am 31. Dezember 1914, auf den Tag genau vier Jahre vor dem Gründungstag der KPD, auf einer Sitzung des Königlichen Staatsministeriums die für die Reaktion richtige Taktik aussprach, dem rechten Flügel der SPD das Leben so leicht wie möglich zu machen und einen Keil in die Partei zu treiben. Hören wir noch einen weiteren Adligen zu den Klassenkämpfen in der Endphase des Kaiserreichs. Eine Rede des rechten SPD-Abgeordneten David kommentierte der Freiherr von Zedlitz wie folgt: *„Sie unterscheiden sich in der Tat ...kaum noch von den Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien. Der abweichende Standpunkt der Sozialdemokratie in Bezug auf das Kriegs- und Friedensziel wird in dieser Rede nur soweit gestreift, als dies aus Rücksicht der politischen Kontinuität und des politischen Anstands unbedingt notwendig war“*.

Die Gründung der KPD, einer Partei *neuen Typs*, bildet die Kulmination der anti-imperialistischen Volksrevolution vom November, die Ermordung der Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bedeutet langfristig einen Sieg des Imperialismus, der bereits mit dem Faschismus schwanger ging.

Der deutsche Faschismus gestern und heute

Eva Niemeyer: Die Ereignisse in Chemnitz und die Rolle des deutschen Faschismus

Wir veröffentlichen hier die deutsche Übersetzung eines Artikels von Eva Niemeyer. Der Artikel wurde zuerst in englischer Sprache in der Zeitschrift „Proletarian“ der CPGB-ML veröffentlicht.

Wie kann es sein, dass es Ausschreitungen gegen Immigranten gibt im Herzen der vormaligen deutschen sozialistischen Republik?

Diesen Artikel erhielt „Proletarian“ von einer Genossin aus der deutschen kommunistischen Bewegung.

Die Ereignisse in Chemnitz – vormals Karl-Marx-Stadt (!) – nehmen sicherlich eine Veränderung in der politischen Landschaft Deutschlands vorweg. Was jedoch nicht neu ist:

- der Ausbruch von Wut und Hass der örtlichen Bevölkerung gegen das politische System und seine Medien
- das Auftauchen einer gewalttätigen Meute unter dem wachsamen Auge der Polizei
- das Herunterspielen dieser Vorgänge durch führende Politiker, entgegen ihrer vorgeblichen Verpflichtung zu „demokratischen Werten“

Was hingegen neu *ist*, ist die Verbindung zwischen der „bürgerlichen Partei“ AfD (Alternative für Deutschland) und den Horden von halb-analphabetischen Hooligans, die zuerst in der Bundesrepublik (West-)Deutschland während der 1970er auftauchten.

Ursprünglich hatte sich die AfD als Anti-EU-Plattform durch Würdenträger aus dem politischen und wirtschaftlichen Umfeld gegründet und nur wenig Anhängerschaft gewinnen können, doch das änderte sich durch Ausnutzung der Antiflüchtlingshysterie, die größtenteils durch „respektable“ politische Parteien erzeugt wurde, die die Gebrechen des Kapitalismus unter denen die Massen leiden, den Migranten in die Schuhe schieben.

Neu ist ebenfalls die Beschäftigung mit dem einzelnen Wort „Hetzjagd“ (damit ist die Jagd auf Flüchtlinge gemeint) zur Beschreibung des Verhaltens des Mobs gegenüber Ausländern bei den Demonstrationen in Chemnitz.

Dieses durch Journalisten zur Beschreibung der Chemnitzer Vorfälle gebrauchte Wort, wurde von Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer als unzutreffend verurteilt, vom Kanzleramt unterstützt, dann durch den Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen verworfen. Kurz, die Kontroverse entzweit die Koalitionsregierung.

Mit einem Mal sind sich alle uneins – die Koalitionsparteien, Bundes- und Länderregierungen, Journalisten und Exekutivorgane – während die AfD sich ins Fäustchen lacht.

Von außen betrachtet erscheint Deutschland in einem Zustand der Unordnung. Zumal nun die Deutschen einen Anspruch darauf haben als „Experten“ des Faschismus und Antifaschismus zugleich zu gelten, ob nun in der Theorie oder der Praxis, mag es lohnenswert sein die Einsichten berühmter deutscher Antifaschisten aus Ost- und Westdeutschland zu rekapitulieren.

Die Rolle des deutschen Faschismus

Dank der durch die DDR geleisteten Arbeit (Deutsche Demokratische Republik, der im östlichen Deutschland errichtete sozialistische Staat), ist der Übergang der Weimarer Republik (bürgerlich-demokratisch) in einen faschistischen Staat (Nazidiktatur) minutiös dokumentiert, mit dem Resultat, dass antifaschistische Gelehrte der DDR und BRD gleichsam in der Lage waren, grundsätzlich zu den selben Schlüssen zu gelangen:

Obwohl die deutsche Bourgeoisie zunächst in der Lage war, ihre Kraft zurückzuerlangen, und anschließend die durch den Versailler Vertrag auferlegten Reparationen zu verwässern und aufzuschieben, wurde sie durch die weltweite Wirtschaftskrise von 1929 überrumpelt. Die folgenden Austeritätsmaßnahmen riefen Massenaufstände unter der Führung der rasant wachsenden Kommunistischen Partei (KPD) hervor, während der Zuspruch zur Sozialdemokratie sich dramatisch abschwächte, wodurch sich die Bourgeoisie veranlasst sah, nach alternativen Parteien Ausschau zu halten, um die Massen auch weiterhin in die Irre zu führen.

Obendrein waren sich die deutschen Kapitalisten darüber uneins, welche Märkte mithilfe welcher Verbündeter zukünftig gesichert werden sollten (die Chemieindustrie, nach ihrem Grundnahrungsmittel – Ölvorkommen – Ausschau haltend, zielte auf Einflussgewinn im Kaukasus, während die Stahlindustrie an französischen Eisenerzvorkommen und einem offenen amerikanischen Markt für ihre Produkte interessiert war). Der deutsche Faschismus stellte eine „für jede Größe passende“-Universallösung für alle Probleme der deutschen Monopole dar.

Allerdings hätte er ohne die tatkräftige Unterstützung breiter Schichten der deutschen Massen niemals erfolgreich sein können. Dies wurde erreicht durch die Verschiebung der Stützen des Systems weg von der Arbeiteraristokratie (der Hauptstütze zur Legitimation der Bourgeoisie bei den Massen in den meisten westlichen, kapitalistischen Ländern), hin zum enteigneten Kleinbürgertum, dem ein „innerer Feind“ (die Juden) angeboten und eine strahlende Zukunft, sobald dieser Feind erfolgreich beseitigt worden ist, indem die enteigneten Geschäfte und Wohnstätten deutschen „Ariern“ übergeben wurden.

Die faschistische Geschichte setzt sich fort

Die ersten Wirtschaftskrisen der BRD in den 1960ern erzeugten neue faschistische Bewegungen, die „neofaschistisch“ getauft wurden. Westdeutsche Faschismusexperten analysierten den Ursprung und die Funktion solcher Bewegungen, und deckten auf, dass ihnen nichts „Neues“ innewohnte, sie lediglich eine Wiederholung bereits bekannter bürgerlicher Strategien waren, um politische Krisen zu bewältigen.

Die Beschleunigung der kapitalistischen Wirtschaftskrise ist eine Tatsache, die dazu führt, dass die Erholung von der letzten Krise nicht abgeschlossen ist, bevor die nächste sich bemerkbar macht und in vorherrschender Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit, dem Verfall des Bildungswesens, wie auch der Wohlfahrt und Gesundheitsversorgung mündet. Da dem so ist, müssen die Wurzeln eines offen terroristischen Regimes (Faschismus) am Leben erhalten werden, falls ein solches zukünftig notwendig werden sollte.

Faschistische Kräfte auf Sparflamme brodeln zu lassen, erfüllt mehrere Zwecke – nicht nur die Ermöglichung des Überganges in den Faschismus, sondern auch die Begünstigung einer ganzen Reihe undemokratischer Maßnahmen auch innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Maßnahmen wie:

- die Vereinnahmung potenziellen Protests gegen das System und die Umlenkung eines erstarkenden Klassenbewusstseins in Rassismus und Chauvinismus;
- ihre Nutzung als Stimmungsmesser der Herrscherklasse, um Einsicht in das Potenzial der Massenmobilisierung zu gewinnen;
- Begünstigung reaktionärer Gesetzesvorhaben, die ansonsten nicht von der Bevölkerungsmehrheit akzeptiert werden würden;
- Auslösung einer Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts, wodurch die reaktionärsten Sektionen der Bourgeoisie/der Monopole Druck auf die moderateren Sektoren ausüben;
- Unterstützung einer fortwährenden ideologischen Neuausrichtung, um den Faschismus akzeptabel zu machen: Änderungen am Sprach- und Geschichtsdiskurs (Umschreibung der Geschichte), um in der Bevölkerung die Wahrnehmung des Faschismus zu verändern (nicht alles in Nazideutschland war schlecht, der Faschismus war lediglich eine Reaktion auf kommunistische Übel, etc.);
- Förderung der terroristischen Einschüchterung von Protesten der Arbeiterklasse und sozialen Bewegungen.

Die Weltwirtschaftskrise, die Überproduktions- und Überakkumulationskrisen, die durchgehend durch die kapitalistische Landschaft fegen, lassen Deutschland nicht unangetastet, obwohl es als kapitalistischer Exportweltmeister bisher Nebenwirkungen wie Arbeitslosigkeit und Armut größtenteils erfolgreich zu exportieren wusste.

Nichtsdestotrotz muss es sich, wie auch seine Konkurrenten, die Option des Rückgriffs auf den Faschismus erhalten, und deshalb mit den oben skizzierten Maßnahmen „spielen“.

Chemnitz ergibt Sinn

Die Ereignisse in Chemnitz fügen sich in dieses Bild nahtlos ein. Die Verbindung zwischen terroristischen, rechtsradikalen Elementen, rechten Parteien und „normalen“ Bürgern, hauptsächlich verarmten Arbeitern und Mittelschichten, zeigt, dass sich das bürgerlich-demokratische System gegenwärtig an einem Scheideweg befindet, unter großen Druck stehend, entweder die „notwendige“ Verschiebung (des ganzen Spektrums) nach rechts zu vollziehen oder einem anderen (offen repressivem) System Platz zu machen – also dem Faschismus.

Deswegen ist das Bestreben der deutschen Bourgeoisie nach einer Neuausrichtung der kulturellen Landschaft, samt der Einführung einer neuen Sprache, grundlegend wichtig. Gibt es eine „Hetzjagd“ auf Ausländer? Ist Migration die „Mutter aller Probleme“? Die sich durch die Nutzung solcher Redewendungen spiegelnde Polarisierung ist ein Indikator (Stimmungsmesser) dafür, in welchem Grade ein Systemwechsel der Mehrheit untergeschoben werden könnte.

Auch die Reaktionen der Kapitalektoren, die stark vom Export und freiem Handel abhängig sind, müssen behutsam geprüft werden. Tatsächlich zeigt auch die Gruppe, die bisher die Hauptstütze der Bourgeoisie war, sprich die Arbeiteraristokratie und ihre Organisationen (die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei) Anzeichen dafür, eine Menge von Grundsätzen rechter Ideologie übernommen zu haben.

Insbesondere die oben erstgenannte Maßnahme – also die Vereinnahmung von Protestpotential und dessen Umlenkung in Rassismus und Chauvinismus – wurde bisher hauptsächlich auf dem Gebiet der einstigen DDR eingesetzt.

Als 1989 klar wurde, dass der „Preis“ der Wiedervereinigung hoch werden würde, und er primär von der ostdeutschen Bevölkerung zu tragen sein müsse, entwickelten die politischen Entscheidungsträger Hand in Hand mit dem Verfassungsschutz einen Masterplan, um den unabwendbaren Protest dagegen umzulenken.

Bereits durch die verdeckte Operation Gladio der NATO (zur Destabilisierung der westlichen Demokratien, in denen befürchtet wurde, es käme zu einem Kraftzuwachs linker Kräfte, und zur Anstiftung von Dissens in sozialistischen Ländern) im Einsatz provokativer terroristischer Aktionen geschult und erfahren, waren sie gut in der Lage, ihre Fähigkeiten auch auf anderen Feldern einzusetzen, wie etwa beim Oktoberfestattentat von München 1980 (beabsichtigte die Opposition der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Cruise-Missiles zu schwächen).

Also wurden als Verfassungsschutz-Agenten dienende rechte Hooligans auch in die Mittelpunkte des Protests und der Frustration in Ostdeutschland entsandt, wo sie

erfolgreich Flüchtlinge zu Sündenböcken machten, was 1991 in Rostock zu einem der skandalösesten Ausbrüche des Hasses gegen ausländische Arbeiter führte. Seit jeher bilden diese rechten Kräfte zusammen mit faschistischen Parteien im Osten einen Block, um jedweden Sozialprotest zu absorbieren und vom Kapitalismus und der Bourgeoisie abzulenken.

Aus diesen Verbindungen erwuchs der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), der für den Mord an neun deutschen Staatsbürgern „mit Migrationshintergrund“ verantwortlich ist. Diese Organisation genoss eine derartig große Unterstützung des Verfassungsschutzes, dass eine enorme Zahl Akten vernichtet werden musste, um ihre Spuren zu verwischen. Sogar der Vorstoß des Bundesrats zum Verbot der faschistischen NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) schlug aufgrund ihrer engen Verflechtungen mit dem Verfassungsschutz fehl.

Chemnitz ist in diesen politischen Entwicklungen mittendrin, die zuerst in der ersten Krise Westdeutschlands ihren Ursprung hatten und nun – bewusst – in die ehemalige DDR ausgeweitet wurden. In Wirklichkeit ist das keine große Überraschung. Die Bevölkerung der einstigen DDR ist extrem frustriert und wurde drastisch betrogen. Ihr wurden durch den damaligen Kanzler Helmut Kohl „blühende Landschaften“ versprochen, anstatt jedoch den westdeutschen Wohlstand zusätzlich zu den sozialen Errungenschaften und der Versorgung der DDR zu erhalten, verloren sie letzteres und hatten nie teil an ersterem.

Eines der ostdeutschen Kernländer der Rechtsradikalen ist die Ostküste zwischen Stralsund und Usedom, eine der attraktivsten Touristenregionen des Landes, wo Hotelketten rapide investieren, während die Belegschaft auf Basis des Mindestlohns angestellt ist. In einigen Landkreisen wählten dort 40 % oder mehr der Wählerschaft NPD und AfD.

Bei einer öffentlichen Umfrage erklärte einer der gegen Flüchtlinge protestierenden Befragten (und sein Kommentar könnte eine repräsentative Stimme der ostdeutschen Demonstranten sein): *„Seit die Mauer niedrigerissen wurde, wurde uns alles genommen. In der DDR war alles gut. Der Arbeitsplatz war gut, die Umwelt war in Ordnung, das gesellschaftliche Leben war in Ordnung – alles war perfekt! Aber nun sind wir Niemande, ohne ordentliche Arbeit, kein Gemeinschaftsleben mehr, nur noch Einzug des großen Geldes und reicher Menschen aus dem Ausland. Wünschte sie hätte die Mauer nie eingerissen.“*

Die offensichtliche Lösung wäre es den Sozialismus wiederherzustellen – etwas das für die Bourgeoisie offensichtlich nicht akzeptabel ist. Die Aufgabe aller bürgerlichen Parteien ist es deshalb, die Wut der Massen einzuspannen und sie auf unschuldige Flüchtlinge zu richten.

In den 1930ern schaffte es die deutsche Bourgeoisie große Teile der deutschen Massen dazu zu bringen, unschuldige Juden für das durch den Kapitalismus verursachte Unheil zu beschuldigen. Auf dass es heute ein Fall von „Einmal und nie wieder“ sei!

Auszüge aus der Posener Rede Heinrich Himmlers

„Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und sonst zu niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.“

„Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von menschlichen Ausnahmeschwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht und ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.“

„Ich bitte Sie, das, was ich Ihnen in diesem Kreise sage, wirklich nur zu hören und nie darüber zu sprechen. Es trat an uns die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? – Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen.“

„[...] so habe ich grundsätzlich den Befehl gegeben, auch die Weiber und Kinder dieser Partisanen und Kommissare umbringen zu lassen. Ich wäre ein Schwächling und ein Verbrecher an unseren Nachkommen, wenn ich die haßerfüllten Söhne dieser von uns im Kampfe von Mensch gegen Untermensch erledigten Untermenschen groß werden ließe.“

Quelle: www.wikipedia.org

Konterrevolution auf Filzlatschen

Egon Bahr: „Wandel durch Annäherung.“ Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15. Juli 1963¹

Es ist in den letzten Tagen schon eine ganze Menge über das Thema der Wiedervereinigung gesagt worden. Ich möchte kein Korreferat dazu halten, sondern nur einige Bemerkungen machen. Sie sind zur Anregung der Diskussion gedacht und entspringen dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können, und der Überzeugung, daß es an der Zeit ist und daß es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen neu zu durchdenken. Natürlich muß man dabei davon ausgehen, daß nicht nur das Berlin-Problem nicht isoliert gelöst werden kann, sondern auch das Deutschland-Problem eben Teil des Ost/West-Konfliktes ist.

Die Parole "Deutsche an einen Tisch" war immer eine Parole, die nur der Anerkennung der deutschen Teilung dienen sollte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sowjetunion auch heute noch ihre harte Hand auf dem deutschen Glacis hält. Die theoretische Vorstellung, daß in Ost-Berlin ein Demokrat säße, macht sofort deutlich, daß die sowjetische These, die Wiedervereinigung sei allein Sache der Deutschen, die Herrschaft eines sowjetischen Vizekönigs in Ost-Berlin voraussetzt. Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie. Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen, daß die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.

Die Wiedervereinigung ist ein außenpolitisches Problem. Es widerspricht zwar vielen Resolutionen, aber es entspricht der realen Lage, wenn innerhalb der Bundesregierung nicht das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, sondern das Auswärtige Amt für diesen Komplex zuständig ist. Niemand ist deshalb auf den Gedanken gekommen, daß diese Ressortenteilung etwa eine Anerkennung der sogenannten DDR bedeute.

Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden

¹ Deutschlandarchiv 8 (1973), S. 862-863.

soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.

Die Frage ist, ob es innerhalb dieser Konzeption eine spezielle deutsche Aufgabe gibt. Ich glaube, diese Frage ist zu bejahen, wenn wir uns nicht ausschließen wollen von der Weiterentwicklung des Ost/West-Verhältnisses. Es gibt sogar in diesem Rahmen Aufgaben, die nur die Deutschen erfüllen können, weil wir uns in Europa in der einzigartigen Lage befinden, daß unser Volk geteilt ist.

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.

Nun kann es kaum Zweifel geben, daß Änderungen in der Zone besonders schwer zu erreichen sind. Die Zone ist in der politischen Entwicklung zurückgebliebener als Polen, Ungarn und die Sowjet-Union. Und das hat seine Gründe. Ulbricht konnte sich halten, nicht obwohl, sondern gerade weil er der letzte Stalinist ist. Die Erfahrungen des Jahres 1953 haben dem Kreml gezeigt, wie gefährlich es in seinem Sinne ist, wenn in der deutschen Zone Erleichterungen für die Menschen gewährt werden. Denn gerade weil es sich um den Teil eines gespaltenen Volkes handelt, schlagen anders als etwa in Polen oder in der Sowjetunion soziale und wirtschaftliche Forderungen sofort um in politische und in nationale. Das Gefälle zur Bundesrepublik ist da. Und es ist durch die 18jährige kommunistische Herrschaft nicht zu beseitigen gewesen. Aus der Forderung nach geringeren Normen ist am 16. Juni 1953 auf dem Wege von der Stalinallee bis zum Haus der Ministerien die Forderung nach freien Wahlen geworden. Die Zügel glitten dem Ulbricht-Regime aus der Hand und konnten nur von den sowjetischen Panzern wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis war eine Befestigung der Stellung Ulbrichts.

Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind. Das ist nicht ganz so erschreckend, wie es klingt, nachdem wir schließlich mit diesem Regime schon eine ganze Weile zu tun haben und auch auf der verschämten Ebene der Treuhandstelle für den Interzonenhandel sprechen.

An dieser Stelle drängt sich naturgemäß die Überlegung auf, ob es nicht durch einen totalen Stopp sämtlicher auch noch bestehender wirtschaftlicher Verbindungen denkbar wäre, das Gebäude der Zone zum Einsturz zu bringen. Man könnte sogar noch einen Schritt weitergehen und dem theoretischen Gedanken nachhängen, ob es nicht durch eine Verschärfung der Situation, die man bewußt fördert, zu einem Zusammenbruch kommen könnte. Die kühle Überlegung führt zu einer totalen Ablehnung dieser Gedanken. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten zu einem Zusammenbruch des Regimes führen könnten. Die gutgemeinten Ratschläge der Menschen aus der Zone: brecht den Handel ab, wir schnallen uns gern unseren Gürtel noch enger, zeigen leider keinen Weg. Mehr noch: wir wissen eben aus Erfahrung: zunehmende Spannung stärkt Ulbricht und vertieft die Spaltung. Ganz abgesehen davon, daß auch die Bundesregierung bekanntlich niemals eine Haltung eingenommen hat, die aus diesem Motiv zu einem Abbruch des Interzonenhandels hätte führen müssen, und abgesehen davon, daß eine derartige Haltung die Lage Berlins unberücksichtigt ließe.

Der nächste Einwand ergibt sich aus unserer berechtigten Ablehnung, das Zonenregime anzuerkennen. Ich halte die Diskussion um die Anerkennung zuweilen insofern für zu eng und vielleicht sogar für gefährlich, weil sie uns in eine Sackgasse führen und jegliche Politik verbauen kann. Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen rechtmäßigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen. Jahrelang haben die Botschafter Rotchinas und der Vereinigten Staaten in Genf und Warschau miteinander verhandelt, ohne daß deshalb die USA Rotchina anerkannt hätten oder man auch nur behauptet hat, diese Gespräche seien eine Anerkennung. Der Innenminister der Deutschen Demokratischen Republik – ohne Anführungsstriche – hat den in Berlin stationierten Alliierten am 13. August 1961 verboten, weiterhin von ihrem Recht Gebrauch zu machen, den Ostsektor der Stadt auf allen Wegen zu betreten, und sie auf den einen Übergang am heutigen Checkpoint Charlie beschränkt. Als die Alliierten dieser Anweisung folgten, hat niemand deshalb behauptet, das sei eine Anerkennung der „DDR“. Das hat auch niemand behauptet, als wider jedes Recht Truppen der Zone

nach Ostberlin einmarschierten und sich den Amerikanern, Engländern und Franzosen gegenüberstellten, um dafür zu sorgen, daß die genannten Anordnungen befolgt werden.

Wenn heute ein Flüchtling durch die Spree schwimmt und beschossen wird, oder der Bus von Flüchtlingen sich in dem Slalom-System verklemmt und auf die Menschen geschossen wird, dann geschehen doch Verbrechen, oder nicht? Aber dann darf unsere Polizei nicht zurückschießen und nichts tun, um diese Verbrechen zu verhindern. Und niemand hat bisher zu sagen gewagt, daß dies die brutalste Form der Anerkennung sei. Es gibt einen bevollmächtigten Verhandlungsführer, mit entsprechenden Schreiben des Bundeswirtschaftsministers und des Regierenden Bürgermeisters ausgestattet, sein Name ist Dr. Leopold, der mit einem Bevollmächtigten der anderen Seite seit Jahren verhandelt. Aber auch das ist keine Anerkennung. Jedenfalls hat niemand das behauptet. Niemand von uns erkennt das Ulbricht-Regime an, wenn er in Töpen, in Marienborn oder in Lauenburg eine Wegegebühr zahlt und seinen Personalausweis in dem Schlitz verschwinden läßt, hinter dem er überprüft wird. Daß wir einer Reihe von Kategorien von Menschen empfehlen, den Luftweg zu benutzen, weil die anderen Wege eben nicht frei von Kontrolle und frei von Zugriffsmöglichkeiten des Ulbricht-Regimes sind, ist auch keine Anerkennung. Es ist natürlich erst recht keine, wenn die Bundesrepublik Beziehungen zu Ländern abbricht, die Beziehungen zu Pankow aufnehmen. Das könnte man höchstens als eine Negativform der Anerkennung bezeichnen.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß sich unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten Legitimität dieses Zwangsregimes bei uns so viel eingebürgert hat, daß es möglich sein muß, diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigen Sinne zu benutzen. Wenn Dr. Leopold oder ein anderer zum Chef einer Behörde gemacht würde, die sich nicht nur mit den Fragen des Interzonenhandels beschäftigt, sondern mit allen Fragen, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind, dann würde ich darin um so weniger eine substantielle Änderung der heutigen Situation erblicken können, als die Treuhandstelle für den Interzonenhandel ja auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen besprochen hat.

Der amerikanische Präsident hat die Formel geprägt, daß soviel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Wenn man diese Formel auf Deutschland anwendet, so eröffnet sich ein ungewöhnlich weites Feld. Es wäre gut, wenn dieses Feld zunächst einmal nach den Gesichtspunkten unserer Möglichkeiten und unserer Grenzen abgesteckt würde. Ich glaube, sie sind sehr viel größer als alle Zahlen, die bisher genannt wurden. Wenn es richtig ist, daß die Verstärkung des Ost-West-Handels mit der genannten Einschränkung im Interesse des Westens liegt, und ich glaube, es ist

richtig, dann liegt sie auch im deutschen Interesse, erst recht in Deutschland. Wir brauchen dabei nicht pingelig zu sein, um diesen bekanntgewordenen Kölner Ausdruck für eine bekannte Haltung zu benutzen.

Das Ziel einer solchen Politik kann natürlich nicht sein, die Zone zu erpressen, denn kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das so gefährdete in der Zone, kann sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen. Aber das haben schließlich auch nicht die Amerikaner verlangt, als sie Polen Kredite gaben, und das ist auch nicht der Sinn des amerikanischen Wunsches nach verstärktem Osthandel. Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbaren und verantwortbaren Versuchs, ihre Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen beigetragen. Es ist nicht einzusehen, warum es in der Zone anders sein sollte.

Die Sowjetunion ist angetreten mit dem Ziel, den Westen einzuholen und zu überholen, gerade auch auf dem Gebiet des Lebensstandards, auf dem der Westen am stärksten ist. Abgesehen davon, daß es sich dabei um ein Ziel handelt, das den Westen als Vorbild hinstellen muß und an seiner Leistung orientiert ist, ist offensichtlich, daß diese Politik nicht allein die Zone innerhalb des Ostblocks ausnehmen kann. Den Prozeß zur Hebung des Lebensstandards zu beschleunigen, weil sich dadurch Erleichterungen mannigfacher Art für die Menschen und durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können, würde demnach in unserem Interesse liegen.

Man könnte die Sorge haben, daß dann die Unzufriedenheit unserer Landsleute etwas nachläßt. Aber eben das ist erwünscht, denn das ist eine weitere Voraussetzung dafür, daß in dem Prozeß zur Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zu zwangsläufigen Rückschlägen führen müßte. Man könnte sagen, das Regime würde dadurch gestützt, aber ich habe eben zu entwickeln versucht, daß es keinen praktikablen Weg über den Sturz des Regimes gibt. Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.

Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungserklärung gesagt, sie sei bereit, „über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen“. Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen möchte ich meine Ausführungen verstanden wissen. Wir haben gesagt, daß

die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.

Manfred Wilke: Interview mit Wolfgang Berghofer: »Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige«. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90

JHK 2007, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Seite 396-421, Aufbau Verlag

MANFRED WILKE: Herr Berghofer, am 8. Oktober 1989 hatten Sie, damals Oberbürgermeister von Dresden, als erster SED-Funktionär den Mut mit der oppositionellen Gruppe der 20 in einen Dialog über die Situation in ihrer Stadt und im Land einzutreten. Das war ein historischer Schritt, der eine dynamische Veränderung der Kräfteverhältnisse in der DDR einleitete. Welche Entwicklungen führten zu dieser Entscheidung?²

WOLFGANG BERGHOFER: Die Partei war mit Honeckers Krebskrankung seit August 1989 faktisch führungslos. Es kamen von der Zentrale keine klaren Vorgaben mehr, die die Realität im Lande widerspiegeln. Die Staats- und Parteiführung machte einfach weiter wie bisher. Das Motto lautete: »Wir feiern jetzt mit großem Pomp den 40. DDR-Geburtstag, und dann sehen wir weiter«. Aber große Teile der einfachen SED-Mitglieder fingen an zu revoltieren. Nicht wenige von ihnen waren am Ende die Demonstranten auf der Straße oder saßen in der Gruppe der 20 mit am Verhandlungstisch. Sie waren im Grunde genommen bereits zu »Gegnern« geworden, weil sie verstanden hatten, dass es mit dem Sozialismus in der DDR zu Ende ging. Es gab auch in der mittleren Ebene der Partei, vor allem aber unter den

² Das Gespräch bezieht sich auf den Zeitraum von Oktober 1989 bis Januar 1990. Es behandelt im Wesentlichen die Transformation der SED. Zudem geht Wolfgang Berghofer auf seine politischen Werdegang als SED-Funktionär in den 70er und 80er Jahren ein.

Wirtschaftsfunktionären, heftige Diskussionen. Ich habe beispielsweise im Herbst 1988 anlässlich der Leipziger Messe mit Alexander Schalck-Golodkowski die Frage diskutiert, ob ein Putsch gegen die Gerontokraten im Politbüro erfolgreich sein könnte, denn dort sahen wir das Problem. Die Antwort war eindeutig: Jeder derartige Versuch endet in Bautzen, für einen solchen Lösungsansatz fehlten uns die strukturellen Möglichkeiten. Die zweite Option, die ich ins Auge fasste, war in den Westen zu gehen. Es gab gut bezahlte Angebote, so z. B. von dem Hamburger Maschinenfabrikanten Kurt A. Körber. Aber dieser Weg kam für mich moralisch nicht in Frage. Also blieb nur, aus der Misere das Beste zu machen. Das war die bequemste der drei Optionen und scheinbar die einzig machbare.

Diese Ausgangslage innerhalb der SED erklärt unter anderem auch, warum es in der DDR während des Umbruchs 1989 nicht zu Blutvergießen kam. Große Teile des Machtgefüges übten gegenüber der Führung selbst Veränderungsdruck aus und verlangten: Hier muss etwas passieren, so kann es nicht weitergehen. Auf Grund der politischen und ökonomischen Fehlentwicklung hatte die Fluchtbewegung solche Ausmaße angenommen, dass wichtige und sensible Bereiche einer Stadt wie Dresden zusammenbrachen. So gab es z. B. fast keine Augenärzte mehr. Es brach Panik unter der Bevölkerung aus. Man fragte sich: Was wollen wir denn noch hier? Und unter dem Motto »Wir wollen hier raus!« erhielt die Entwicklung eine nicht mehr einzudämmende Dynamik. Nehmen Sie beispielsweise die Bausubstanz Dresdens, Leipzigs oder Bautzens. So wie deren historische Gebäude verfielen, so verfielen auch Identität und Bindung an die Heimat. Hoffnungslosigkeit machte sich breit. Im Grunde genommen haben sie 1989 kaum noch jemanden getroffen, der leistungsfähig war und der nicht sagte: Es ist Schluss, ich gehe.

WILKE: Wie haben Sie die oppositionellen Gruppen wahrgenommen? Zum Beispiel den heutigen Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz?

BERGHOFER: Die Opposition habe ich bis zum Oktober 1989 überhaupt nicht wahrgenommen. Herrn Vaatz kannte ich nicht. Meine westlichen Gesprächspartner, z.B. Klaus von Dohnanyi, der ehemalige 1. Bürgermeister Hamburgs, und sein Nachfolger im Amt Henning Vorschrau, haben mich bei unseren Treffen nie gefragt, ob Gespräche mit Oppositionellen möglich seien. Die so genannten Dissidenten, die mir durch die Polizeirapporte und Stasi-Berichte bekannt waren, machten außer Propaganda und negativen Redensarten eigentlich nichts »staatsfeindliches«. Als reale wirkungsvolle Opposition waren für mich im Grunde genommen nur einzelne Persönlichkeiten der evangelischen Kirche erkennbar, allerdings nicht im politischen Sinne des heutigen Oppositionsbegriffes. Sie widersprachen in wichtigen gesellschaftlichen Konfliktfeldern, beispielsweise der demokratischen Entwicklung, der offiziellen Linie der SED. Mit den wichtigsten Personen, dem Landesbischof Johannes Hempel sowie dem Superintendenten und Pfarrer der Dresdener

Kreuzkirche Christof Ziemer, hatte ich ein sehr gutes Verhältnis, das von beiderseitiger Achtung getragen war. Deshalb habe ich auch akzeptiert, dass sie mir schonungslos die Wahrheit ins Gesicht sagten. So hat mir Herr Ziemer schon im Mai 1989 unmittelbar nach den Kommunalwahlen gesagt: »Herr Berghofer, die Wahlen sind gefälscht. Sagen Sie mir ehrlich wie!« Natürlich konnte ich darauf nicht antworten und schwieg. Herr Ziemer sagte daraufhin: »Ihr Schweigen sagt mir, was ich zu entnehmen habe. Sie werden das bitter bezahlen«, womit er letztlich Recht behalten hat. Aber auch diese Kräfte hatten kein Interesse an staatlichen Veränderungen im Sinne einer Wiedervereinigung, sie wollten eine andere DDR.

Hierzu noch eine Anmerkung. Ich erhielt von der MfS-Bezirksverwaltung ausgewählte Berichte über die politische Situation im Bezirk Dresden. Das war ungewöhnlich, denn meine Informations- und Entscheidungsebene war die Stadt. Für diese war die MfS-Kreisdienststelle zuständig, mit der ich aber kaum Kontakt hatte. Der MfS-Bezirkschef Generalmajor Horst Böhm veranlasste das, immer mit dem Vermerk »Lesen und sofort zurückgeben!«. Ich stand nicht auf dem Verteiler, damit ich nicht das gleiche Wissen wie Hans Modrow, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, hatte. Das war – Wissen ist Macht – einer der Machterhaltungsgrundsätze in der SED. Warum Böhm, der dann nach seiner Entlassung im Februar 1990 Selbstmord beging, das getan hat, weiß ich nicht. Ich vermute, dass er in mir einen der Hoffnungsträger von übermorgen sah und sich auf diese Weise eine gute persönliche Beziehung aufbauen wollte. In diesen MfS-Berichten war von Opposition bis Mitte 1989 nicht die Rede, sondern nur von Rand- und Splittergruppen der Gesellschaft, die den Eindruck hinterließen, dass ihre Mitglieder in keiner Gesellschaft zurecht kommen und deshalb nicht ernst zu nehmen seien. Die eigentliche Opposition, wie sie heute mitunter verklärt dargestellt wird, entstand aus meiner Sicht erst unmittelbar um den 7. Oktober 1989 herum. Ab da nahm sie schrittweise organisatorisch klare Formen an: die Gruppe der 20 in Dresden, der Demokratische Aufbruch, die SDP in der DDR usw.

WILKE: Die Oktobertage in Dresden haben für das Thema Umwandlung der SED in die PDS, d. h. das Ende der Diktaturpartei und den Übergang zu einer parlamentarischen Wettbewerbspartei, eine unmittelbare Bedeutung. Sie begann mit der abenteuerlichen Entscheidung von Honecker, die Botschaftsflüchtlinge aus Prag über den Dresdener Hauptbahnhof in den Westen zu schicken, damit die 40-Jahr-Feier nicht gestört wird. Es gab auf dem Dresdner Hauptbahnhof Versuche von Ausreisewilligen auf die Züge aufzuspringen. Die Polizei ging dagegen gewaltsam vor. Die Bezirkseinsatzleitung, die aus den führenden Partei-, Staats- und Sicherheitsfunktionären des Bezirkes Dresden bestand, übernahm das Kommando über die Sicherheitskräfte vor Ort, um die Unruhen zu beenden. Inwieweit waren Sie als Oberbürgermeister involviert?

BERGHOFER: Am 3. Oktober, als das Drama in Dresden losging, rief mich Modrow an. Zu ihm hatte ich ein relatives Vertrauensverhältnis aufgebaut, das auf Gegenseitigkeit beruhte. Modrow sagte: »Ich übernehme jetzt über die Bezirkseinsatzleitung die Führung der Prozesse zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in der Stadt. Du gehörst nicht dazu. Du kümmerst dich ausschließlich um eine reibungslose Versorgung der Bevölkerung und vor allem um die Vorbereitung des 40. Jahrestages!« So wurde ich aus der Arbeit der Bezirkseinsatzleitung während der Flüchtlingskrise völlig herausgehalten und erhielt auch keine detaillierten Informationen mehr. Das hatte den Vorteil, dass ich Zeit hatte, nachzudenken: Was mache ich; und wie gehe ich mit der ganzen Sache um. Was die Bezirkseinsatzleitung wirklich entschieden bzw. was sie nicht entschieden hat und was die Sicherheitsorgane selbst entschieden haben, ist bis heute strittig. Modrow stellt es so dar, als hätte die Bezirkseinsatzleitung nie getagt, und alle sicherheitsrelevanten Entscheidungen wären selbständige Entscheidungen der Polizeieinsatzkräfte und der Staatssicherheit gewesen. Also er war nicht verantwortlich und konnte demnach nicht in Verantwortung genommen werden. Dafür hat ihn Böhm, der MfS-Chef des Bezirkes, gehasst, weil diese Version natürlich nicht stimmte.

WILKE: Dann kommt das schon erwähnte Ereignis, dass einen hohen Stellenwert in Bezug auf den Prozess der Differenzierung in der SED hat, nämlich Ihre Entscheidung vom 8. Oktober; dem Rat von Christof Ziemer zu folgen, mit den Demonstranten das Gespräch aufzunehmen und die Gruppe der 20 zu empfangen. Das ist ein prinzipieller Bruch mit der damaligen Parteilinie, die für den 9. Oktober vorsah, die Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten ein für alle Mal zu beenden. Sie wussten, dass eine der Möglichkeiten, die dieser Schritt barg, Ihre Verhaftung war, und Sie gaben Ihrer Frau den Rat, sich an den Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau zu wenden, falls das geschieht. Dass heißt, Sie forderten sie zur »ungesetzlichen Verbindungsaufnahme« auf. Diese Entscheidung veränderte Sie in dieser Situation, Sie wurden ein anderer. Sie waren an einem Punkt angelangt, an dem Sie sich die Frage stellten: Geht das gewaltsam aus, oder gibt es den Weg einer friedlichen Lösung?

BERGHOFER: Die Demonstranten wie auch die Polizeieinsatzkräfte waren am Abend des 8. Oktober in einer emotionalen Verfassung, in der man mit allem rechnen musste. In dieser Situation führte ich auf Bitten von Landesbischof Hempel und Superintendent Ziemer ein folgenschweres Gespräch mit der Dresdner Kirchenspitze. Die Herren Hempel und Ziemer erschienen gegen 21.10 Uhr im Rathaus und wurden vom Oberkirchenrat Fritz begleitet. Sie kamen direkt von den Demonstranten in der Prager Straße, die mit Polizeikordons eingekesselt waren. Sie wirkten höchst angespannt und befürchteten eine Katastrophe.

WILKE: Sprich, Pekinger Lösung.

BERGHOFER: Ja. Meinerseits hatte ich den stellvertretenden Oberbürgermeister für Inneres Hans Jörke beauftragt, an diesem Gespräch teilzunehmen. Nun kann man heute über mögliches Blutvergießen spekulieren, wie man will. Ich war damals der Auffassung, wenn man jetzt nicht handelt, dann kann das passieren. Nur eine falsche Bewegung, ein Polizist verliert die Nerven oder ein Demonstrant wirft einen Stein, und es geht los. Ziemer schilderte die Situation auf der Prager Straße und schlug vor: »Herr Oberbürgermeister Berghofer, können Sie sich vorstellen, eine Abordnung der Demonstranten zu empfangen? Dann könnten wir dafür sorgen, dass sich die Demonstration friedlich auflöst.« Natürlich konnte ich mir das vorstellen. Das wäre ein Signal! Ziemer entwarf einen Text, den er auf der Prager Straße vorlesen wollte. Ich habe dies mit wenigen Änderungen akzeptiert. Er lautete sinngemäß, der Oberbürgermeister sei bereit, am nächsten Morgen eine Abordnung von etwa 20 Leuten zu empfangen und mit ihnen über die anstehenden Probleme zu reden, wenn die Demonstranten die Demonstration friedlich beendeten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich etwa noch tausend Leute im Polizeikessel.

Als wir uns einig geworden waren, sagte ich: »Meine Herren, Sie werden verstehen, dass das eine sehr weit reichende Entscheidung ist, die weit über meine Kompetenzen hinausgeht. Gestatten Sie mir eine fünfminütige Pause.« Ich ging in mein Dienstzimmer, um Hans Modrow anzurufen, den einzigen befugten Entscheidungsträger im Bezirk Dresden. Aber ich bekam nur subalterne Funktionäre an den Apparat. Modrow saß zu dieser Zeit in der Semperoper bei der zweiten Premiere der »Fidelio«-Inszenierung. Es gab daher keine Rückendeckung für mich. Ich musste selbst entscheiden. Mir war klar, dass im Falle eines Scheiterns mein politisches Ende besiegelt wäre. Denn ich bewegte mich nun am Rande des Hochverrats. Jeglicher Kontakt mit oppositionellen Gruppen war den Mitarbeitern der Staatsorgane bis dahin strikt verboten.

Ich kehrte in den Sitzungsraum zurück und ließ noch Peter Klotzsche, Ratsmitglied für Verkehr, hinzubitten. Jörke und Klotzsche wies ich an, die Kirchenmänner mit meinem Dienstwagen zum Ort der Demonstration zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie die Prager Straße ungehindert betreten konnten. Jörke hatte schon während des Gesprächs in telefonischem Kontakt zu Oberst Schlaak gestanden, dem diensthabenden Offizier der Bezirksbehörde der Volkspolizei, der seinerseits den Einsatzleiter auf der Straße, Major Prager, von unserer Absicht informierte. Nun hätte dieser sagen können, das interessiert mich überhaupt nicht, ich habe andere Befehle, aber sagte, weil er es genauso sah wie ich: »Wenn die Herren auf der Prager Straße eintreffen und das Verhandlungsergebnis verkünden, handeln wir entsprechend.

Ehe die drei Unterhändler das Rathaus verließen, fragte mich Landesbischof Hempel: »Herr Berghofer, hat das alles einen Sinn, was wir hier machen?« Ich habe lange überlegt. Konnte ich dem Kirchenmann vertrauen? Ich entschied mich für schonungslose Offenheit. »Herr Bischof, wenn der Druck auf der Straße nicht größer wird, ändert sich nichts. Sie wissen gar nicht, wie schlecht die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation wirklich ist. Der Außenhandel mit der Sowjetunion funktioniert nicht mehr. Die sowjetische Wirtschaft ist in großen Schwierigkeiten. Deshalb ist auch die DDR im Grunde genommen pleite. Es muss sich etwas ändern, vieles sogar.« Der Bischof hörte aufmerksam zu, mir schien, als sei er betroffen, solche Worte von einem namhaften SED-Mann zu hören. Er schwieg. Dieses Eingeständnis hatte er nicht erwartet.

Was weiter geschah, war durch das Fenster meines Arbeitszimmers zu hören, da der Ort der Handlung nur etwa 500 Meter vom Rathaus entfernt war. Plötzlich trat Ruhe ein, dann hörte man eine Männerstimme, das war Ziemer. Zehn Minuten später kam die Mitteilung, die Polizeikordons haben sich zurückgezogen und die Demonstration hat sich aufgelöst. Die heikle, gefährliche Situation war beendet.

Kurz vor Mitternacht, als ich schon zu Hause war, rief Modrow an. Ich setzte ihn kurz über das Gespräch und dessen Ergebnis ins Bild. Er hörte aufmerksam zu und sagte: »In Ordnung. Komm bitte morgen früh um 6.30 Uhr in die Bezirksleitung. Bis dahin lasse ich einen Text vorbereiten, den du dort verkünden musst. Ich werde die anwesenden Sekretariatsmitglieder zusammenrufen und sehen, ob wir deine Entscheidung legitimieren können.«

Ich bin am 9. Oktober früh um sechs in die SED-Bezirksleitung gefahren. Dort hatte Modrow, wie angekündigt, einen Mitarbeiter beauftragt, eine dreiseitige Erklärung aufzusetzen, die ich zu Beginn dieses Dialogs mit den Demonstranten vortragen sollte. Er hatte zu einer Sondersitzung die Mitglieder des SED-Bezirkssekretariats, die im Haus waren, eingeladen. Modrow sagte: »Der Oberbürgermeister hat gestern Abend entschieden, mit den Vertretern der Demonstranten Gespräche aufzunehmen. Das ist eine weit reichende Entscheidung, die meine Zustimmung findet. Für euch besteht die Möglichkeit, diese Entscheidung mitzutragen oder euch aus der Sache herauszuhalten.« So eine Rede hatte es bis dahin in der SED nicht gegeben. Es entschied sich niemand dagegen. Es herrschte Schweigen. Ich war erleichtert, denn ich hatte nun sogar ein Mandat für das Gespräch.

Ich nahm das vorgeschriebene Redemanuskript und fuhr abschließend ins Rathaus. Den vorgegebenen Text konnte ich nur teilweise verwenden, das war ein Honecker-Elaborat. Ich habe wesentliche Teile gekürzt, einige weggelassen und den Rest überarbeitet. Um 9 Uhr habe ich dann die 20 Abgeordneten der Demonstranten zum Gespräch im Ratssitzungssaal empfangen. Sie waren kreidebleich und voller

Spannung. Sie fühlten sich nicht als Sieger. Es waren unterschiedliche Personen, die, mit wenigen Ausnahmen, im Verlauf der revolutionären Veränderungen aus der Gruppe der 20 ausgeschieden sind, darunter auch ein SED-Mitglied. Sie waren natürlich nicht organisiert und nicht in der Lage, bereits jetzt einen gemeinsamen Standpunkt vorzutragen. Aber sie hatten endlich einmal einen bekannten SED-Funktionär gezwungen, mit ihnen zu sprechen. Das war ja schon sehr viel. Meine Befindlichkeiten spielten da überhaupt keine Rolle, das konnten diese Menschen sich sicherlich nicht vorstellen. Ich habe zu diesem Gespräch mehrere meiner Ratsmitglieder hinzugezogen. Vor allem die Jüngeren, darunter der LDPD-Stadtrat für Energie Axel Viehweger, der spätere Bauminister in der Regierung Lothar de Maizière, haben mit mir versucht, die Atmosphäre zu vermenschlichen. Ungemein wichtig war die Rolle Ziemers als Moderator, ohne ihn wäre das alles gar nicht gegangen. Also wenn man jemandem ein Denkmal setzen wollte, dann ihm. Aber Ziemer ist heute in seiner Kirche verfeimt, ich weiß nicht warum.

Für mich selbst war klar: Wenn du diesen Schritt gehst, der nicht der offiziellen Linie der Parteiführung entsprach, dann ist der Ausgang ungewiss. Aber ich hatte keine Angst. Das war ja auch etwas Eigenartiges, ich stand gewissermaßen neben mir und agierte nach dem Motto: Wir müssen das jetzt machen. Ich war allein, denn ich hatte auch mein Netzwerk in Berlin im großen Parteihaus³ nicht gefragt. Das habe ich dann erst nach dem Gespräch getan. Mir wurde hinterbracht, was Stoph gesagt hat: »Verräter«. Diese Position aus Berlin war zu erwarten, aber es geschah anschließend nichts. Mein Schritt hatte nicht die befürchteten Konsequenzen.

Beim zweiten Gespräch mit der Gruppe der 20 am 16. Oktober war die SED mit Modrow an der Spitze schon wieder soweit zu sagen, jetzt drehen wir das Ganze um und vereinnahmen es. Modrow schickte ein Fernschreiben nach Berlin, in dem stand, dass wir den Dialog begonnen haben und es ein zweites Rathausgespräch mit Berghofer gibt. In diesem Gespräch würden die Positionen der SED wie Frieden und Sozialismus – also die üblichen Worthülsen – dargelegt. Er übermittelte das an das Politbüromitglied Joachim Herrmann, so dass man nach oben abgesichert war. Aber diese eine Woche später, Leipzig war ja vorbei und die Leute wussten, dass sie gewonnen hatten, ließen sie sich keine Parteiparolen mehr unter die Nase reiben, zumal auch ich dazu überhaupt kein Verhältnis mehr hatte.

WILKE: Es war also die Emanzipation des Funktionärs zum Bürger.

BERGHOFER: So kann man das sagen. Allein, mit wem wollte man darüber reden?

³ Parteijargon für den Sitz des ZK der SED in Berlin.

WILKE: Trotzdem, diese Schritte müssen ja noch einmal in sich bewertet werden. Ist denn die Gesprächsaufnahme in Dresden am Morgen des 9. Oktober, an dem Tag, als die entscheidende Konfrontation in Leipzig stattfinden sollte, über die Medien schon veröffentlicht worden?

BERGHOFER: Ja, auf der Kreisseite der Regionalzeitung, d. h. auf der letzten Seite, mit einem nichtssagenden Satz. Wenn Sie sich die regionalen Tageszeitungen vom 9. Oktober ansehen, gab es den Leitartikel, der auf den Platz des Himmlischen Friedens mit der Krenz-Position verwies: Wir werden mit allen Mitteln den Sozialismus verteidigen. Das hieß auf Deutsch: Wir werden schießen. Und irgendwo ganz am Ende stand verklausuliert, so, dass es keiner kapierte, da hat irgendein Blödmann in Dresden ein Gespräch begonnen. Ich übersetze das mal so profan.

WILKE: Gut, aber es gab die westdeutschen Korrespondenten.

BERGHOFER: Die haben darüber schon berichtet.

WILKE: Und die haben an *dem* Tag umfangreich berichtet, denn das ist ja insofern von Bedeutung, weil dann abends in Leipzig eine vergleichbare Entwicklung einsetzte: SED-Bezirkssekretäre verfassten zusammen mit dem Leiter des Gewandhausorchesters Kurt Masur den prägenden Aufruf »Keine Gewalt!« Das war ja auch bei Ihnen im Grunde der Schlüsselsatz.

BERGHOFER: In diesem Gespräch am Morgen des 9. Oktober schlug einer der Beteiligten vor, anschließend nach Leipzig zu fahren, um den Kollegen dort zu empfehlen, das genauso zu machen. Ich wurde gebeten, mit meinem Leipziger Amtskollegen, Bernd Seidel, Kontakt aufzunehmen und ihm zu empfehlen, dasselbe zu tun. Als das Gespräch im Dresdner Rathaus zu Ende war, fuhr tatsächlich einer aus der Gruppe der 20 nach Leipzig und teilte den Organisatoren in der Nikolai-Kirche mit, wie man es machen könnte. Und ich habe Seidel so gegen 12 Uhr angerufen. Wir kannten uns gut, er war meine Generation: »Bernd, ich schildere dir jetzt mal, wie wir das in Dresden gemacht haben. Modrow hat dem zugestimmt.« Er entgegnete: »Das kannst du vergessen, das ist in Leipzig alles überhaupt nicht möglich. Wenn ich mit so einem Vorschlag zur Bezirksleitung komme, fliege ich achtkantig raus oder geh gleich in den Kahn. Das geht nicht, also ich warte ab.« Der Modrow gleichgestellte Parteifunktionär in Leipzig war ein Hardliner. Die Veränderungen in Leipzig haben jüngere Kader eingeleitet, Roland Wötzel und Co, die erkannt hatten, wie es gehen könnte, um das Schlimmste zu verhindern. Das Problem für den Historiker heute ist, sie können das alles nicht belegen. Honecker hat hundertprozentig einen Schießbefehl und die entsprechende Direktive dazu erlassen. Auf der mittleren Ebene der Partei und der Sicherheitsorgane finden Sie die Anschlussdokumente, aus denen man ableiten kann, da muss doch vorher irgendjemand oben etwas von sich gegeben haben.

WILKE: Es ist interessant, dass in Leipzig die Unterlagen der Bezirkseinsatzleitung zufällig für Oktober fehlen.

BERGHOFER: Das ist meines Wissens auf allen Bezirksebenen der Fall. Auf der Ebene der Kreisdienststellen sowie einzelner Einheiten der Armee, der Polizei sowie des MfS sieht man aber, dass irgendwelche zentralen Direktiven erlassen worden sein müssen. Ich kann mich erinnern, dass ich am 9. Oktober nach dem Gespräch mit der Gruppe der 20 noch einmal in der SED-Bezirksleitung war, um mit Modrow abzustimmen, wie wir weitermachen. Da war ein so genannter Instrukteur des Zentralkomitees anwesend, Genosse Winkler. Man stritt sich. Modrow erklärte, das kann man doch nicht machen, und gab dann das als streng geheime Kommandosache gekennzeichnete Papier an den Instrukteur zurück. Ich nehme an, das war der entscheidende Befehl.

Dazu müssen Sie folgendes wissen, denn das ist nicht aufgearbeitet, und es gibt dazu auch nichts an Belegen und Beweisen. – Die SED-Führung stand immer vor dem Dilemma, Dinge zu tun, die nicht mit der Verfassung in Übereinstimmung und gesetzwidrig waren oder die man aus propagandistischen Gründen nicht veröffentlichen wollte. Das heißt, sie konnte wichtige Instruktionen und Befehle nicht schriftlich festhalten, sondern nur zum Lesen und zum Vernichten weitergeben. Zu diesem Zweck gab es auf der kompletten Führungsebene der Partei und des Staates die Instruktoren. Für jede Bezirksleitung der SED gab es einen Instrukteur des Zentralkomitees, der unterstand dem Generalsekretär, also Honecker. Er wurde in der praktischen Arbeit durch das Politbüromitglied Horst Dohlus, verantwortlich für die Parteiorgane, in Bewegung gesetzt, aber disziplinarisch und inhaltlich Honecker unterstellt. Diese Instruktoren, 15 Leute, die muss es alle noch geben, waren relativ jung. Sie wissen im Grunde genommen alle Antworten auf die Fragen, die die Historiker nicht oder nur ungenau beantworten können. Man müsste sie wieder ausfindig machen und wenigstens einen zum Reden bewegen. Die ZK-Instruktoren waren in der Regel einmal in der Woche in ihrem Bezirk, meistens schlossen sich dann der 1. Sekretär und der Befehlsübermittler ein. Es folgte ein mehrstündiges Gespräch und dann wusste in unserem Falle Modrow, was der große Meister aus Berlin von ihm erwartete. Brachte der Instrukteur Dokumente mit, z. B. für die Vorbereitung der Wahlen, dann durfte der 1. Sekretär das Papier lesen, quittierte, und der Instrukteur nahm es wieder mit. Solche Dokumente wurden in Berlin gesondert archiviert. In der Übergangsphase, als ich dem Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des SED-Sonderparteitages vom 8./9. Dezember und 16./17. Dezember 1989 angehört habe, habe ich mich natürlich dafür interessiert. Da war aber schon alles vernichtet. Insofern ist das Instruktorensystem des ZK meines Erachtens der eigentliche Schlüssel zur Ermittlung der sensibelsten Wahrheit: Was hätte die Führung unternommen, um

die Macht zu erhalten, wenn man noch handlungsfähig gewesen wäre, also wenn Honecker noch bei Kräften gewesen wäre.

WILKE: Jedenfalls begann nach dem 9. Oktober in Leipzig die Phase der Veränderung mit dem Wechsel von Honecker zu Krenz. Als Krenz nach seiner Wahl zum Generalsekretär am 18. Oktober eine »Wende« der Parteipolitik versprach, mutierte das riskante Unternehmen in Dresden vom 8. Oktober plötzlich zu einem herausragenden Beispiel der Dialogbereitschaft der SED.

BERGHOFER: Das hatte man natürlich ganz schnell erkannt unter dem Motto: Wir müssen die Demonstranten von der Straße kriegen, wir müssen das in tausend vielfältige Einzelgespräche auflösen und die Kraft der Straße brechen, dann können wir – natürlich über eine Konsolidierungsphase – wieder fest im Sattel sitzen und mit neuen Gesichtern weitermachen wie bisher. Das war zusammengefasst die Strategie von Krenz und in Variation auch die von Modrow. Also man war nicht bereit zu akzeptieren, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit ganz andere Veränderungen verlangte, vor allen Dingen wirtschaftliche. Es schossen überall von der SED organisiert Runde Tische aus dem Boden, und auch der Zentrale Runde Tisch in Berlin war zunächst von Krenz in die Diskussion gebracht worden, um wieder Herr des Verfahrens zu werden.

WILKE: Die entscheidende Zäsur für die weitere Entwicklung ist der 9. November, der Mauerfall. Krenz hat an diesem Tag vor dem ZK – als er das Reisegesetz verlas und abnicken ließ – gesagt: Gleichgültig was die SED tut, sie macht einen Fehler. Die Öffnung der Grenze war ja auch nicht so vorgesehen, wie sie verlief. Nach dem Mauerfall, am 10. November, nominierte das ZK Modrow als Ministerpräsident der DDR, und er bildete am 17. November erstmals in der DDR eine Koalitionsregierung. In dieser Situation gab es eine bemerkenswerte und gegen die Geschichte der SED verlaufende Neuverteilung der Macht. Das einzige handlungsfähige Instrument, über das die SED noch verfügte, war der Staatsapparat. Nicht mehr das Politbüro mit Krenz, sondern Modrow wurde zur eigentlichen Zentrale der SED-Herrschaft in der DDR. Wie wurde das von Ihnen aufgenommen, reflektiert, und was hatte Modrow in dieser Situation mit seinem Oberbürgermeister vor?

BERGHOFER: An dem Tag des endgültigen Sturzes des Politbüros, am 3. Dezember, einem Sonntag, rief mich Modrow in Dresden an und sagte: »Komm bitte sofort nach Berlin. Richte dich auf einen längeren Aufenthalt ein.« Also habe ich mich von meiner Frau im Lada nach Berlin ins Haus des ZK kutschieren lassen. Ich hörte dort, dass Herbert Kroker⁴, der ehemalige Generaldirektor des Erfurter

⁴ Kroker war im November zum 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt gewählt worden.

Mikrotechnologiekombinates einen Arbeitsausschuss leitete. Es konnte mir niemand sagen, wer ihn beauftragt und legitimiert hatte.

WILKE: Zu diesem Zeitpunkt wussten Sie, dass das Zentralkomitee geschlossen zurücktreten ist, dass Krenz nicht mehr Generalsekretär war und die SED von einem Arbeitsausschuss geleitet wurde?

BERGHOFER: Geleitet werden sollte! Und ich kam in Berlin an, als sich der Tagungsraum leerte, offensichtlich hatte es noch zwei, drei Stunden nach der Verkündung der Beschlüsse in den Foyers Diskussionen gegeben, und es rannte alles wild durch einander. Die meisten handelnden Personen kannte ich. Kroker kannte ich nicht persönlich, der war in schon relativ fortgeschrittenem Alter. Modrow sagte mir, es sei ein Arbeitsausschuss berufen worden, dem ich angehören solle. Dieser Arbeitsausschuss hat die Aufgabe, einen Sonderparteitag vorzubereiten und die Übergangslinie für die Parteiarbeit festzulegen. Wir müssen uns jetzt hinsetzen und überlegen, was zu tun ist.

In dem großen Chaos habe ich versucht, im Hause des ZK jemanden zu finden, der sich auskannte. Man muss sich die Atmosphäre vorstellen, der alte Parteiapparat hatte zur Kenntnis genommen: Unsere Führung ist entmachtet, unsere Abteilungsleiter sind entlassen. Und was wird jetzt aus uns? Werden wir alle aufgehängt? 6.000 hauptamtliche Funktionäre im großen Haus standen plötzlich vor dem Nichts, und jeder versuchte zu retten, was zu retten ist. Zudem saß man auf hochbrisanten Archiven, jede Abteilung für sich! Man sah Leute mit Papieren durch die Gänge flitzen, man sah die grauen Gestalten, die entmachtet worden waren, in Dreiergruppen zusammenstehen, und dazwischen bewegten sich nun die Mitglieder des neuen Arbeitsstabes. Zum Beispiel Heinz Vietze⁵. Ich fragte ihn: »Was machst du denn hier?« »Na, ich bin jetzt 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam. Wir sollen hier irgendwas erfinden.« Also Chaos, Konzeptionslosigkeit. Dann gab es die erste Zusammenkunft dieser Truppe. Da saßen Kroker, Modrow, Gregor Gysi, Markus Wolf und der Rest der Mannschaft⁶. Wolf überreichte mir bei der Gelegenheit sein Buch *Die Troika* mit der Widmung: »Für Werner Berghofer«. So hatte ich gleich meinen Decknamen. Kroker sagte: »Genossen, wir sollen einen Sonderparteitag vorbereiten, aber damit hier gleich klar ist: Ich stehe nicht für eine herausragende

⁵ Heute parlamentarischer Geschäftsführer der Linkspartei/PDS im Brandenburger Landtag.

⁶ Heinz Albrecht, Hans-Jürgen Audehm, Lothar Bisky, Ellen Brombacher, Roland Claus, Hans-Joachim Hahn, Klaus Höpcke, Dagmar Hülsenberg, Norbert Kertscher, Dieter Klein, Herbert Kroker, Eva Maleck-Lewy, Bernd Meier, Peter Pechauf, Ulrich Peck, Wolfgang Pohl, Erich Postler, Gerd Schulz, Wolfgang Thiel, Roland Wötzel und Brigitte Zimmermann.

Funktion zur Verfügung. Ich leitete diesen Arbeitsausschuss, bis er seinen Auftrag erfüllt hat, und dann gehe ich zurück nach Erfurt.«

Von da an tagten wir permanent, rund um die Uhr, verschwitzt, im Sitzungssaal des Politbüros. Von überall kamen die Mitteilungen, da sind der und der zurückgetreten und dort ist wieder eine Demonstration. Die Ereignisse der Revolution im Lande stürzten auf die Mannschaft ein: Dort revoltieren die Mitarbeiter der Kreisdienststelle des MfS. »Markus, da muss' de hin und schlichten.« Hinzu kam die krampfhaftige Suche nach der Antwort auf die Frage, wie es weitergehen soll. Also als erstes war die Frage zu klären, wer soll auf dem Sonderparteitag für welche Funktion kandidieren. Im Vorfeld hatte es ein Gespräch mit Modrow und Wolfgang Herger⁷ gegeben. Herger kannte ich aus der FDJ-Zeit, da war er 2. Sekretär des Zentralrats. Sie sagten: »Genosse, du musst jetzt die Führung der SED übernehmen, du bist der Bekannteste, du bist populär, die Leute vertrauen dir.« Und ich habe gesagt: »Könnt ihr vergessen, ich stehe für eine hauptamtliche Funktion als Parteifunktionär hier genauso wenig wie in Dresden zur Verfügung. Das ist nicht meine Welt. Im besten Fall übernehme ich eine ehrenamtliche Funktion.« Na gut, das war erledigt. Aber im Arbeitsausschuss wiederholte sich das Ganze, weil nämlich alle 23 Personen stundenlang auf mich einredeten und sagten: »Du musst, weil ...« Bis Gysi sich erhob und eine zündende Rede hielt, perfekt, wie er das kann, und die Begründungen lieferte, warum ich das machen soll. Ich hab dann gesagt: »Gregor, hervorragende Rede, setz deinen Namen ein, und dann stimmt alles.« Woraufhin Gysi sagte: »Ok, dann mach ich das.« Damit war die Machtfrage personell geregelt.

WILKE: Gysi behauptet, er habe darauf bestanden, dass er nur den Vorsitz übernimmt, wenn Sie sein Stellvertreter werden.

BERGHOFER: Ja, richtig. Er hat gesagt, er macht das unter den Bedingungen, dass die wichtigsten Personen an diesem Tisch dabei sind und das Verhältnis Staat und Partei ordentlich geklärt wird.

WILKE: Damit sind wir bei einer weiteren gravierenden Veränderung, nämlich die Staatspartei muss sich von dem Wunschbild jeder bolschewistischen Politik verabschieden: der ungeteilten Macht. Der Parteiführung war zu diesem Zeitpunkt bereits klar, dass sie sich in Konkurrenz zu anderen Parteien Wahlen würde stellen müssen und dass sie die künftige DDR-Regierung mit Sicherheit nicht mehr führen würde.

⁷ Leiter der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen, im November/Dezember 1989 Mitglied des letzten Politbüros und ZK-Sekretär für Recht und Sicherheit, danach bis 1990 Mitarbeiter des SED/PDS-Parteivorstandes.

BERGHOFER: Das ist aus der Nachbetrachtung sicherlich richtig. In dem Moment der emotional aufgeladenen Diskussionen und der rasanten Veränderungen hat keiner in der Runde – vielleicht Modrow, aber er hat darüber nicht gesprochen – das so strategisch klar und deutlich formuliert. Modrows Grundposition war, ich leite die Regierung, ich werde es nicht dulden, dass eine neue Parteiführung in meine Regierungsarbeit hineinregiert, deshalb muss die Trennung von Partei und Staat sein.

WILKE: Muss man das so verstehen, dass Modrow als erfahrener Parteifunktionär sich sagte, der Apparat hat sowieso versagt und es kann nicht mehr geduldet werden, dass die Parteisekretäre die Regierungsarbeit kommandieren?

BERGHOFER: Das glaube ich nicht. Ich denke, Modrow hat vor allem an die Sicherung seiner eigenen Interessen gedacht. Er wurde oft unterschätzt. Meistens versteckte er sich hinter einer Leidensmine und seinem proletarischen Habitus. Im Kampf um die Macht hatte er seine eigene Strategie entwickelt. Ich habe mit ihm an mehreren Auseinandersetzungen mit unserer Obrigkeit teilgenommen. Allerdings musste ich erleben, dass wir den jeweiligen Streit mit dem Politbüro bzw. dem Ministerrat gemeinsam begannen. Wenn die Sache jedoch politisch gefährlich wurde, stand ich allein. Man musste bei ihm immer damit rechnen: Wenn es gut geht, ist er der Sieger, und wenn es schlecht geht, bin ich der Verlierer. Das werfe ich ihm vor, das ist sein eigentliches Problem, dieses Doppelspiel. In dieser Phase ging es Modrow in allererster Linie um die Sicherung seiner Interessen. Das setzte voraus, dass alle störenden Elemente weg mussten. Erstens Krenz, der war zur Belastung geworden.

Zweitens, er wird als Ministerpräsident nicht in irgendeinem Parteigremium über seine Regierungsarbeit Bericht erstatten. Er wird ab und zu informieren, denn er brauchte die SED, um nach unten etwas durchzusetzen. Für ihn war die SED der verlängerte Arm der Regierung. Es war genauso, wie Sie es sagen, das Machtmonopol wurde umgedreht und von der Partei auf den Staatsapparat verschoben. Das wurde ganz schnell praktisch sichtbar. So nahm er beispielsweise nicht mehr ständig an den Arbeitsausschusssitzungen teil.

WILKE: Der dritte Faktor, der verschwinden musste, war die Belastung durch das MfS.

BERGHOFER: Und das möglichst mit großer Distanz und mit dem Weichmacher Markus Wolf, der in bestimmten Kreisen der Intellektuellen und auch innerhalb der Partei mit seinem angeblichen Widerstand gegen Mielke als Perestrojkaner akzeptiert war.

Es war am 3. Dezember 1989, unmittelbar vor dem Weggang von Schalck in dem Westen. Modrow lud zum Gespräch ins Haus des Ministerrates, in sein Arbeitszimmer. Eingeladen waren Berghofer, Wolf und Wolfgang Pohl. Kurze

Beratung, keiner wusste, worum es eigentlich geht, das war auch ein Novum: Bis dato hatten ja Parteifunktionäre die Staatsfunktionäre zum Gespräch eingeladen. Es war das erste Mal, dass führende Parteifunktionäre zum Ministerrat gingen. Modrow sagte: »Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!« Ich fragte: »Wie stellst du dir das vor? Die Schuldigen sind wir.« »Nein, das kann man so nicht sehen. Wir brauchen Verantwortliche, zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens gibt und die Massen sagen, jawohl, das sind die Schuldigen. Das kann nicht die SED sein.« »Wer soll das sein?« »Das Ministerium für Staatssicherheit«, sagte er. Daraufhin sprang Wolf in die Höhe und sagte: »Hans, wir – Schild und Schwert der Partei – haben doch nie etwas ohne Befehle von Euch gemacht.« »Ja«, sagte er, »Mischa, bleib ruhig. Die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus.«

»Ach so.« Wolf setzte sich wieder hin und war einverstanden.⁸ Dann sagte Modrow: »Wir brauchen natürlich auch eine hauptverantwortliche Person für die Misere. Das kann nicht Honecker sein, denn er steht für die Partei. Wir müssen uns hier nicht streiten über dessen Rolle. Wir brauchen einen Schuldigen, bei dem das Volk sagt, der hat auf unsere Kosten gelebt.« »Und wer ist das?« »Das ist Alexander Schalck-Golodkowski.« So wurde es verkündet. So fing die neue Partei an zu agieren. Natürlich will das heute keiner mehr wahr haben. Man findet aber in den damals nachfolgenden Aktivitäten den Beweis.

WILKE: Das DDR-Fernsehen berichtete am 2. Dezember über das Waffenlager der KoKo-Firma IMES in Kavelstorf. Damit begann die öffentliche Skandalisierung Schlacks. Nach seinem Übertritt in den Westen wurde Schlack dann am 6. Dezember wie besprochen zum Schuldigen erklärt.

BERGHOFER: Das Waffenlager wurde nicht zufällig entdeckt, das wusste doch jeder von denen da oben. Das hatte Modrow in Gang gesetzt. Das Modrow-Gespräch war natürlich inoffiziell. Dennoch hat sich dieser Schachzug von Modrow zur Rettung der

⁸ In seiner Rede auf dem Sonderparteitag nahm Gysi genau diese Differenzierung vor. Er führte aus: »Wie stehen wir zum Amt für Nationale Sicherheit? Es gilt festzustellen, dass [...] [es] auch Aufgabenstellungen gab, ja, die unvertretbar sind und die erklären, wie es zur gegenwärtigen, demonstrativen Ablehnung dieser Einrichtung kommt. Die Aufgabenstellung umfasste die Abwehr der ideologischen Diversion. Weil diese nach den vorgegebenen Maßstäben über Funk und Fernsehen praktisch in jedem Haushalt stattfindet, musste dies zu einer flächendeckenden Tätigkeit führen, die die Menschen als Bespitzelung empfanden. Die große Macht dieser Einrichtung führte bei einem Teil der Mitarbeiter auch zu einem entsprechenden Auftreten.« Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. Dezember und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 26.

SED als genial erwiesen, weil er funktioniert hat und bis heute funktioniert. Schuld an der Misere und dem Untergang der DDR sind scheinbar das MfS und die Figur, die am meisten Unheil angerichtet hat und auf Kosten des Proletariats in Saus und Braus gelebt hat. Daneben gab es noch ein paar Trottel in der Parteiführung, aber die waren alt und nicht mehr zurechnungsfähig. Die eigentlichen Machtstrukturen sind alle aus dem Bewusstsein verschwunden, niemand kennt sie mehr.

WILKE: So hat Modrow die MfS-Frage – wie bereits andere Fragen zuvor – taktisch gelöst, ausgehend von der Maxime: Das MfS können wir sowieso nicht mehr halten. Die Fixierung auf das MfS hatte, beginnend mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig, seinen realpolitischen Sinn in der Erfahrung der Demonstranten. Sie wussten, wenn es nicht gelingt, der SED dieses Instrument zu entwenden und einsatzunfähig zu machen, dann kann es keine wirkliche Änderung geben. Sollte es zum Eingreifen der Sowjets kommen, was zu dem Zeitpunkt im Oktober noch nicht wirklich klar war, dann würde die Rache furchtbar werden. Dieser Druck von unten und die Umkehrung von Mielkes Frage »Wer war Wer?« in der DDR zum »Wer waren die Spitzel unter uns?« waren das, was Modrow trieb. Er nutzte diesen Druck ebenso wie Krenz den Dresdener Dialog nutzte, um sich als Moderator zu stilisieren.

BERGHOFER: Ich möchte noch etwas zu Wolfgang Pohl bemerken: Eine wichtige Entscheidung, neben mir einen zweiten Stellvertreter zu etablieren, war der Tatsache geschuldet, dass sich jemand um die Finanzen, also um den parteiinternen Bereich kümmern musste. Ich habe von Vorhinein abgelehnt eine solche Aufgabe zu übernehmen, weil das nicht meinem Naturell entspricht. Ich bin kein Bürokrat. Gysi, der – wie Insider sagten – nicht in der Lage war, eine Reisekostenabrechnung auszufüllen, das soll für ihn in seiner aktiven Anwaltszeit Lothar de Maizière gemacht haben, lehnte das ebenfalls ab. Pohl war in der Bezirksleitung Magdeburg 2. Sekretär.

WILKE: Und er war gerade kurz zuvor Nachfolger von Werner Eberlein als 1. Sekretär in Magdeburg geworden.

BERGHOFER: Richtig. Als 2. Sekretär hatte u. a. er die Verantwortung für die Finanzen und brachte also eine gewisse Kompetenz mit. Wie man dann später hörte, hat er die auch schamlos genutzt. Ich kann mich vor allem an eine Episode erinnern: Mich rief Außenwirtschaftsminister Gerhard Beil an, der bis dato nie auch nur ein Wort mit mir gewechselt hatte: »Wolfgang! Kannst du nicht mal in mein Büro Unter den Linden kommen? Es gilt, eine wichtige Frage zu klären.« Also großer Honigpinsel. Ich fragte zurück: »Worum geht's, sag mal ein Stichwort.« »Es geht um Geld.« Ich sagte ok, und Pohl und ich gingen zu ihm hinüber. Wir haben uns in Beils Arbeitszimmer gesetzt, er holte aus der Aktentasche eine blassrosa Mappe und sagte: »Also, Genossen, ich habe hier eine Bilanz über Auslandsguthaben in Höhe von 8 Mio. DM und darüber hinaus einen Depotschein über 21 Tonnen Gold. Was wollen

wir denn damit machen?« Darauf habe ich gesagt: »Genosse Beil«, »ich empfehle, wenn wir jetzt das Büro hier verlassen, diesen Sachverhalt dem Vorsitzenden des Ministerrates, mitzuteilen, damit das Geld in den Staatshaushalt eingestellt wird, wie sich das gehört. Wir als Parteifunktionäre können damit gar nichts machen.« Ich habe ihn richtig abfahren lassen, habe mich erhoben und bin mit Wolfgang Pohl wieder zu Fuß Unter den Linden zurückgegangen. Dieses Gespräch war für mich ein wesentlicher Punkt bei der Antwort auf die Frage: »Wo soll meine eigene zukünftige Position in der Partei sein. Zu Wolfgang Pohl sagte ich: »Genosse Pohl, nun müssen wir uns entscheiden. Wollen wir mitschuldig werden, oder wollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und die Partei tatsächlich verändern?«

WILKE: Wie stand es um die Finanzen in der Partei?

BERGHOFER: Als Arbeitsausschussmitglied fing ich an die Leute über die Finanzen zu befragen. Die meisten der Finanzverantwortlichen und der für die Innereien der SED zuständigen Funktionäre der zweiten Reihe kannte ich. Sie hatten vorher, wie ich, ihre Karriere im Zentralrat der FDJ begonnen und versuchten nun Antworten zu finden: Über welche Finanzen verfügt die SED? Die erste Erkenntnis war, das kann dir keiner sagen. Es gibt die offizielle Abteilung Finanzen und Parteibetriebe, die Parteibeiträge eingenommen und die Gewinne der meisten Verlage in der DDR verwaltet hat. Aber dann kam sofort die Mitteilung, überprüfen könnten wir nichts mehr, weil die komplette zentrale Mitgliederkartei schon vernichtet worden sei. »Wer hat Euch damit beauftragt und warum?« Die Antwort lautete: »Als Schutz vor möglicher politischer Verfolgung – man kann ja nie wissen.« Es waren also Tatsachen ohne politische Entscheidungen geschaffen worden. Die zweite Erkenntnis: es gab die Westabteilung des ZK, die zu dieser Zeit als Nachfolger des 1985 geschassten Herbert Häber mein ehemaliger Chef aus der Westabteilung des FDJ-Zentralrats, Gunter Rettner, leitete. Sie verfügte völlig konspirativ über ein eigenes Budget, da hatte keine Revisionskommission und kein sonstiges Kontrollorgan Einblick. Daraus wurden u. a. Zahlungen an die befreundeten Parteien und Organisationen im Westen geleistet.

WILKE: DKP, SEW.

BERGHOFER: DKP, SEW, SDAJ, MSB Spartakus u. a. sowie entsprechende wirtschaftliche Strukturen. Niemand konnte also feststellen, wer sich dort wie bedient hatte. Überprüfbare Buchführung war nicht üblich. Man konnte bestenfalls nur feststellen, wieviel Geld per anno zur Verfügung stand, und das waren zweistellige Millionenbeträge. Darüber hinaus gab es noch die Abteilung Verkehr. Kein Mensch wäre darauf gekommen, dahinter eine Finanzabteilung zu vermuten. Mein Freund Dieter Berneking, früher Mitarbeiter in der Westabteilung des Zentralrats (Zentrale Auswertungsgruppe, ZAG), war dort tätig. Das war im Grunde die Abteilung, die Honeckers Sonderfinanzen verwaltete. Ein streng geheimer Feuerwehrfonds, falls

Honecker irgendwo eingreifen wollte. Hier hatten selbst Politbüromitglieder keinerlei Einblick. Zudem existierte noch eine kleine Truppe, die sich »Sonderfinanzen« nannte. Diese leitete Ende der 80er Jahre Karl-Heinz Rümmler, genannt »Mecki«. Er war vorher Abteilungsleiter für Finanzen im Zentralrat, daher kannte ich ihn. Den Wahrheitsgehalt der folgenden Geschichte, die ich bei der Befragung gehört habe, konnte ich nie überprüfen. »Mecki« Rümmler, so wurde von ZK-Mitarbeitern gesagt, nahm zum Beispiel eine Million DDR-Mark, ging damit zur Staatsbank der DDR und ließ sie sich 1:1 in D-Mark umtauschen. Das war so vereinbart. Danach fuhr er mit einer Million Westmark nach Westberlin und tauschte sie dort zum geltenden Wechselkurs in DDR-Mark um. So erhielt er mindestens 4 Mio. Mark oder mehr. Dieses Spiel ließ sich endlos fortsetzen. Der Parteiapparat plünderte auf diese Weise mit Billigung der SED-Führung den Staatshaushalt aus, natürlich ohne Beleg. Das konnte ja keiner aufschreiben, es hätte jeder sofort die kriminellen Dimensionen erkannt. Schon bei meinen Fragen vermuteten alle im SED-Finanzreich Verrat und schrien Zeter und Mordio. Es wurden schnell alle Spuren verwischt. Ich denke, vier Leute – Heinz Wildenhain Leiter der Abteilung Finanzen und Parteibetriebe, Karl-Heinz Rümmler, der stellvertretende Leiter der Abteilung Finanzen und Parteibetriebe Wolfgang Langnitschke und der Abteilungsleiter Verkehr Julius Cebulla – wussten über den Vermögenszustand der SED Bescheid. Ich glaube nicht, dass diese Leute Gysi die ganze Wahrheit gesagt haben. Sie haben immer nur Teilwissen, das ohnehin bekannt war, preisgegeben.

WILKE: Nämlich das, was zu beweisen war.

BERGHOFER: So war das in allen Bereichen. Es hat mich immer die Tatsache belastet, du bist verantwortlich für die Fälschung der Kommunalwahlen am 6. Mai 1989 in Dresden. Klar war, die Wahlen waren in jeder Stadt, in jedem Kreis gefälscht und die Verantwortung dafür sollte auf die lokalen Verantwortungsträger abgeschoben werden. Die Hintergründe und die zentrale Verantwortung für die Wahlfälschungen in der DDR wollte ich Anfang Dezember im Arbeitsausschuss aufklären. Ich habe einen der wichtigsten Kader in der Abteilung Staat und Recht des ZK, die Krenz unterstand und von Dr. Klaus Sorgenicht geleitet wurde, meinen vermeintlichen Freund Günter Böhme darauf angesetzt. Er war früher Sekretär im FDJ-Zentralrat, ein ehrlicher proletarischer Typ, auf den ich mich verlassen habe. Ich habe gesagt: »Günter, du musst mir helfen. Ich will alle Belege für Wahlfälschungen haben. Welche Rolle haben der Staatsrat, der Ministerrat, das Politbüro, die einzelnen Politbüromitglieder und Eure Abteilung dabei gespielt? Wie viel Zeit brauchst du dafür?« »Vier Wochen.« Ab und zu habe ich nachgefragt, wie es läuft. Die Antwort: »Ja, ja.« Als die vier Wochen um waren, meldete sich Böhme nicht. Ich versuchte, ihn ausfindig zu machen. Er wich mir aus. Als ich ihn endlich zur Rede stellen konnte, stellte er sich unwissend. Angeblich hatte er nichts gefunden, weil es nichts gäbe. Es

war klar, ich hatte den Bock zum Gärtner gemacht. Böhme hat die vier Wochen genutzt – ich hab ihn später dann noch einmal ergebnislos befragt – um alle Spuren und Beweise zu beiseitigen. Und so war das überall, wo man auch hingriff: Jeder fühlte sich schuldig. Ja, wir waren schuldig! Jeder hatte Angst vor möglichen juristischen Auseinandersetzungen, jeder dachte nur an sich. Der Höhepunkt in dieser Findungsphase war für mich, als Modrow zu mir kam und sagte: »Du hast doch nicht etwa die Absicht, mich in die Wahlfälschungsprobleme hineinzuziehen!« Ich entgegnete: »Du hast mir doch den Auftrag dazu gegeben!« »Das musst du anders sehen! Das eine ist die persönliche Problematik, und das andere ist die Partei, die Zukunft des Sozialismus!« An diesem Punkt zerbrach unsere Liaison. Im Grunde genommen war es fast ausnahmslos in allen Bereichen das gleiche. Wahrscheinlich sind Menschen, die sich schuldig fühlen, so. Es war niemand bereit, die Wahrheiten offenzulegen, um darüber Veränderungen zu bewirken und Versöhnung zu ermöglichen.

WILKE: Als die Bürgerkomitees sich das MfS vornahmen, um dort die Aktenvernichtung zu beenden, war das für den Parteiapparat ein willkommenes Ablenkungsmanöver, um die SED-Geheimnisse vor ihrer Offenlegung zu schützen?

BERGHOFER: Die Aktenvernichtung war exemplarisch für alle Bereiche, wohl überlegt und wohl dosiert. Das hatte der hauptamtliche Kader der Partei von der Pike auf gelernt, er war mit Verweis auf die Geschichte der kommunistischen Partei immer auf die Illegalität vorbereitet. Die Schlagworte: »Genosse, du musst revolutionäre Wachsamkeit üben!« wurden jeden Tag dreimal formuliert und bedeuteten: Keine Information an Fremde, kein Zugriff des Gegners auf sensible Wahrheiten, nichts zu Papier bringen, was nicht unbedingt zu Papier gebracht werden muss, jedem nur soviel Wissen, wie er für die Erfüllung seiner Aufgabe braucht. Das schloss die Nutzung des erwähnten Instrukteurssystems und natürlich propagandistischer Ablenkungsmanöver, wo erforderlich, ein. Das ganze wurde theoretisch mit Lenin begründet, so dass es auch moralisch für den Einzelnen akzeptabel war.

WILKE: Die Wandlung der SED zur PDS ist eine von außen – im weitesten Sinne des Wortes – in Gang gesetzte Entwicklung, wo im Grunde im Zusammenbruch die Einen versuchten, ihre private Existenz zu retten und ein Teil des Apparates und der Parteifunktionäre, vor allen Dingen aus dem Staatsbereich, die sagten: Na, lass uns einen Neuanfang probieren. Kann man das so zusammenfassen?

BERGHOFER: Ja.

WILKE: Gysi, Berghofer und Modrow waren in dieser Konstellation Anfang Dezember die geeigneten Führungspersönlichkeiten, weil sie gesprächsfähig gegenüber den neuen Parteien und den Bürgerbewegten waren und in der DDR

Positionen der sich wandelnden SED »überbringen« konnten. Warum wurde Wolfgang Pohl überhaupt mit in die Führungsriege aufgenommen?

BERGHOFER: Für die neue Führung gab es kein klares Personalkonzept. Personen der ersten Reihe, wie Markus Wolf, erklärten, dass sie nicht zur Verfügung standen. Jüngere Politbüromitglieder, wie Jochen Willering und Wolfgang Herger waren an der Parteibasis nicht mehr akzeptabel. Es musste also in der zweiten Reihe nach Newcomern gesucht werden.

WILKE: Das hat Modrow in seiner Parteitagrede auch so gesagt: Es ist die zweite und dritte Reihe gefragt.

BERGHOFER: In dieser Zeit, als die Personalentscheidungen für den Sonderparteitag vorbereitet wurden, musste auch eine neue strategische Linie und ein Programm auf der Basis der Analyse der Situation erstellt werden. Daraus abgeleitet gab es für alle Mitglieder des Arbeitsausschusses differenzierte Aufgaben. Ich war verantwortlich für Fragen des politischen Systems. Wie soll die DDR in Zukunft aussehen, wie soll sie geführt werden? Ich war verantwortlich für Sicherheitsfragen, also welche Rolle sollten die Sicherheitsorgane, Polizei, Armee spielen – damit habe ich mich aber kaum beschäftigt – und ich war verantwortlich, weil sich alle davor drückten, für den Sonderparteitag ein Referat vorzubereiten, dass einer von uns, es stand nicht fest wer, halten sollte. Bei der Ausarbeitung dieser grundsätzlichen Dokumente begannen natürlich sofort, schon im engsten Zirkel des Arbeitsstabes, inhaltliche Auseinandersetzungen, ein Richtungsstreit, wo soll's denn hingehen? Ich hatte z. B. alle mir bekannten Generaldirektoren und Leiter volkseigener Güter zu einem Gespräch eingeladen und habe die Frage gestellt: Wie könnte das Wirtschaftssystem einer zukünftigen DDR aussehen? Geht das mit Planwirtschaft weiter, oder werden marktwirtschaftliche Elemente eingeführt? Und von den rund 100 Kombinatdirektoren, mit denen ich gesprochen habe, waren 99 für marktwirtschaftliche Öffnung – ohne zu definieren, was das im Einzelnen bedeutete. Das waren klare Verhältnisse. Bei dem Versuch, das Ergebnis in Form eines Referats zu Papier zu bringen, verloren wir uns in endlosen Debatten rund um die Uhr, es war einfach kein Ergebnis zu fixieren.

WILKE: Wer formulierte die Linie des Neuanfangs?

BERGHOFER: Zunächst darf man sich nicht vorstellen, dass es in dieser Zeit eine strategische Linie der Gruppe Modrow-Gysi-Berghofer gab. Gysi wäre am liebsten ohne Referat in den Parteitag gegangen und hätte die politische Orientierung aus dem Stehgreif gemacht. Am Ende war es ja fast so: Er hatte ein Referat, das las er vielleicht eine Viertelstunde vor, dann regte sich Unmut im Saal, er legte das Manuskript beiseite und entwickelte spontan seine Prognosen. Das kam natürlich an, obwohl inhaltlich dabei außer dem Satz »Wir müssen das Eigentum unserer Partei

retten.« im Grunde genommen nichts Substantielles herüberkam. Die Auseinandersetzung um das zukünftige Statut fand erst mit Beginn der ersten Sitzung des Sonderparteitages statt. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, die entsprechende Vorschläge sammelten. Damit wurde Pohl beauftragt. Eigentlich war er dafür gar nicht prädestiniert. Es war eine personelle Notlösung, denn einer musste es schließlich machen.

WILKE: Boshaft gesagt, gab es ja eine Vorlage, das Statut der SPD.

BERGHOFER: Alles Mögliche gab es. Alles, was bis dahin in der SED unterdrückt worden war, drang nun an die Oberfläche, und alle Dissidenten meldeten sich zu Wort. Tonnen von Papier landeten auf unseren Schreibtischen und sollten nun kanalisiert und berücksichtigt werden. Bei dem Versuch, mit ein paar noch klarblickenden Leuten des Apparats im Zentralkomitee ins Gespräch zu kommen, war ganz schnell klar, die Jungs wollen überhaupt nichts Neues. Es wurde alles sabotiert. Ich bekam keine Einblicke in Archive, Ich bekam keine Antworten auf gezielte Fragen zur Situation. Es wurde immer klarer, der überwiegende Teil des Parteiapparates wollte keine Veränderung im Sinne von Erneuerung. Das Handlungsmotiv dieser Zeit lautete »Wir müssen die Bevölkerung beruhigen und Zeit gewinnen« oder anders formuliert »Mit dem Gesicht zum Volke und mit dem Arsch an die Wand«. Zwar hat sich eine kleine Gruppe der zweiten und dritten Reihe bemüht. Sie fand aber nicht die Antworten, die ich mir vorgestellt habe: a) wahrheitsgetreue Abrechnung mit unserer Geschichte, um überhaupt glaubwürdig zu werden und b) daraus die schrittweise Entwicklung einer neuen Konzeption. Dieser Prozess hat sich bei mir innerhalb von vier Wochen abgespielt, mit wenig Schlaf und Arbeit rund um die Uhr. Als ich desillusioniert die Vergeblichkeit des Projekts der Parteierneruerung erkennen musste, habe ich entschieden, Leute, ich gehe zurück nach Dresden, ich stehe dafür nicht mehr zur Verfügung. Ich habe den ersten Parteitagstag noch geleitet. Als mir aber ein Berliner MfS-Oberst am Rande des Parteitages bei einer scharfen inhaltlichen Auseinandersetzung zu Schuld- und Verantwortungsfragen auch noch sagte, du wirst so lange machen, bis du einen Busunfall erleidest, war meine Entscheidung klar.

WILKE: Dresden ging im Dezember 1987 eine Städtepartnerschaft mit Hamburg ein. Der sozialdemokratische Bürgermeister Hennig Voscherau unterbreitete Ihnen einen Vorschlag, um die SED-Reform voranzubringen: Er schlug vor den Gründungsbeschluss vom SED-Vereinigungsparteitag 1946 wieder aufzuheben, um anschließend wieder KPD und SPD zu gründen.

BERGHOFER: Ich hatte mit wenigen Leuten, die die Tragweite erkannten, darüber gesprochen, z. B. mit Jochen Willerding, der gerade als Politbüromitglied zurückgetreten war und der mich in meiner Dresdner Wohnung besuchte. Wir

kannten uns von der FDJ, er war Sekretär für Internationale Arbeit, ein guter, kluger Mann. Er sagte: »Ich recherchiere mal herum, sehe aber wenig Chancen.« Ich hab noch mit weiteren Leuten, vor allem aus der Wirtschaft gesprochen, im Grunde genommen hat die Tragweite und die Möglichkeit dieser Erwägungen keiner der von mir Angesprochenen verstanden. Es sprang einfach niemand darauf an, es hat niemand abgelehnt, aber auch keiner zugestimmt. Am Rande des Sonderparteitages, in einer Tagungspause, hatten wir noch ein Treffen mit Voscherau, der von mir natürlich wissen wollte, ob diese Idee, den Gründungsparteitagsbeschluss aufzuheben, tragfähig wäre. Modrow, der sich sofort wachsam einklinkte und genau verfolgte, was wir beiden da bereden wollten, verbreitete Nebel. Voscherau reiste enttäuscht ab.

WILKE: Eine der Entscheidungen des Arbeitsausschusses war die Einrichtung eines Ältestenrates. Die wirkliche Funktion des Ältestenrates in der Partei blieb aber unklar. Muss man den Ältestenrat als die Fortsetzung dieser konspirativen Tradition der kommunistischen Partei verstehen, dass man Entscheidungsgremien installiert, die nach außen nicht so benannt und nicht als solche angesehen werden sollen?

BERGHOFER: Man muss diesem Ältestenrat zwei Funktionen zuordnen. Der Arbeitsausschuss war keine homogene Truppe, in der Arbeitsteilung und Hierarchie klar waren. Es etablierten sich in dem chaotischen Prozess hin zur ersten und zweiten Sitzung des Sonderparteitages natürlich Interessensgruppen: die einen wollten die Finanzen verschleiern, die anderen die Archive plündern, die dritten wollten wirklich etwas bewegen, ehrliche Reformen in Gang setzen und die vierten mit der strategischen Ausrichtung von Modrow, das Machtgefüge von der Partei auf den Staatsapparat verlagern. Zum Schutz letzterer Interessen sollten möglichst Verbündete wie die Blockparteien eingebunden, d. h. also Demokratie gespielt werden. Und da musste man Leute fernhalten oder eben einbinden, über die die wichtigsten Strippen in das Gestern hinein weiter funktionierten. Es war völlig klar, das Erpressungspotential des MfS war unendlich. Mischa Wolf zu verprellen und ins Abseits zu stellen, wäre natürlich nach hinten losgegangen. Die Konsequenz war: Wir binden ihn ein. Für eine offizielle Parteifunktion wollte er sich, wie gesagt, nicht zur Verfügung stellen, verständlicherweise.

WILKE: Das hat er bei der großen Demo am 4. November auf dem Alexanderplatz gemerkt, dass das nicht geht.

BERGHOFER: Und das hat er an vielen anderen Stellen gemerkt, auch im Dialog mit seinen eigenen Truppen. Deshalb übernahm er eine neutrale Position im Ältestenrat. Diese hatte etwas Repräsentatives und bot ihm die Plattform, als erfahrener und weiser Gutmensch entsprechende Ratschläge zu erteilen. Des Weiteren konnte man über diesen Weg, ohne irgendwelche großartigen Beschlüsse zu fassen, wichtige Dinge kanalisieren und auch veranlassen, dass sie umgesetzt werden. Es wurden für

die Einrichtung des Ältestenrates fadenscheinige Begründungen ins Feld geführt: Wir brauchen einen Ältestenrat für die Veteranen der Partei, die jetzt alle nicht mehr klarkommen und die zum Teil entwurzelt sind. Auch um deren Renten müssen wir uns kümmern. Die scheinbar ehrliche Fürsorge wurde zum offiziellen Aufhänger. Das akzeptierte natürlich jeder, aber der eigentliche Hintergrund waren die Fäden ins Gestern. Der Ältestenrat verschwand sehr schnell aus dem Blickfeld des Arbeitsausschusses. Danach saßen die Alten bei Gysi oder bei Modrow, und der Arbeitsausschuss hat davon nichts mehr erfahren, das war erledigt.

WILKE: Ihre Formulierung finde ich geradezu genial treffend, das waren die Verbindungen in das Gestern, die aber gebraucht wurden, um das Morgen überhaupt möglich zu machen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Parteitages standen drei Themen: Erstens wollte Modrow die DDR als eigenständigen Staat retten; zweitens um dieses Ziel zu erreichen, musste die Auflösung der Partei unter allen Umständen verhindert werden; und drittens – auch hier war das Gestern gegenwärtig – für die Zukunft von Staat und Partei brauchte die SED weiter die Sowjetunion.

BERGHOFER: Diese Zielsetzung muss man noch fortführen. Weil sie eindeutig war, standen wir vor der Frage, sollte man die SED umbenennen, um sich so formal vom Makel des Gestern zu befreien – was Modrow nicht wollte, er hätte sie weiter SED genannt. Das vierte Ziel: Es muss alles daran gesetzt werden, die Leute von der Straße zu kriegen. Wenn Sie sich ansehen, was damals entschieden wurde, dann waren das alles keine grundsätzlichen Entscheidungen, um die Wirtschaft in Gang zu kriegen oder die Staatsverschuldung abzubauen, sondern es waren politisch-ideologische Erwägungen. Wie wird die Stimmung beruhigt, wie kanalisiert man den Unmut der Leute, wie wird an runden Tischen und sonstigen Dialogveranstaltungen die Demonstrationsbereitschaft der Bürger zerfasert.

Was die SU betrifft kann ich mich an einen wichtigen Kontakt mit sowjetischem Führungspersonal in der Zeit nach dem ersten Sonderparteitags erinnern. Die rechte Hand von Gorbatschow, sein wichtigster Berater, das Politbüromitglied Alexander Jakowlew, besuchte uns in der Parteizentrale. Er hatte lange Gespräche mit Gysi und auch mit mir und Jochen Willerding. Mein Russisch ist nicht so gut, dass ich ein kompliziertes politisches Gespräch führen konnte, deswegen hat Willerding als Dolmetscher fungiert. Jakowlew hat klipp und klar gesagt: Genossen, Ihr seid auf dem richtigen Weg. Wir billigen die Reformansätze zur Erneuerung einer sozialistischen Partei. Die Frage, wie sich die Sowjetunion zu den Entwicklungen in der DDR verhält, war für mich in den Oktober/Novembertagen bis zur Öffnung der Mauer unklar, danach jedoch eindeutig. Ich hatte zudem auch mit meinem Amtskollegen in Leningrad gesprochen, der sagte, ein militärisches Eingreifen sei ausgeschlossen. Die politische Führung unter Gorbatschow will das nicht. Das sahen die Sicherheitskräfte – Armee, KGB, der Militärgeschichtsdienst GRU usw. – zwar

anders, weil das für sie nicht nur eine Machtfrage, sondern eine Frage der Ehre war. Die Helden des Krieges, die zu Göttern hochstilisiert worden waren, fühlten sich 40 Jahre nach dem Krieg als Verlierer. Das ist immer gefährlich.

WILKE: Nachdem sich die SED/PDS auf dem Sonderparteitag theatralisch beim Volk, für alles, was angerichtet wurde, entschuldigt hatte, war die neue Parteiführung der Meinung, man habe die Lage stabilisiert und könne die historische Defensive, in der man seit dem September gewesen ist, durch eine Ersatzoffensive überwinden. Ich denke an die Vorgänge im Treptower Park, als am 28. Dezember 1989 Hakenkreuze und andere Schmierereien, die auf NeonaziAktivitäten hinwiesen, am sowjetischen Ehrenmal gefunden wurden. Das war eine Provokation an dem symbolischen Ort, um die sowjetische Aufmerksamkeit zu erregen. Am Runden Tisch sind dann zwei Dinge diskutiert worden. Zum einen antifaschistische Aktionsbündnisse, also im Prinzip Wiederbelebung des DDR-Antifaschismus. Zum zweiten war mit der »Neonazi-Bedrohung« ein Argument gefunden, um das MfS, das damalige Amt für Nationale Sicherheit, in einen Verfassungsschutz umzuwandeln.

BERGHOFER: Ich saß damals mit am Runden Tisch, als die Wogen hochschlugen. Gysi war der Hauptredner zum Thema Treptow. Seine Ausführungen waren klar strukturiert, d. h. er war nicht unvorbereitet zu diesem Thema. Daraus schloss ich, er hatte sich schon länger damit beschäftigt. Ich wusste davon überhaupt nichts, es war völlig an mir vorbeigegangen, und ich habe sofort gefragt: Sind das wirklich Neonazis oder sind das die Abgesandten der Stasi, die eine Situation schaffen wollen, um Moskau zu aktivieren und uns die Plattform zu geben, wieder zurückzuschlagen. Ich habe empfohlen: »Gregor, halt dich raus, das kann nicht gut gehen. Wir stellen alles, was jetzt an Reformschrittchen eingeleitet worden ist, damit in Frage!« »Nein, das darfst du nicht so sehen. Das ist echt, nazistisches Gedankengut. Hier soll versucht werden, die Stimmung im Volke so aufzuheizen, dass es doch noch zur Gewalt kommt.« Dann erhob er sich, mitten in der Debatte, verließ den runden Tisch und begab sich nach Treptow zu der Protestdemonstration. Die Berichte, die er dann gab, was sich dort abgespielt hatte, waren für mich eindeutig. Das war eine Provokation der eigenen Truppen aus der Normannenstraße. Das war ein weiterer wesentlicher Punkt zu sagen: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Es sind von Oktober 1989 bis Januar 1990 wenige Monate vergangen. Nach der tiefen Depression und ohne Lösungen für die tatsächlichen Probleme tun wir plötzlich wieder so, als wäre das jetzt vorbei und wir reißen wieder die Herrschaft über den öffentlichen Diskurs an uns: Seht ihr, das ist die Konsequenz, ihr lieben Bürger der DDR, wenn ihr uns nicht habt, dann erhebt der Faschismus das Haupt. Das führte natürlich sofort zu verheerenden Reaktionen der politischen Gegner, die das durchschauten. Treptow war für mich der letzte organisierte Versuch der Gestrigen, das Ganze noch einmal

umzudrehen und es war der letzte Punkt, der mich schließlich bewogen hat zu sagen, macht euren Dreck alleine weiter. Ich steh nicht mehr zur Verfügung.

WILKE: Diese Entscheidung von Ihnen, am 20. Januar 1990 mit anderen aus der SED/PDS auszutreten, fiel ungefähr mit dem Sturm auf die MfS-Zentrale in der Normannenstraße am 15. Januar zusammen, als die Bürgerbewegung durchsetzte, das alle Spielchen, das MfS weiterzuführen, zu Ende sind. Danach fiel der Auflösungsbeschluss. Ihr Austritt war ein Signal, dass auch eine Erneuerung der SED/PDS zu einer demokratisch-sozialistischen Partei für Sie gescheitert war. Es gab dazu noch ein Nachspiel. In dem Gespräch mit Gorbatschow am 2. Februar berichtete Gysi, dass Ihr Austritt der Partei schweren Schaden zugefügt habe. Er sagte nicht, worin der bestand. Gorbatschows Gegenfrage ist besonders interessant: Steckt hinter dieser Geschichte eine Absprache zwischen Berghofer und der SPD?

BERGHOFER: Ich habe für diesen Schritt lange gebraucht und muss dazu etwas zu meiner Biographie ausführen. Ich war immerhin 25 Jahre SED-Mitglied, und ich bin nicht Parteimitglied aus Karrieregründen geworden. Ich war ein junger Facharbeiter im Betrieb, ohne politische Ambitionen, das hat sich alles schrittweise entwickelt. Eigentlich war ich von meiner Biographie her überhaupt nicht geeignet, SED-Kader zu werden, denn wenige Monate, nachdem ich 18 Jahre alt geworden war, verließ meine Mutter die DDR über die noch offene Grenze nach Westberlin. Aber nicht, weil sie etwas gegen die DDR hatte, sondern weil sie schon immer im Westteil der Stadt gewohnt hatte. Ein Teil unserer Verwandtschaft war in Berlin zu Hause. So habe ich meine großen Ferien im Sommer und die Weihnachtszeit immer in Berlin-Kreuzberg, im Kietz Lübbener Straße, Skalitzer Straße, Schlesisches Tor, verbracht, habe aber damals nie eine Bindung an den Moloch Berlin gefunden. Ich bin bei der Großmutter auf dem Dorf groß geworden und um nichts in der Welt hätte ich hierher gewollt. Mit dem Weggang meiner Mutter waren zunächst alle Karrieremöglichkeiten in der DDR beendet. Ich hatte mich freiwillig zur Armee gemeldet. Die NVA wollte mich nun nicht mehr. Ich war ausgebildet als Auslandsmonteur, in einem volkseigenen Betrieb der polygraphischen Industrie. Auslandsmontage konnte ich vergessen. Ich war plötzlich der letzte Dreck, so dass mir eigentlich gar nichts weiter übrigblieb, als in allen Bereichen, in denen ich tätig war, im Sport, im Betrieb, in der FDJ immer der Beste zu sein, damit ich wenigstens als Mittelmaß akzeptiert wurde. Ich bin dann aus tiefer Überzeugung in die SED gegangen, denn die Leute, die mich dazu bewegt haben, waren keine Parteiapparatschiks, vertrauensvolle Fachleute im Betrieb, die stets sagten: Wenn du was ändern willst, womit du nicht einverstanden bist, dann musst du natürlich mitmachen. So bin ich langsam hineingewachsen. Am Ende durfte ich als Abteilungsleiter des FDJ-Zentralrats oder Oberbürgermeister Einsicht in viele Staatsgeheimnisse nehmen. Dabei erlebte ich den allseitigen Widersinn der DDR-Wirklichkeit. Ich musste erklären, dass ich zu meiner Mutter

keinen Kontakt mehr pflegte. Das fiel mir nicht schwer, denn ich habe ihren Weggang natürlich nicht begrüßt, er war für mich nur von Nachteil.

WILKE: Sie waren im FDJ-Zentralrat u. a. der Organisator von Massenveranstaltungen, z. B. der Weltfestspiele der Jugend 1973. Ab 1976 nahmen Sie diese Aufgabe dauerhaft wahr. Zu diesem Zeitpunkt, 1976, tat sich in der DDR ideologisch eine Menge. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann, eine Konferenz kommunistischer Parteien in Ost-Berlin, auf der der Vorsitzende der schwedischen Linkspartei vom sowjetischen Partei- und Staatschef Breschnew und den anderen KP-Führern die Demokratisierung der sozialistischen Staaten einforderte, weil die Zukunft des Sozialismus davon abhängen würde. Das war im *Neuen Deutschland* nachzulesen. Diese Kritik nahm Robert Havemann auf und schrieb ein Aktionsprogramm für die Demokratisierung der DDR. Nach der Biermann-Ausbürgerung gab es den Protest von namhaften parteitreuen Schriftstellern, die die Partei mit der Austreibung der Künstler-Elite aus der DDR beantwortete. Diese Vorgänge müssen jemanden wie Sie beschäftigen.

BERGHOFER: Da muss ich antworten: wenig. Damit hatte ich als Cheforganisator großer Veranstaltungen nichts zu tun, aber selbstverständlich hat mich die Entscheidung dazu erreicht, zumal ich ja in meinen ersten Jahren im Zentralrat Westarbeit gemacht habe und dadurch Zugang zu allen Medien des Westens hatte, also relativ viel wusste. Aber, ich muss heute ehrlich sagen, es hat mich damals nicht wirklich innerlich berührt. Es gab andere Prioritäten, Dinge die wichtiger erschienen. Die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung waren bekannt. Aber meine Generation hatte in den 70ern zumindest mit dem Machtantritt von Honecker das Gefühl, die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Wir regeln unsere Probleme erfolgreich selbst. Die Biermänner und die Havemänner sind nur störendes Beiwerk. Die gesamte Dialektik des Problems dieser Menschen haben wir gar nicht wahrgenommen, damit habe ich mich erst Mitte der 80er Jahre beschäftigt. Was hat der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Bahro denn eigentlich Schlimmes verbrochen, das uns veranlasst hat, ihn so zu verdammen. Nichts. Er hat die Dinge ziemlich unmissverständlich beim Namen genannt. Aber das hat mich damals, in den 70er Jahren, nicht ernsthaft berührt.

Zur Beschäftigung mit diesen Fragen hat auch ein Erlebnis mit Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros und Präsident der Volkskammer der DDR, 1982 in Görlitz am Rande des Treffens junger Parlamentarier der DDR und der VR Polen beigetragen. Wir kamen ins Gespräch, ich, der junge FDJ-Funktionär, Ende 30, und er, der gestandene SED-Funktionär. Sindermann fing an zu reden, monologisierte über den Zustand des Sozialismus und sagte, der Sozialismus ist in großer Gefahr. Er ist in Ungarn kurz vor dem Scheitern, er ist in Polen gefährdet und in Rumänien bedroht. Er ging alle Bruderländer durch. Der letzte Hort des Sozialismus war die DDR. Das

wirkte geradezu depressiv. Und dann erinnerte sich Sindermann plötzlich, dass ich ja mit am Tisch saß, beendete den Monolog und ging. Es hat mich tief bewegt und beeindruckt. Also meines Erachtens wussten die »führenden Genossen« vom Politbüro, wie die Lage war, international, im Rahmen des Warschauer Vertrages, und sie kannten auch die in der DDR. WILKE: Wer entschied dann: Berghofer wird Oberbürgermeister von Dresden?

BERGHOFER: Ich stand am 8. Mai 1985 vor dem Palast der Republik, im Blauhemd, also schon als »alter Mann« immer noch Berufs-FDJler. Krenz lief vorbei und sagte: »Wie lange willst du denn noch im Blauhemd rumlaufen, du gehst nach Dresden!« Sagte es und verschwand. Nun, wusste ich nicht warum und was ich in Dresden sollte, aber so lief das eben, in der Diktatur. Danach wurde alles entsprechend den geltenden Formalien vorbereitet, im Politbüro beschlossen und Anfang 1986 trat ich das Amt des Dresdner Oberbürgermeisters an. Die Freude über diese scheinbar attraktive Aufgabe hielt nur kurze Zeit an. Je tiefer ich in die Probleme einer DDR-Großstadt eindrang, um so widersprüchlicher wurde das Verhältnis zwischen Realität und Parteipolitik. Um so komplizierter wurde es aber auch, sich selbst zu motivieren. Schon nach wenigen Monaten in Dresden war mir klar, die Probleme der Stadt sind mit den ökonomischen und finanziellen Mitteln der DDR nicht lösbar.

Ich habe Ende 1989/Anfang 1990 wochenlang überlegt, was die Alternative zur SED ist. Ich habe nicht nur mit Hennig Voscherau, sondern auch mit Egon Bahr darüber gesprochen, macht es Sinn die SED zu verlassen und in die SPD einzutreten. Leute, die mich kannten, wie diese beiden und Klaus von Dohnanyi hätten das unterstützt. Bahr allerdings mit dem Hinweis: Überlegen Sie sich das genau. Sehen Sie sich die Parallelen in der Geschichte an, z. B. Herbert Wehner. Wenn Sie das machen, gelten Sie in Deutschland als Wendehals.

Ich habe auch mit Ibrahim Böhme gesprochen, da wusste ich noch nicht, dass der auf der falschen Seite kämpft, der sagte, ja, Sie würden wir gerne nehmen. Er hat mich dann auch mal mit Markus Meckel und Martin Gutzeit und anderen über dieses Thema im Gartenhaus von Manfred von Ardenne reden lassen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass ein Eintritt von mir in die SPD automatisch dazu führen wird, dass große Teile der SED, die sich zur SPD hingezogen fühlen, das Gleiche tun werden, d. h. ein großer Teil der SED/PDS-Mitglieder wird mit mir die Partei verlassen – was mit 500 000 SED-Mitgliedern tatsächlich der Fall war – und wiederum ein großer Teil davon wird an einer Mitgliedschaft in der SPD interessiert sein. Die Botschaft an mich lautete: Wenn Sie allein kommen würden, kann man darüber reden, wenn der Austritt jedoch mit einem Aufruf an die SED/PDS-Mitglieder verbunden ist, dann haben wir kein Interesse. Die Frage eines möglichen Übertritts löste innerhalb der SPD eine Grundsatzdebatte aus. Der damalige Parteivorsitzende der SPD Hans-Jochen Vogel lehnte meinen Beitritt aus Gründen der

politischen Hygiene ab. Auch innerhalb der SPD der DDR wurde dies für undurchführbar gehalten, mit der Erklärung: Wenn das passiert, dann sitzen ja wieder Kompetenzträger in unseren Reihen, die in kurzer Zeit die Schaltstellen erobern, und wir haben wieder nichts zu sagen. Unter meinen politischen Gefährten in Dresden, z. B. Friedrich Wokurka, Jochen Hahn, dem Nachfolger von Modrow als 1. Sekretär der SED/PDS-Bezirksleitung, und den anderen, die mit mir geschlossen aus der Partei austraten, gab es natürlich auch solche Überlegungen. Uns war klar, dass der geschlossene Austritt aus der SED/PDS die Partei schwer erschüttern und dazu führen wird, dass ein großer Teil ihrer Mitglieder diesen Anlass nutzen wird, den gleichen Weg zu gehen. Denn damit war die moralische Auffassung erteilt, »die Treue zur Partei der Arbeiterklasse« zu kapfen. Ich hörte damals oft und viele schrieben mir: Wenn du gehst, dann sind wir auch moralisch berechtigt zu gehen. Heute ist es überhaupt kein Problem, eine Partei zu verlassen und in die nächste einzutreten. Nach dem Wertekatalog der SED war das höchster Verrat. Das konnte ich dann auch jeden Tag in meinem Briefkasten lesen: »Arbeiterverräter, wir hängen dich auf!« Die das schrieben, waren SED-Mitglieder, die völlig die Fassung verloren haben. Gysi fühlte sich verraten, Modrow hielt sich zurück. Er hat diesen Schritt nie zum Gegenstand einer Auseinandersetzung gemacht, was seine politische Cleverness unterstreicht. Ich hab mich schließlich entschieden, und entsprechend war unser Statement zum Austritt formuliert: Wir streben nicht nach Mitgliedschaft in einer anderen Partei, wir streben nicht nach politischen Ämtern. Wir haben nur begriffen, dass die Erneuerung der SED/PDS gescheitert ist, und deshalb haben wir keine Motivation mehr, dabeizubleiben.

Dieter Schröder: Was verbirgt sich hinter der „Sozialistischen Marktwirtschaft“?

Der Markt als solcher ist Bestandteil verschiedener Produktionsweisen, abhängig von den Produktionsverhältnissen. Unter kapitalistischen Verhältnissen unterliegt der Markt der Verwertung des Kapitals. Auf der Grundlage der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Im Sozialismus basiert der Markt auf der Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft, die ihren Ursprung im gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel findet. Dadurch können die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen bereits in den staatlichen Wirtschaftsplänen bestimmt werden und sind nicht von Angebot und Nachfrage auf dem Markt abhängig.

In der bürgerlichen Darstellung ist der Markt bzw. die Marktwirtschaft ein zentraler Begriff der ökonomischen Theorie. Bestimmend ist wie für das jeweilige Wirtschaftssystem die Verteilung der Entscheidungs- und Handlungsrechte durch das

Rechtsinstitut des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Planung und Koordination der Wirtschaftsprozesse erfolgen dezentral, d.h. die einzelnen Verwendungspläne der Haushalte und Unternehmen (Einkommen - und Gewinnverwendung) und der Entstehungspläne (Gewinnbildung und Einkommensentstehung) werden durch Marktpreise koordiniert. In der Theorie treffen die einzelnen Marktteilnehmer ihre Entscheidungen über Produktion und Konsum frei und in Konkurrenz zueinander – im Bestreben, ihren eigenen Nutzen zu maximieren. Wir sprechen da von Maximalprofit.

Bürgerliche Ökonomen bezeichnen mit dem Begriff **Sozialistische Marktwirtschaft** oder **Sozialistische Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen** das Wirtschaftssystem der Volksrepublik China nach den Reformen Deng Xiaopings, denen sich z.B. auch die Sozialistische Republik Vietnam angeschlossen hat. Dort finden, wie in China, „marktwirtschaftlichen Reformen“ unter dem Namen Erneuerung statt.

Die Hinwendung zu dieser Sozialistischen Marktwirtschaft begann im Jahr 1978, als Deng Xiaoping sein Programm des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen einführte. Sie startete mit der Dekollektivierung der Landwirtschaft und der Duldung von Privatwirtschaft und ausländischen Direktinvestitionen und führte ab 1979 und später weiter zu weitreichenden Reformen von der Privatisierung des Staatssektors über die Liberalisierung von Handel und der Konsumgüterpreise. Ab dem Jahr 2004 waren die Hälfte der übriggebliebenen staatseigenen Unternehmen bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt. Hier behält der Staat zwar formell das Eigentum und die Kontrolle über die großen staatlichen Unternehmen, hat aber wenig direkten Einfluss auf deren internes Management. Eindeutig ist erkennbar, dass hier die Elemente des kapitalistischen Marktes in die sozialistische Planwirtschaft der Volksrepublik China eingebaut wurden. Die Vertreter der Marktwirtschaft sind darüber erfreut. Sie sehen in dieser Entwicklung eine Ergänzung des ökonomischen System der sozialistischen Planwirtschaft. Sie begründen die Richtigkeit dieser Entwicklung mit den hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in den letzten Jahrzehnten. Innerhalb dieses Modells bilden Privatunternehmen einen wichtigen Teil des Wirtschaftssystems. Bei richtiger Betrachtung müssen wir feststellen, dass es dem Kapitalismus gelungen ist neue Märkte in China zu erschließen und die sozialistische Planwirtschaft zurückzudrängen. Denn der hier um jubelte große wirtschaftliche Wachstum ist dem privaten Sektor zuzuschreiben[2], der zweimal so schnell wächst wie die offiziellen Wachstumszahlen insgesamt angeben, und der kontinuierlich größer wird. Die wirkliche Größe des Privatsektors ist schwierig zu bemessen, weil dieser Sektor oftmals von den offiziellen Quellen bei der Berechnung des BIPs zu klein geschätzt wird. Die Statistik tendiert dazu, kleine

Unternehmer zu ignorieren oder private Unternehmen nicht als solche in die Bewertung mit aufzunehmen.

Private Unternehmen werden oftmals von ihren Eigentümern als kollektive Unternehmen deklariert, und die Größe von Privatunternehmen kleiner dargestellt, als sie eigentlich sind. Der Privatsektor generierte etwa 70% des BIP im Jahr 2005. Heute: Das Bruttoinlandsprodukt bezeichnet den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die im betreffenden Jahr innerhalb der Landesgrenzen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Es gilt als wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes. Im Jahr 2018 beträgt das Bruttoinlandsprodukt in China geschätzt rund 14,1 Billionen US-Dollar. Außerdem verwalten Privatunternehmer auch solche Vermögen oder Wirtschaftssubjekte, die nominell der Regierung gehören. Der Staat behält dabei noch die Kontrolle über strategische Industrien, wie z.B. die Rüstungsindustrie, Energieerzeugung, die Öl- und Petrochemie, Telekommunikation, Kohleabbau, Luft- und Schifffahrt. Der Staat hat auch noch die indirekte Kontrolle bei der Anleitung der nichtstaatlichen Wirtschaft und über das Finanzsystem, das finanzielle Mittel nach staatlichen Interessen verleiht.

Zentralisierte Planung, die auf obligatorischen Produktionsmengen und -quoten basiert, wurde für den Großteil der Wirtschaft durch einen freien Marktmechanismus und reine *Indikativplanung* für die großen Staatsindustrien ersetzt.

Im Unterschied zur sozialistischen Planwirtschaft, also dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, ist die Umstrukturierung der Staatsunternehmen auf eine kommerzielle Basis (Aktiengesellschaften) abgeschlossen. Nur noch sehr großen Staatsunternehmen werden weiterhin direkt von der Zentralregierung verwaltet. Diese Staatsunternehmen besitzen eine hohe Autonomie, Sie wählen selbst ihre eigenen Geschäftsführer und behalten ihren selbst erwirtschafteten Profit. Zu ihrem Vorteil unterscheiden sie sich von den Privatunternehmen darin, dass sie notfalls vom Staat gerettet werden, wenn sie in wirtschaftliche Probleme geraten.

Dieses Wirtschaftssystems wird aus chinesischer Perspektive verteidigt, und von Revisionisten aller Art gepriesen. Diese argumentieren, dass eine sozialistische Planwirtschaft nur möglich sei, nachdem zunächst eine umfassende Warenwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen etabliert wurde. Erst nach deren vollständiger Entwicklung solle sie sich schließlich in eine Planwirtschaft verwandeln. Getreu der revisionistischen Politik und Fragestellung: Wie kann man den Kapitalismus überwinden?

Die Bezeichnung „Sozialistische Marktwirtschaft“ ist reinweg falsch. Die bürgerliche und revisionistische Propaganda bezeichnet jene, die Kritik üben (also auch uns), als orthodoxe Marxisten, die in diesem System eine Wiederherstellung der kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnisse sehen. Das System entmachte die

Arbeiterklasse und führe zu einer starken Ungleichheit zwischen Arm und Reich und damit einer Formierung einer immer größer werdenden kapitalistischen Klasse. Und die bisherige Entwicklung in China gibt uns Recht.

Auch große Teile der chinesischen Bevölkerung kritisieren die Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings. Chinesische Revisionisten, die dieses System befürworten, argumentieren dahingehend, dass der Historischen Materialismus auf die chinesischen Besonderheiten und die Gegenwart angepasst wurde. Die Sozialistische Marktwirtschaft wird dabei als *Anfangsstadium des Sozialismus* definiert. Der Rechtswissenschaftler und Buchautor Oskar Weggel bezeichnet diesen ideologischen Sprung als „Grauzonenideologie“ und stellt fest: „Hatte Marx den Revolutionsplan dreistufig angelegt (Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus), so galt für China von jetzt an ein fünfstufiges Schema: Halbfeudalismus/Kapitalismus – Neue Demokratie – Sozialistische Warenwirtschaft – Vollsozialismus – Kommunismus. In der Phase des Warensozialismus, die zur Zeit im Gange sei, gelte es, pragmatisch zu handeln und sich all jener Mittel zu bedienen, die das Gemeinwesen sozioökonomisch voranbrächten.“

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktionskräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis.“ (Marx, MEW 13, S.8)

Ich schlussfolgere daraus: Kapitalistische Produktionsverhältnisse führen letztlich immer zu einem kapitalistischen Staat. Weiter: Der Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ ist zutiefst revisionistisch und widerspricht jeder marxistischen Logik.

(Literatur: Klaus Fritsche (Hrsg.): Verlorene Träume. Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1989; Rüdiger Machtetki (Hrsg.): Sozialistische und planwirtschaftliche Systeme Asiens im Umbruch. China - Südostasien aktuell: Band 9. VISTAS Verlag, Berlin 1989; Anneliese Braun: Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft II/2009; Theodor Bergmann: Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege - Kritik - Erneuerung, VSA-Verlag, Hamburg 2012.)

Karsten Schönsee: Zur Kritik der Theorie der „sozialistischen Marktwirtschaft“

Auf die folgenden Textstellen von kommunistischen Theoretikern und Praktikern der sozialistischen Planwirtschaft, bin ich bei der Lektüre des Buches von Marcel Kunzmann „*Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China*“ (Berlin, September 2018) gekommen. Dieses Buch macht es sich auf 95 Seiten zur Aufgabe, die Ökonomie des Sozialismus (der zentralen Planwirtschaft) anhand der chinesischen Erfahrungen zu diskreditieren und die Reformpolitik von Deng Xiaoping (seit 1976) mit ihrer kapitalistischen Praxis bis heute als „*fruchtbare Inspirationsquelle für andere sozialistische Aufbauversuche [hinzustellen] wie die Entwicklung in Kuba, Vietnam, Laos und mittlerweile auch Nordkorea zeigen*“ (S. 86). Die wesentlichen Bestandteile des Marxismus-Leninismus in der Politischen Ökonomie des Sozialismus werden hier revidiert, mit dem Hinweis darauf: „*Die mit den Wirtschaftsreformen in Gang gebrachte Produktivkraftentwicklung, welche einen dominanten Staatssektor um die Nutzung von Markt und Auslandsinvestitionen ergänzt, dient heute als erfolgreichstes Beispiel der systematischen Bekämpfung von Armut.*“ (S. 83). Dass diese Erfolge Chinas bei der Steigerung der Produktion in der Leichtindustrie und dem Export (nach den Wirtschaftsreformen), nur auf Grundlage der planmäßigen Entwicklung der gesamten Wirtschaft des sozialistischen Chinas (1949-1976) möglich waren, wird aber systematisch ausgeblendet. So wird die chinesische „sozialistische Marktwirtschaft“ (eigentlich ist alleine der Begriff ein Widerspruch in sich) als beste aller möglichen Produktionsweisen hingestellt. Auf dieser Ebene trifft sie sich hier mit den Propagandisten der „sozialen Marktwirtschaft“ des BRD-Imperialismus.

Dagegen hier einige Auszüge von Textstellen aus der Feder marxistisch-leninistischer Revolutionäre zur Theorie und Praxis sozialistischer Ökonomie:

Zur Frage des Ziels sozialistischer Wirtschaft (Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen):

*„Ich bin nicht an einem trockenen ökonomischen Sozialismus interessiert. Wir kämpfen gegen das Elend, aber wir kämpfen auch gegen die Entfremdung. Eines der fundamentalen Ziele des Marxismus ist es, den Faktor des individuellen Interesses und Gewinns aus den psychischen Motivationen der Menschen zu entfernen. Marx beschäftigte sich mit den ökonomischen Faktoren **und** mit ihren Auswirkungen auf den Geist. Wenn der Kommunismus nicht auch daran interessiert ist, mag er eine Methode der Güterverteilung sein, aber er wird niemals eine revolutionäre Form des Lebens sein.“ (Che Guevara in einem Interview 1963)*

„Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.“ (Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Band 4, S. 481)

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte auferlegt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat.“ (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW Band 19, S. 226)

Zur Frage des Sozialismus als Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus:

„Die sozialistische Gesellschaft umfasst eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des modernen Revisionismus. Solche Widersprüche können nur

durch die marxistische Theorie über die Weiterführung der Revolution und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden. Die große proletarische Kulturrevolution in unserem Land ist gerade eine große politische Revolution, die das Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen durchgeföhrt.

Die ganze Partei muss das große rote Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen hochhalten und Hunderte Millionen Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes dabei föhren, weiterhin die drei großen revolutionären Bewegungen – Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren – zu entfalten, die Diktatur des Proletariats zu festigen und zu verstärken sowie unabhängig und selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft, durch harten Kampf, unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, „mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher“ den Sozialismus aufzubauen. Die Kommunistische Partei Chinas hält am proletarischen Internationalismus fest.“ (Statut der Kommunistischen Partei Chinas (angenommen auf dem IX. Parteitag der KP Chinas am 14. April 1969, Peking, 1969, S. 10-13)

„Wenn sich schon unter den Bedingungen des Kapitalismus herausstellt, dass der Marktmechanismus ungeeignet ist, die Probleme des zunehmend vergesellschaftlichten Reproduktionsprozesses zu lösen, dann trifft das natürlich in viel höherem Maße und noch unter ganz anderen Aspekten für den Sozialismus zu. Es ist heute ein Anachronismus, den Übergang zu einer Marktwirtschaft für den Sozialismus zu empfehlen. Dies würde auch unausbleiblich zu einer Verlangsamung des Entwicklungstempos, zu einem Zurückbleiben und zu einer gewissen Instabilität der sozialistischen Ordnung föhren. Die Orientierung auf eine Marktwirtschaft bedeutet letzten Endes, gerade auf die Mobilisierung der entscheidenden Vorzüge des Sozialismus, nämlich auf die gesamt-gesellschaftliche Planung, die dem Kapitalismus wesensfremd ist, zu verzichten.“ (Walter Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, 4. Mai 1968)

Zur Frage des Wertgesetzes und der Warenproduktion im Sozialismus:

„Danach beurteilt man die Pfiffigkeit des kleinbürgerlichen Sozialismus, der die Warenproduktion verewigen und zugleich den „Gegensatz von Geld und Ware“, also das Geld selbst, denn es ist nur in diesem Gegensatze, abschaffen will. Ebensowohl könnte man den Papst abschaffen und den Katholizismus bestehen lassen.“ (Karl Marx, Das Kapital, Band I. In: MEW Band 23, S. 102)

„Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. Darin, dass der Wert der Ausdruck der

in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Produkt enthaltenen Privatarbeit. Produziert also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesamtheit der Privatanfertiger einer bestimmten Warengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschießendes Quantum davon produziert. Darin, dass der Wert einer Ware nur in einer andern Ware ausgedrückt und nur im Austausch gegen sie realisiert werden kann, liegt die Möglichkeit, dass der Austausch überhaupt nicht zustande kommt oder doch nicht den richtigen Wert realisiert. Endlich, tritt die spezifische Ware Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Wert, wie der jeder andern Ware, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit. In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des „wahren Werts“, heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des „wahren“ Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEW Band 20, S. 289)

„Das alles [gesellschaftliche Arbeitsteilung, unterschiedliche Eigentumsformen und Notwendigkeit des Außenhandels] sind die Bedingungen dafür, dass es in der sozialistischen Gesellschaft Warenproduktion gibt. Natürlich ist die Warenproduktion in der sozialistischen Gesellschaft ein **Prozess ohne Kapitalisten**, und folglich wirkt auch das Wertgesetz nicht blind wie in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern in beschränktem Rahmen. Dieses Gesetz wird vom Staat **planmäßig als ökonomischer Hebel** für die erfolgreiche Leitung der Wirtschaft ausgenutzt. Wenn künftig die Übergangsperiode beendet ist, das genossenschaftliche Eigentum in Volkseigentum übergegangen und eine einzige Eigentumsform entstanden sein wird, dann werden die gesellschaftlichen Produkte, ohne Berücksichtigung des Außenhandels, nicht Waren sein; sie werden einfach Produktionsmittel, Konsumgüter heißen oder eine andere Bezeichnung erhalten. Dann wird auch das Wertgesetz nicht mehr wirken. Natürlich entwickelt sich auch dann die gesellschaftliche Arbeitsteilung weiter, aber es wird keine Warenproduktion mehr geben.“ (Kim Il Sung, Über einige theoretische Probleme der sozialistischen Ökonomik (1. März 1969). In: Schriftenreihe der KPD Nr. 187, Berlin, 2004)

Zur Begründung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ mit der NÖP Sowjetrusslands von 1921 (nach Welt- und Bürgerkrieg):

„Die Lage, die durch unsere Neue ökonomische Politik geschaffen worden ist – Entwicklung kleiner Handelsbetriebe, Verpachtung von Staatsbetrieben usw. –, all dies bedeutet Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, und das nicht sehen zu wollen, würde bedeuten, völlig den Kopf zu verlieren. Selbstverständlich ist die Stärkung der kapitalistischen Verhältnisse schon an und für sich eine Verschärfung der Gefahr. Können Sie mir aber irgendeinen Weg in der Revolution, irgendwelche Etappen und Methoden der Revolution aufzeigen, bei denen es keine Gefahr gäbe? Das Verschwinden der Gefahr würde das Ende des Krieges und das Aufhören der Diktatur des Proletariats bedeuten, aber davon träumt natürlich in diesem Augenblick niemand von uns. Jeder Schritt in dieser Neuen ökonomischen Politik bedeutet eine ganze Reihe von Gefahren. Als wir im Frühjahr sagten, dass wir die Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer ersetzen, dass wir den freien Handel mit den nach Entrichtung der Naturalsteuer verbleibenden Überschüssen dekretieren, gaben wir damit dem Kapitalismus Entwicklungsfreiheit. Das nicht zu wissen, würde bedeuten, völlig das Verständnis für die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse zu verlieren und sich der Möglichkeit zur Orientierung und zum richtigen Handeln zu berauben. Gewiss, die Kampfmethoden haben sich geändert, es haben sich auch die Gefahrenmomente geändert. Als die Frage der Sowjetmacht, der Auseinanderjagung der Konstituante zur Entscheidung stand, drohte die Gefahr von Seiten der Politik. Diese Gefahr erwies sich als ganz geringfügig. Als aber die Epoche des Bürgerkriegs anbrach, der von den Kapitalisten der ganzen Welt unterstützt wurde, trat die militärische Gefahr in Erscheinung – sie war schon bedrohlicher. Und als wir unsere ökonomische Politik änderten, wurde die Gefahr noch größer, weil die Ökonomik, die sich aus einer Unmenge wirtschaftlicher, alltäglicher Kleinigkeiten zusammensetzt, an die man sich zu gewöhnen pflegt und die man leicht übersieht, von uns besondere Aufmerksamkeit und Anspannung verlangt und mit besonderer Bestimmtheit die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, die richtigen Methoden zu ihrer Bewältigung zu erlernen. Wiederherstellung des Kapitalismus, Entwicklung der Bourgeoisie, Entwicklung bürgerlicher Verhältnisse aus dem Handel heraus usw. – das ist eben die Gefahr, die unserem jetzigen ökonomischen Aufbau, unserem jetzigen allmählichen Herangehen an die Lösung einer Aufgabe, die weit schwieriger ist als die vorhergehenden, eigen ist. Hier darf es nicht den kleinsten Irrtum geben.“ (W.I. Lenin, VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz - Über die Neue Ökonomische Politik, Referat in der Sitzung am 29. Oktober 1921. In: Lenin-Werke (LW) Band 33, S. 80-81)

„Mit anderen Worten, wir haben den freien Handel eingeführt, wir haben eine Belebung des Kapitalismus zugelassen, wir haben die NÖP eingeführt, um die Produktivkräfte zu entwickeln, um die Produktenmenge im Lande zu vergrößern, um den Zusammenschluss mit der Bauernschaft zu festigen. Der Zusammenschluss, die

Interessen des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft als Grundlage unserer Zugeständnisse auf der Linie der NÖP – so packt Lenin die Frage an.

Wusste Lenin damals, dass die NÖP, dass die Zugeständnisse an die Bauernschaft von den Spekulanten, Kapitalisten, Kulaken ausgenutzt werden würden? Natürlich wusste er es. Bedeutet das aber, dass diese Zugeständnisse dem Wesen der Sache nach Zugeständnisse an den Spekulanten und Kulaken waren? Nein, das bedeutet es nicht. Denn die NÖP überhaupt und der Handel im besonderen werden nicht nur von Kapitalisten und Kulaken ausgenutzt, sondern auch von den Staats- und Genossenschaftsorganen, denn nicht nur die Kapitalisten und Kulaken treiben Handel, sondern auch die Staatsorgane und Genossenschaften, wobei die Staatsorgane und Genossenschaften, sobald sie gelernt haben, Handel zu treiben, die Überhand über den Privathandel gewinnen werden (sie gewinnen bereits Überhand!) und dadurch unsere Industrie mit der Bauernwirtschaft zusammenschließen werden.

Was folgt nun daraus? Hieraus folgt, dass unsere Zugeständnisse sich im Wesentlichen auf der Linie der Festigung des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft bewegen und um dieses Zusammenschlusses willen gemacht werden.

Wer das nicht begreift, der behandelt die Frage nicht wie ein Leninist, sondern wie ein Liberaler.“ (J.W. Stalin, Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) - Schlusswort zum politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees (23. Dezember 1925). In: Stalin Werke (SW) Band 7, S. 311-312)

Zur Frage des sozialistischen (Wirtschafts-)Aufbaus gestützt auf die eigene Kraft der Revolution:

„Wie sie richtig bemerkt haben, erfolgte bei uns die Wirtschaftsentwicklung unter äußerst schweren Bedingungen.

Als Folge des vom US-Imperialismus entfesselten dreijährigen Krieges war unsere Wirtschaft völlig zerstört. Die Städte und Dörfer lagen in Schutt und Asche. Zudem setzten sich die aggressiven Manöver und Störungen durch die US-Imperialisten und ihre Handlanger auch nach dem Krieg ununterbrochen fort. Das erschwerte von Anfang an sehr unseren Kampf für den Aufbau des Sozialismus und war für unser Volk eine unermesslich große Last.

Unser Volk überwand aber mit dem revolutionären Geist, aus eigener Kraft zu schaffen und beharrlich zu kämpfen, kühn die Schwierigkeiten auf dem Weg nach vorn. Es baute in hervorragender Weise eine solide selbständige Nationalwirtschaft auf und verwandelte unser Land, das einst ein koloniales Agrarland und weit hinter der modernen Zivilisation zurückgeblieben war, in einen sozialistischen Industriestaat mit moderner Industrie und entwickelter Landwirtschaft.

Der Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft setzt voraus, neben den materiellen Bastion des Kommunismus auf jeden Fall auch die ideologische einzunehmen. Die Einnahme der materiellen Bastion erfordert, dass voller Energie die technische Revolution vorangebracht wird, und die Erstürmung der ideologischen Bastion setzt die Bewältigung der ideologischen und der kulturellen Revolution voraus. Die drei Revolutionen – die ideologische, die technische und die kulturelle – sind der grundlegende Weg zur gleichzeitigen Einnahme beider Bastionen des Kommunismus. Bei ihrer Erstürmung hielten wir unbeirrt das Prinzip ein, wonach die ideologische Festung zuerst eingenommen werden müsse. Erst dann ist es möglich, auch die materielle Festung erfolgreich zu bezwingen.

Der sozialistische Aufbau kam auch unter schweren Bedingungen mit guten Ergebnissen voran, obwohl das Land gespalten wurde und die Störmanöver der Imperialisten unablässig anhielten. Wir kamen voran, weil wir mit aller Konsequenz die Forderungen der Juche-Ideologie durchsetzten, alles den Volksmassen dienstbar zu machen und uns bei der Lösung jedes Problems auf deren Kraft zu stützen.

Die wesentlichen Vorzüge der von uns errichteten sozialistischen Gesellschaft bestehen darin, dass sie den souveränen Ansprüchen der Volksmassen entspricht und eine wahrhafte Gesellschaft des Volkes ist, die den Volksmassen dient.

In unserem Land üben alle Bürger gleichberechtigt die politische Souveränität aus. Ihnen werden überdies alle materiellen und kulturellen Bedingungen für Ernährung, Kleidung und Behausung vom Staat gesichert. Sie haben eine gesicherte Arbeit, die ihren Anlagen und Fähigkeiten entspricht, und führen gleichermaßen ein glückliches Leben. Jedem unserer Bürger werden unentgeltlich Ausbildung und medizinische Betreuung zuteil. Bei uns gibt es keine Arbeitslosen, Bettler oder verwahrlosten Waisenkinder. Unsere Bürger brauchen sich keine Geldsorgen zu machen, ihnen ist sogar das Wort „Steuer“ unbekannt. Unserem Land sind jedwede soziale Übel fremd, die den Menschen plagen. Der Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus sind keine Grenzen gesetzt. Gemäß den wachsenden Anforderungen des Sozialismus setzen wir uns dafür ein, die Ernährungs-, Bekleidungs- und Behausungsprobleme der Bürger noch befriedigender zu lösen.

In unserem Land arbeiten die Werktätigen sowohl für die Gesellschaft als auch für sich selbst. Die Ergebnisse ihrer Arbeit kommen voll und ganz dem Gedeihen der gesellschaftlichen Gemeinschaft und der Erhöhung ihres Wohlstandes zugute. In unserer Gesellschaft, in der die Interessen der einzelnen und die der Gesellschaft kongruent sind, sind alle Menschen vom Lebensstil durchdrungen: „Einer für alle, alle für einen!“ Unser Volk empfindet mit Leib und Seele, dass unsere sozialistische Gesellschaft wirklich eine Gesellschaft ist, die ihm nützt. Deshalb nimmt es die Einstellung eines Hausherrn ein und bekundet beim sozialistischen Aufbau vollauf

Selbstlosigkeit und Schöpfertum. Eben hier liegt das wichtige Geheimnis dafür, dass wir beim sozialistischen Aufbau alle Schwierigkeiten überwinden und schnell vorankommen konnten.

In der Revolution und beim Aufbau stellen die Kräfte der Volksmassen den wertvollsten Grundfonds dar. Erfolge beim sozialistischen Aufbau hängen davon ab, wie man die Schaffenskraft der Volksmassen mobilisiert. Es gibt keine aktivere und revolutionärere Methode, als den Volksmassen zu vertrauen und ihre Fähigkeit und Weisheit für die Lösung aller Aufgaben zu mobilisieren.

Wir haben das ganze Volk fest mit der Juche-Ideologie ausgerüstet und es eng um die Partei zusammengeschlossen, die massenverbundene Linie durchgesetzt und auf diese Weise beim sozialistischen Aufbau den revolutionären Elan und die schöpferische Aktivität der Volksmassen vollauf mobilisiert. Darin liegt ein weiteres Geheimnis, dass wir beim sozialistischen Aufbau große Leistungen vollbringen konnten.“ (Kim Il Sung, Antworten auf Fragen des Leiters der Zweigstelle der italienischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, (29. Oktober 1988). In: Kim Il Sung Werke Band 41, Pyongyang, 1996, S. 276-278)

Zur Frage des Meisterns der drei Revolutionen oder zurück zur kapitalistischen Warenwirtschaft:

„Unsere Partei setzt beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus mit aller Konsequenz die Linie für die drei Revolutionen – die ideologische, technische und kulturelle – durch. Diese Linie unserer Partei ist sehr klug, treffend und richtig.

Bei Gesprächen mit führenden Partei- und Staatsfunktionären anderer Länder, die bei uns zu Besuch weilen, spreche ich häufig über diese Linie unserer Partei.

Der Aufbau des Kommunismus setzt auf alle Fälle die gleichzeitige Einnahme der ideologisch-politischen und der materiellen Festung voraus. Der Kommunismus lässt sich nicht aufbauen, wenn man entweder lediglich die materielle Festung oder nur die ideologisch-politische Festung erstürmt. Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich, wenn man die Menschen, Herren der Gesellschaft, nicht kommunistisch umerzogen sind. Und davon, dass diese Gesellschaft gestaltet worden sei, kann kaum die Rede sein, falls Nahrungsmittel und Kleidung nicht reichlich vorhanden sind, wenn auch die Menschen ideologisch-politisch gesund sein mögen.

Unsere Partei maß bisher dem Kampf um die Einnahme der ideologischen-politischen Festung stets die erstrangige Bedeutung bei und hat dabei schon große Erfolge errungen. Es ist faktisch nicht übertrieben zu sagen, dass in unserem Land die ideologisch-politische Festung nahezu erstürmt worden ist. Bei uns ist die ganze Partei im Denken und Wollen fest vereint und geschlossen; das gesamte Volk ist um

die Partei und den Führer untrennbar zusammengeschart, und der Führer, die Partei und die Massen sind mit Herz und Seele zusammengeschlossen. Nirgends in der Welt gibt es eine solche Partei und ein solches Land, wo deren Mitglieder und dessen Bürger wie bei uns wie ein Mann vereint und geschlossen sind. Darauf sind unsere Partei und unser Volk sehr stolz.

Bis zur Einnahme der materiellen Festung des Kommunismus liegt ein weiter Weg vor uns. Damit das kommunistische Prinzip, wonach alle Mitglieder der Gesellschaft nach ihren Fähigkeiten arbeiten und ihnen Güter nach ihren Bedürfnissen zugeteilt werden, Wirklichkeit werden kann, muss der wirtschaftliche Aufbau noch energischer beschleunigt werden.

Um die ideologisch-politische und die materielle Festung des Kommunismus einzunehmen, müssen die drei Revolutionen – die ideologische, technische und die kulturelle – verwirklicht werden.

Die ideologische Revolution ist ein Kampf, in dem es darum geht, alle Mitglieder der Gesellschaft fest mit der revolutionären Ideologie unserer Partei, der Juche-Ideologie, auszurüsten und ihnen die Parteipolitik, die Verkörperung dieses Leitgedankens, nahezubringen, damit sie genau im Sinne der kommunistischen Losung „Einer für alle, alle für einen!“ arbeiten und leben. Diese Revolution hat keinesfalls zum Ziel, Menschen mit überholten Ideen zu bekämpfen oder sie von ihren Stellen zu verdrängen, sondern hat zum Ziel, alle Bürger kommunistisch umzuerziehen und in die kommunistische Gesellschaft zu führen.

Bei ihrer Umerziehung ist es wichtig, dass sie alle in ihre revolutionäre Organisation eingeschlossen sind und dort mitwirken. Das ist eine Orientierung, die unsere Partei Jahrzehnte lang seit den ersten Tagen nach ihrer Gründung konsequent verfolgt.

Kurz nach der Befreiung unseres Landes existierte der Kommunistische Jugendverband, der nur Jugendliche in sich aufnahm, die sich zum Kommunismus bekannten. Aus diesem Grunde konnten viele Jugendliche kein Organisationsleben führen, und manche Jugendliche bildeten unter sich eigens Jugendorganisationen und wollten einen falschen Weg gehen. Deshalb wirkten wir darauf hin, dass der Kommunistische Jugendverband aufgelöst und der Demokratische Jugendverband gebildet wurde und alle demokratieliebenden Jugendlichen der verschiedenen Bevölkerungsschichten in diesen eingeschlossen wurden. Als Ergebnis dessen war es möglich, sie alle um eine Jugendorganisation zusammenzuschließen und durch ihr Organisationsleben revolutionär zu erziehen.

In unserem Land gehören heute alle Menschen zu bestimmten Organisationen und wirken dort mit: Unsere kleinsten Bürger beginnen schon in den Kinderkrippen und -gärten mit dem kollektiven Leben, ebenso die Kinder in der Kinderorganisation, die

Jugendlichen im Verband der Sozialistischen Jugend der Arbeit, die Arbeiter in den Organisationen des Gewerkschaftsverbandes, die Bauern in denen des Verbandes der Werktätigen der Landwirtschaft, die Frauen in denen des Frauenbundes und die Parteimitglieder in den Parteiorganisationen. Mit einem Wort führen bei uns alle Bürger, von den Kindern bis zu den Ältesten, lebenslang ein Organisationsleben.

Die Orientierung unserer Partei darauf, dass alle Menschen in einer Organisation einbezogen sind und dort mitwirken, ist ganz richtig. Unsere Bürger werden durch ein solches Leben im Sinne der revolutionären Ideologie und der Politik unserer Partei erzogen und erziehen sich den kollektivistischen Geist an, der sich darin zeigt, dass einer für alle und alle für einen eintreten und alle einander mitreißen.

In unserem Land ist auch die erzieherische Einwirkung auf die Funktionäre zu einer Ordnung geworden. Alle Funktionäre nehmen sonnabends am Studium und am Vortrag teil, ebenso freitags am Arbeitseinsatz und lernen in jedem Jahr einen Monat lang pflichtgemäß in den Ausbildungsinstitutionen, darunter der Parteihochschule und der Hochschule für Volkswirtschaft.

Bei uns werden alle Menschen umerzogen, indem einer zehn erzieht, zehn hundert, hundert tausend und tausend zehntausend Personen beeinflussen, so dass die Erziehung des Menschen zu einer Angelegenheit der Massen wird. Wie ich zuweilen betont habe, können wir die kommunistische Gesellschaft nicht kraft einiger bewährter Menschen aufbauen, sondern müssen alle Bürger bis zu solch einer Gesellschaft mitführen.

In unserem Land sind heute die Einheit und Geschlossenheit der Partei und des Volkes auf einem sehr hohen Niveau realisiert; das ganze Land ist in eine revolutionäre Familie verwandelt worden, in der alle einander helfen, mitreißen und in Eintracht leben, was eben dem zu verdanken ist, dass unsere Partei die ideologische Revolution tatkräftig voranbrachte. Selbstverständlich müssten wir künftig diese Revolution noch gründlicher und allumfassender entfalten. Der bisher erreichte hohe Stand der ideologischen Erziehung ist jedoch ein großer Sieg für uns.

Manche Leute betrachten zur Zeit bei der Einschätzung des Entwicklungsstandes der Gesellschaft die Zahl der TV-Geräte und Kühlschränke und andere materielle Bedingungen als Maßstab, was ein Irrtum ist. Statt dessen sollten sie zuerst in Betracht ziehen, wie die Menschen zusammengeslossen und wie gesund sie in ideologisch-kultureller Hinsicht sind. Fernseher und Kühlschränke brauchen nur in den entsprechenden Betrieben hergestellt zu werden, während die Frage der Ausrüstung der Menschen mit dem kommunistischen Gedankengut und ihrer Geschlossenheit sich keinesfalls einfach in ein paar Tagen lösen lässt.

In manchen sozialistischen Ländern kommt es zur Zeit zu regierungsfeindlichen Demonstrationen der Hochschulstudenten und zu sozialen Wirrnissen, was eine Folge davon ist, dass einseitig nur der Produktion materieller Güter großer Wert beigemessen und die ideologische Revolution unterlassen wird.

Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus setzt voraus, parallel zur ideologischen Revolution die technische und kulturelle Revolution zu verwirklichen.

Eine Revolution ist nicht nur die Befreiung des Volkes von der Ausbeutung durch die Grundherren und Kapitalisten und von der Unterdrückung seitens der Imperialisten. Die Befreiung der Werktätigen von schwerer und erschöpfender Arbeit ist ebenfalls eine Revolution und keinesfalls leicht. Die völlige Befreiung der Arbeiter von schweren und ermüdenden Beschäftigungen erfordert, die Produktionsprozesse zu mechanisieren, zu automatisieren, zu robotisieren und flexibel zu gestalten. Von solchen Beschäftigungen zu befreien sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern. Dafür erweist es sich als notwendig, gemäß den Hinweisen in den Thesen zur sozialistischen Agrarfrage durch die technische Revolution die Bewässerung, Elektrifizierung, Mechanisierung und Chemiesierung in der Landwirtschaft zu vollenden sowie die Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse, die Hilfe der Industrie für die Landwirtschaft und die Unterstützung des Dorfes seitens der Stadt zu verstärken. Wenn in den sozialistischen Agrarthesen dargelegten Aufgaben der technischen Revolution erfüllt sind, können auch die Bauern mühelos arbeiten, kann auf dem Dorf ebenfalls der 8-Stunden-Arbeitstag eingeführt werden. [...]

Die Kulturrevolution ist ein Kampf, in dem es darum geht, der kulturellen Rückständigkeit der überlebten Gesellschaft ein Ende zu setzen und die sozialistische und kommunistische Kultur zu schaffen. Das Endziel dieser Revolution ist es, alle Mitglieder der Gesellschaft zu Intellektuellen zu entwickeln. Diese Revolution ist eng mit der ideologischen und der technischen Revolution verbunden. Ihr erfolgreicher Verlauf sichert gute Ergebnisse sowohl in der ideologischen als auch in der technischen Revolution.

Wenn wir uns unbeirrbar an die von unserer Partei dargelegte Richtlinie für die drei Revolutionen – die ideologische, die technische und die kulturelle – halten und sie durchsetzen, können wir mit Erfolg den Sozialismus und Kommunismus aufbauen. [...] Wir müssen in der Revolution und beim Aufbau auch künftig wie bisher unbeirrt den souveränen Standpunkt vertreten und den Sozialismus und Kommunismus auf unsere Art und Weise aufbauen.

Alle Funktionäre sollten fest von der Linie und Politik unserer Partei überzeugt sein und dürften nicht auf die Politik der „Reform“ und „Perestrojka“, die in anderen Ländern betrieben wird, neugierig oder davon infiziert sein. Wir müssen auch in Zukunft weiterhin unbeirrt an der Orientierung auf die drei Revolutionen – die

ideologische, technische und kulturelle – festhalten.“ (Kim Il Sung, Über die konsequente Durchsetzung der wirtschaftlichen Aufgaben für die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes (11. und 13. Mai 1989). In: Kim Il Sung, Werke Band 41, Pyongyang, 1996, S. 455-463)

Hermann Jacobs: Ulbrichts NÖS und Honeckers ... nös

Ja, dieser Unterschied muss sein: Walter Ulbricht hatte eine andere Vorstellung vom ökonomischen System des Sozialismus, Erich Honecker aber wollte „nur“ einen Gedanken aus dem Ulbrichtschen anderen System in das ... ökonomische System des Sozialismus einbringen. Von diesem dem NÖS quasi entlehnten Gedanken ist allerdings weniger bekannt als von dem NÖS selbst; deshalb sei eine Erinnerung – und ein Vergleich - an ihn nachgeholt.

Worum geht es?

Ulbricht – wir sollten es ihm zugute halten - wollte wohl einen Schlusstrich ziehen unter die ewigen Debatten um die Frage, wie es mit der Warenökonomie im Sozialismus steht. Nach 15, 20 Jahren Planwirtschaft (in der DDR) lagen die Probleme – oder „Probleme“, also nur gedachten „Widersprüche“ - auf dem Tisch: Es waren bei den Waren (oder „Waren“) Preise entstanden völlig unterschiedlichen Kosten:Gewinn-Verhältnisses⁹; einerseits Preise ohne Gewinn, d.h. in ihnen waren die Kosten, in diesem Fall die Löhne, „über den Preis/Gewinn gestiegen“, andererseits Preise mit horrendem Gewinn ... „über den Kosten/Löhnen“ entstanden! Die Einheit oder auch Übereinstimmung, die das Preis-System des Kapitalismus hinsichtlich des Kosten:Gewinn-Verhältnisses vom Prinzip her kennzeichnet – gleicher Profit je eingesetztes Kapital, war im Sozialismus oder in der Planwirtschaft „verloren gegangen“. Der Gewinn (in Preisen) schien kein Maßstab dafür mehr zu sein, ob ein Betrieb effektiv arbeitete.

⁹ Dieser Unterschied entsteht (oder kann entstehen), wenn die Arbeitsproduktivität betrieblich gesehen unterschiedlich entwickelt (steigt oder fällt), Preise aber nicht verändert werden, also konstant bleiben. Dann werden die zunächst noch nicht veränderten Löhne auf unterschiedlich mehr produzierte Waren verteilt; es entsteht ein unterschiedlicher Gewinnanteil in den Preisen. D.h. was bisher unterschiedliche Preissenkung war, wird jetzt unterschiedliche Gewinnerhöhung – ist das keine Herausforderung für den Marxismus? Diese Gewinn“erhöhung“ kann nun – da ja zugleich die Summe der Preise mit der Summe der Waren gestiegen ist – auch für Lohnerhöhungen genutzt werden, entweder variiert werden durch gleiche oder ungleiche Form der Erhöhung. Gleiche Form kann zum „Widerspruch“ des Steigens der Löhne/Kosten über den Preis führen, ungleiche würde ihn wieder aufheben (oder nicht entstehen lassen) – allerdings den Widerspruch von ungleichem Lohn bei gleicher Arbeit erzeugen.

Im Prinzip war damit das bürgerliche ökonomische Gesetz, also das Wertgesetz (nach dem die Ökonomie „von unten“, „über die Preise“, oder „die Ausgaben über die Einnahmen aus dem Verkauf“ gesteuert werden könne) doch wohl außer Kraft gesetzt. D.h. die Steuerung der Ökonomie war - „im Sozialismus der Planwirtschaft“ - an die planende Behörde, an ein zentral leitendes politisch-ökonomisches Organ verwiesen. Was und wo, wie viel produziert resp. investiert werden solle – „unten, in den Betrieben“, wurde „von oben“ entschieden. Und weil „Oben“ kein ökonomisches Organ zu sein ... schien, regulierte die Zentrale „subjektiv“, „willkürlich“, „uneffektiv“, wie all die kritischen Noten heißen.

Wo der Beweis? Natürlich beim Gewinn-“Chaos“ den Preisen nach.

Diese Abwertung der realen Planwirtschaft des Sozialismus mag interessengeleitet sein – von vornherein bei wirklichen Gegnern (oder auch Unverständigen) des Sozialismus (die eben die Aufhebung des Privateigentums an der Arbeit nicht wollten – und auch rückgängig machen wollten), aber da es sich auch um *neue, bis dato unbekannte Erscheinungen* im Preis- wie Geldwesen einer Ökonomie handelte – und die „zentralgeleitete Planung“ ja auch erst zu ihrem richtigen Wissen gelangen musste (learning by doing), muss (!) zugestanden werden, dass mindestens Überlegungen über eine Reform des Preiswesens im Sozialismus auch in die Reihen der Anhänger der Planökonomie übergriffen.

Deshalb NÖS.

Versucht man, den Sinn der angedachten Reformen in einen Satz zu fassen, so in diesen: *Die Aussagekraft des Gewinns – für Rationalität wie Effektivität in der Wirtschaft – sollte wiederhergestellt werden!*¹⁰¹¹. Auf welcher Basis wiederhergestellt werden? Da hieß es (im NÖS): Auf Basis der *Eigenverantwortlichkeit* der Betriebe oder, noch direkter: Auf Basis der *Eigenerwirtschaftung* der finanziellen Mittel (mit denen Betriebe wirtschaften). Dass damit aber das Privat-Eigentumsprinzip wieder hergestellt werden sollte bzw. das gemeinschaftliche in ein kollektives Eigentum umgewandelt werden sollte, darum ging es – auf alle Fälle bei Walter Ulbricht – nicht; das gilt es zu beachten. Er/sie wollte nur wieder mit solchen Preisen arbeiten, an denen die Effektivität der Arbeit ablesbar war; und Ausdruck dieser Ablesbarkeit war eben der Gewinn in Preisen. Auf ihn sollte, hinzukommend, „persönliche Interessiertheit an der Arbeit“, d.h. ein auf den Gewinn bezogenes Lohnverhältnis aufgebaut werden.¹²

¹⁰Ich will damit nur sagen, dass Aufgabe der Wissenschaft in jedem Fall ist, die Ursache für das I

¹¹Nur unter dem Gesichtspunkt der abstrakten Seite der Arbeit produziert ein jeder Gewinn/Mehr

¹²Eine genauere Definition, und auch Darlegung welchen Formen nach Löhne an Gewinne zu bin

Honecker war, wie man nach dem Ende der DDR zu lesen bekam, Gegner des Ulbrichtschen NÖS. Aber warum eigentlich? Davon liest man weniger, nur darüber wurde/wird man informiert, dass er bzw. weitere Mitglieder des Politbüros des ZK der SED einer Kritik „aus Moskau“, explizit von Leonid Breschnew, Rechnung trugen. Die „Sowjets waren dagegen“. Und Honecker ... mit.

Wirklich „mit“, absolut „mit“?

Das „nös“ Honeckers zeigt, dass es keineswegs so ist, auch bei ihm resp. auch bei seinen Mitstreitern ist zu erkennen, dass sie ein Problem der *Planwirtschaft* nicht verdaut haben/hatten, weshalb sie dieses Problem mit einer Reform, aber nun der Planwirtschaft, angehen wollten; Reform der Planwirtschaft, ohne sie aufheben zu wollen bzw. auch aufzuheben. Dies war – in den 60er Jahren, angesichts des NÖS – *letztlich doch der wahre Gegensatz Erich Honeckers zu Walter Ulbricht* (ganz ohne „die Sowjets“), und er ist es geblieben. Aber erst ganz am Schluss der DDR gab er ihm eine Form, und dies nun das ... nös.

1986, auf dem 3. Plenum des ZK der SED, im Schlusswort, betonte Honecker eine *Eigenverantwortlichkeit* der Kombinate und Betriebe für die Erfüllung der Planaufgaben, konkret aber dafür, diese Verantwortung *im Bereich der Investitionen zu erhöhen*. Dazu sollten Betriebe/Kombinate „eigenerwirtschaftete Investitionsfonds“ aufbauen, verbunden mit dem Recht der Eigenverantwortung.

Die Neuregelungen ab dem 1. Januar 1988¹³ sahen Folgendes vor (nach „Berliner Zeitung“ vom 17. März 1987, Karl-Heinz Arnold: Guter Gewinn als Basis eigener Investitionen“):

- *Alle* volkseigenen Kombinate und Betriebe der Industrie und des Bauwesens bilden einen Investitionsfonds, den sie *eigenverantwortlich* erwirtschaften und *eigenverantwortlich* verwenden.

- Der betriebliche Investitionsfonds wird zu 40% aus den Amortisationen der Betriebe gebildet und zu 60% aus den Gewinnanteilen der Preise der betrieblich erzeugten Waren; d.h. 40% und 60% sind ein *Anteil* an einer Menge, die sich aufgrund von Investitionen bewegt, größer oder kleiner ausfallen kann.

¹³ Siehe Gesetzblatt Teil 1 Nr. 3 der DDR vom 16. Februar 1987. Da die DDR gut anderthalb Jahre später endete, handelt es sich nur um eine sehr kurzzeitige Praxis, das Honeckersche nös kann quasi nur unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses, einer Absicht, also theoretisch analysiert werden – für ein Lernen des Sozialismus aus dem Sozialismus reicht es aber allemal.

- Er überschreitet jedoch nicht die Höhe von 5 Millionen Mark. D.h. alle Investitionen, die über ein Volumen von 5 Millionen Mark hinausgehen, finden ihre Aufnahme weiterhin im staatlich/gesellschaftlichen Investitionsplan.

- Dieser gesellschaftlich gebildete und gesteuerte Fonds für Investitionen wird aus den über 40% hinausgehenden Amortisationen wie aus den über 60% hinausgehenden Gewinnen der Betriebe/Kombinate gebildet und entsprechend Planauflagen an die Kombinate bzw. Betriebe verteilt. Der Plan bleibt die Grundlage aller Investitionen.

*

Ich sprach – in Bezug auf Walter Ulbricht – von einem quasi großen NÖS, einem anderen ökonomischen Verhältnis, das mit dem NÖS verbunden gewesen ist, und sprach in Bezug auf Erich Honecker „nur“ von einem entlehnten Gedanken aus dem NÖS, quasi also einem kleinen „nös“. Wo der Unterschied? Er besteht darin, dass Ulbricht/das NÖS zwar auch von einer Eigenverantwortlichkeit bzw. Eigenerwirtschaftung der finanziellen Mittel der Betriebe ausging, allerdings viel weitergehenden Inhalts; es war die Basis der Eigenerwirtschaftung, d.h. die *Gestaltung des Preises* mit in sie einbezogen. Und beim Honeckerschen nös eben nicht ...

... oder doch? Nun. ein allgemeiner Aufbau betrieblicher Investitionsfonds aus Amortisation und Gewinnen setzt auch schon eine allgemeine Möglichkeit dazu voraus, und die beruht eben *auf allgemein gewinnbringenden Preisen*.

War die „Eigenerwirtschaftung“ im NÖS verbunden mit einer Wiederherstellung der Wertgrundlage der Preise (ausgenommen Konsumtionsmittelpreise – was natürlich ein Widerspruch ist, den Walter Ulbricht bzw. das NÖS nie geklärt hat), gekoppelt mit einer *Lohnabhängigkeit* von den Gewinnen der Betriebe, so wurden Preise und Löhne in der Honeckerschen Reform nicht direkt erwähnt. Es ging nur um die Bildung eines betrieblich verwalteten wie verantworteten besonderen Fonds für Investitionen – und, so muss man folgern: auf Basis des bestehenden Preis- wie Geldsystems der Planwirtschaft (mit ihrem „unmöglichen“ Unterschied von Gewinnen „Darunter und Darüber“).

Honeckers nös sah solche Erweiterung hin zum Wertpreis bzw. solche individuelle Grundlage für soziale Verhältnisse nicht vor. Sein nös war reduziert auf teilweise Steuerung der Investitionen auf den unteren Ebenen, quasi einer innerbetrieblichen Form der Reproduktion – wenn auch ebenfalls in Abhängigkeit von der Produktion im Besonderen, also einer „Eigenerwirtschaftung“ bestimmt.

Ist „Eigenerwirtschaftung“ überhaupt ein tragbarer ökonomischer Begriff in einer sozialistischen Gesellschaft bzw. Produktionsweise? Natürlich nicht.

Eigenerwirtschaftung verwandelt ab einem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit in einen ökonomisch sinnleeren Begriff. Ab dem Punkt in der menschlichen Geschichte, da Produktionsmittel in Betrieben zur Anwendung kommen, also die Form einer organischen Zusammensetzung (Marx) in der Arbeit beginnt, wird der Begriff „Eigenerwirtschaftung“ - falsch. Man genießt Effekte in den Betrieben, die Arbeiten in anderen Betrieben zu verdanken sind. Der Begriff „Eigen“ wird *ökonomisch* falsch. Gesellschaftlich verflochtene Ökonomie, betrachtet unter dem Gesichtspunkt der Anwendung von Produktionsmitteln, sieht nicht den Produzenten der Pm als denjenigen, der den Nutzen der Pm zur Erscheinung bringt, sondern den - Nutzer, den *Konsumenten der Pm*.

So mag der Einsatz von neuen Techniken/Technologien zur Erhöhung des Produktionsausstoßes führen, er mag, werden die Preise bei steigender Produktivkraft nicht gesenkt (wie das im Preissystem der Planwirtschaft der Fall war), zur unmittelbaren Erhöhung des Gewinnanteils in Preisen führen – und dies mag dem Einsatz eben der neuen Elemente an gegenständlicher Arbeit zu verdanken sein, folgt daraus aber *zwingend*, eigene Investitionen zu finanzieren resp. zu bestimmen? Sie quasi zu steigern, weil der Gewinn gestiegen? Genaugenommen ist ja gar nicht einmal der Gewinn gestiegen, sondern die Menge der erzeugten Produkte resp. dieses Plus an Gütern konnte sogar bei Freisetzung von Arbeitskräften erzielt werden. Dann wäre die *Wertbildung* oder *Gewinnbildung* sogar gesunken. Aber den Einsatz von noch mehr Produktionsmitteln aus dem Einsatz – oder Effekt - von Produktionsmitteln (oder gegenständlicher Arbeit im weitesten Sinne des Wortes) zu begründen, ist doch nicht damit schon ökonomisch logisch.

Zwingend logisch, also ökonomisch logisch wäre eine Verfügung über einen betriebseigenen Investitionsfonds, wenn die zentrale Fondsbildung a priori bestimmte Mittel nicht/nie vorsah. Ich meine damit Mittel wie Maßnahmen betriebsinterner Natur, die man aus betrieblicher Ebene besser beurteilen kann als aus zentraler, gesamtgesellschaftlicher. Nur wenn ein Makel, der in der Tat mit der Planwirtschaft oder Zentralisierung von Investitionsfonds eingetreten, zu überwunden gewesen wäre, ist die Maßnahme der besonderen betrieblichen Investitions-Fondsbildung doch gerechtfertigt. Sonst nicht. Man könnte doch auch die gesellschaftliche Fähigkeit kritisieren, Notwendigkeiten auf der untersten Ebene der Arbeit zu erkennen, man müsste daran arbeiten, diese Fähigkeit zu verbessern, d.h. den Betrieben größere Rechte bei der zentralen Investfondsbildung zusprechen. Aber alles das hat mit so genannter Eigenverantwortlichkeit, Eigenerwirtschaftung (der finanziellen Mittel für derartige Fonds) nichts zu tun. Das alles sind nur Konzessionen an das kapitalistische System, an ein überlebtes ökonomisches. Denken.

Was war also neu am nös (ohne es eigentlich sein zu müssen)? Neu ist nicht, dass der gesellschaftliche Investitionsfonds gebrochen (gekippt) wird, sondern dass er

aufgesplittert wurde in zwei Teile: in einen unmittelbar verwalteten bzw. angewendeten Fonds und in einen gesellschaftlich verwalteten wie angewendeten Fonds. Was bisher zwei Anwendungsbereiche eines Fonds waren, wurde in zwei Anwendungsbereiche zweier Fonds umgewandelt.

Die Anwendungsbereiche wurden nicht an sich geändert. Was geändert wurde, war die Verantwortlichkeit über die Fonds. In beiden Fällen wurde sie geteilt: 60% der Amortisationen und 40% der Gewinne blieben in der Verantwortung der Gesellschaft – der staatlichen Planungsinstitution, und umgekehrt 60% der Gewinne und 40% der Amortisationen gingen in die Verantwortung der Betriebe oder auch Kombinate über. (Wie zwischen diesen beiden Ebenen die Teilung verlief bzw. ob diesen Proportionen ökonomische Unterscheidungen entsprechen, ist mir nicht bekannt.) Eines ist jedenfalls klar: Betriebe/Kombinate erhielten Investitionen für betriebliche Anwendungen sowohl aus gesellschaftlichen Fonds als auch aus betrieblich verwalteten. Ihnen ging im Grunde nichts verloren; was über diese Veränderung (oder *auch* Reform) erreicht werden sollte, war eine höhere unmittelbare, also „betriebliche“ Interessiertheit am Gewinn! Denn der Gewinn blieb ja die Basis aller Investitionen.

60% sind nur ein Proporz, ein Anteil, nicht eine absolute Summe. 60% von = 100 000 Mark sind mehr als 60% von = 80 000 Mark. Um aber 20 000 Mark mehr an Gewinn zu „produzieren“, muss man die produktionstechnischen Abläufe verändern, und das geschieht über Investitionen. Bisher lag die volle Verantwortlichkeit über diese Investitionen und damit auch über produktionstechnische Veränderungen in den Betrieben bei der Gesellschaft/beim Plan. Und Amortisation plus Gewinn waren immer seine Basis. Aber da der Gesamtbetrag des Gewinns (und der Amortisationen) an die Gesellschaft ging, hatte „der Betrieb“ nichts von Gewinn/Mehrgewinn und Amortisation – unmittelbar nichts; mittelbar/vermittelt natürlich schon, eigentlich auch immer. Immer wurde aller Gewinn und alle Amortisation an die Stätten der realen Arbeit zurückgeführt; nie ist/war es beim P l a n anders. Aber weil die Vermittlung über den Plan angeblich keine Interessiertheit an der Produktion/Erwirtschaftung von Gewinn usw. erzeugen ... soll, deshalb diese Veränderung, das – nös.

Der Autor der „Berliner Zeitung“, Karl-Heinz Arnold, wertete den „Gewinn als Basis von Investitionen“ der Betriebe so: „Wahrscheinlich muss manches Denken, das noch von der Verteilung aller Investitionen ausgeht, auf die Erwirtschaftung eigener Investitionen umgestellt werden. Allerdings hat man wohl zu einem Fonds, der konkret v e r d i e n t werden muss, die denkbar beste Beziehung“.

Da ist das ... alte Denken.

Es ist ein Eigentums-Denken, so ist es entstanden, aber wir müssen uns natürlich fragen, ob es dafür auch eine ökonomische Begründung gibt. Gibt es den Unterschied zwischen sagen wir „innerbetrieblichen“ Investitionen und „außerbetrieblichen“? Darf man z.B., wenn per Plan Investmittel zugeteilt werden, schlechthin von einer „Verteilung“ sprechen? Was macht denn von vornherein eine zentrale Zuteilung von Investmitteln respektabel, überlegen gegenüber jeder von „eigenerwirtschafteten Mitteln“? Das wäre doch die Frage.

Und diese Frage lässt sich überraschend einfach beantworten: Der zentral gebildete Investitionsfonds für sowohl die einfache Reproduktion als auch die erweiterte Form der Reproduktion ersetzt das – Finanzkapital. Es ist ein Irrtum, dass die Eigentumsökonomie in der Lage ist, rein auf der Basis der Gewinnanteile der Preise in den von ihren Unternehmen produzierten Waren alle ihre Investitionen zu garantieren. Das Äquivalenzprinzip reicht nicht, den Bedingungen der anteiligen, also proportionalen Bewegungen der Ökonomie gerecht zu werden. Es muss ergänzt werden um ein Kreditsystem des Geldes. Die Voraussetzung der Bildung eines Kredit- oder Finanzsystems ist aber ein Unterschreiten der Ausgaben bei den Einnahmen, d.h. es gibt eine Form der proportionalen Bewegung der Produktion, die geringer ausfällt als die Bewegung nach dem Äquivalenzprinzip, so dass auf der Basis dieser Einsparung eine über das Äquivalenzprinzip hinausgehende proportionale Bewegung möglich ist. Neben dem besonderen Geldkapital bildet sich – auf eben der Basis dieses gesparten oder Sparkapitals – ein allgemeines Geldkapital heraus.

Der ursprüngliche Eigentumstitel bleibt hierbei gewahrt. D.h. dem ursprünglichen Eigentümer („Eigenerwirtschafteter“) wird ein Zins auf das verliehene Geld überwiesen. Auch das Privateigentum/Privatkapital besitzt oder erzeugt aufgrund allgemeiner ökonomischer Notwendigkeit, d.h. der proportionalen Bewegung beim gesellschaftlich gewordenen Charakter der Arbeit, eine Form von Vergesellschaftung des Eigentums – aber auf Basis nur der kapitalistischen Klasse.

Damit wissen wir besser Bescheid, was eigentlich der zentrale Investitionsfonds für eine historische Bedeutung hat: Er hebt das ... Finanzkapital auf, seine Aufhebung ist die zweite Form der Aufhebung des Privateigentums an der Arbeit überhaupt; neben der Aufhebung des warenbildenden Privateigentums auch die des geldbildenden Privateigentums.

Wollte man die Eigenerwirtschaftung und Eigenverantwortung/-verwaltung der finanziellen Mittel der Betriebe im Sozialismus des NÖS im vollen Sinne wiederholen, wäre der Sozialismus gezwungen gewesen, das – Finanz“kapital“ zu wiederholen. Indem aber das Honeckersche nös das planwirtschaftlich ursprüngliche System beibehielt, indem es den zentralen Investitionsfonds beibehielt – womit es die

proportionale Bewegung Anteilen der Produktion aus diesem Fonds steuerte, also nur den betriebsinternen Teil aus diesem Fonds herauslöste, ist es weiterhin in das planwirtschaftliche System des Sozialismus einzuordnen.

Ulbrichts NÖS dagegen, wenn wirklich realisiert worden, wäre nicht um die Bildung eines „sozialistischen Finanzkapitals“ herumgekommen. Mit oder ohne Zins? Zinsloser Kredit – wäre das noch ... „Eigenerwirtschaftung der Anderen“? Ist doch eher Aneignung der Anderen – kostenlose. Eben wie beim planmäßig zugeteilten Investitionsfonds.

Fünf Jahre Partei der Arbeit Österreichs

Otto Bruckner: Wir stehen für Geradlinigkeit, Klassenkampf und Solidarität!

Vor fünf Jahren, am 13. Oktober 2013, wurde in Wien die Partei der Arbeit Österreichs gegründet. In der Berliner Tageszeitung Junge Welt berichtete der inzwischen verstorbene Genosse Werner Pirker über den Gründungsparteitag: „Die neue Partei geht im wesentlichen aus der Kommunistischen Initiative hervor, die sich 2005 nach jahrelangen fraktionellen Auseinandersetzungen von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) losgelöst hatte. Dabei handelte es sich keineswegs um eine Splittergruppe, sondern um eine den Unterstützern der damaligen Parteiführung zahlenmäßig durchaus ebenbürtige Gruppierung, gegen deren professionelle Machtszenierungen sie aber keine Mittel fand. Sich auf ihr Selbstverständnis als »pluralistische Linke« berufend, wählte sich die damalige Parteiführung um Walter Baier dazu ermächtigt, alles, was ihren Vorstellungen von Pluralismus widersprach, unter Einsatz ihrer sämtlichen administrativen Ressourcen niederzuhalten. Bei mehreren Parteitagungen standen die Mehrheitsverhältnisse auf des Messers Schneide. Eine Entscheidung zugunsten der Opposition wäre möglich gewesen, hätte die KPÖ Steiermark, die sich mit ihrer konsequenten Orientierung am sozialen Antagonismus in einem scharfen Gegensatz zu der von der Bundes-KPÖ vertretenen Politik der postmodernen Beliebigkeiten befand, gemeinsam mit der bundesweiten Opposition aktiv die Abwahl der Baier-Gruppe betrieben. Doch waren die steirischen Kommunisten in der Stunde der Entscheidung offenbar nicht bereit, die Verantwortung für eine Parteispaltung auf sich zu nehmen. Eine Entscheidung, die zu respektieren ist. Zur Spaltung kam es dennoch. Und so hat am Sonnabend der 1. Parteitag der Partei der Arbeit stattgefunden. Sie sieht sich in der Kontinuität der

KPÖ, die bis zu ihrer feindlichen Übernahme die Kontinuität von revolutionärem Klassenbewußtsein verkörperte und sich im Kampf gegen den deutschen Faschismus große Verdienste um die Wiedererlangung der österreichischen Unabhängigkeit erworben hatte. Die PdA, heißt es in der Gründungs- und Grundsatzserklärung der neuen Partei, setze »auf die Mobilisierung und Selbsttätigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter statt auf Stellvertreterpolitik, auf konsequente soziale und Arbeitskämpfe statt auf ›sozialpartnerschaftliche‹ Bettelei gegenüber dem Kapital, auf gesellschaftlichen Fortschritt statt auf asozialen Konterreformismus, auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit statt auf Opportunismus, auf Internationalismus statt auf antinationalen Kosmopolitismus.« Als ihr strategisches Ziel nennt die PdA die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus.“

Damit ist die Vorgeschichte der Parteigründung ganz gut zusammengefasst. Die Partei der Arbeit entstand nicht deshalb, weil sich einige Leute in den Kopf setzten, eine neue Partei gründen zu müssen, sie entstand, weil es keine Klassenpartei der ArbeiterInnenklasse in Österreich gab und ihre Neugründung überfällig war. Natürlich kann an dieser Stelle eingewendet werden, dass es diese Klassenpartei in Form der KPÖ-Steiermark durchaus bereits gab. Das ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. So wie die KPÖ-Steiermark auf der einen Seite eine respektable reformistische Sozialpolitik vertritt, ist sie zugleich nichts anderes, als eine Landesorganisation der KPÖ, die insgesamt für politische Beliebigkeit, für die Aufgabe der revolutionären Traditionen der KPÖ und für eine antikommunistische und reaktionäre Geschichtsauffassung steht, die den Marxismus-Leninismus, der mehr als sieben Jahrzehnte das ideologische Rückgrat der Partei war, denunziert und verunglimpft, und das durchaus auch mit Beteiligung maßgeblicher Kräfte der steirischen KP.

Wer die Entwicklung der Partei der Arbeit seit ihrer Gründung bewertet, sollte dies nicht ohne Beachtung der Rahmenbedingungen tun. Natürlich wäre es schön gewesen, wenn eine neue kommunistische ArbeiterInnenpartei wie eine Sojus-Rakete in die Höhe gestiegen wäre, quasi als Phönix aus der Asche des Revisionismus und Kleinmutes. Wir haben dieses schöne Szenario von Anfang an jedoch nicht als realistisch angesehen. Vielmehr war uns klar, dass der Parteaufbau ein langwieriger und langfristiger Prozess ist. In einem insgesamt antikommunistischen gesellschaftlichen Klima, das auch noch von Teilen der reformistischen und revisionistischen Linken befeuert wird, ist der beharrliche Aufbau eines gebildeten und geschulten Kaders von kommunistischen AgitatorInnen das Um und Auf. Dieser Weg ist das strikte Gegenmodell zum Voluntarismus nach der Devise “Der Fisch lernt im Wasser schwimmen”, er soll jedoch auch nicht als sektiererische Abkapselung missverstanden werden. Natürlich muss die politische Praxis entscheidendes Kriterium für das Wirken einer Partei unseres Anspruchs sein. Politisches Wirken

ohne politisch-ideologische Unterfütterung führt jedoch zu den clownesken Verrenkungen, die wir von der KPÖ und ihren Wahlkämpfen gewohnt sind.

Ein weiterer, nicht unwesentlicher Punkt sind die materiellen Möglichkeiten. Die Bundes-KPÖ zum Beispiel zehrt immer noch vom Vermögen, das durch ihre Firmen im Handel mit den sozialistischen Ländern erwirtschaftet wurde, einem Vermögen also, das durch die Werktätigen der Sowjetunion, der DDR, Polens und anderer Länder des RGW geschaffen wurde, und deren gesamtes Wirken man heute als "stalinistisch" verunglimpft. Das Geld ist es schließlich, was die KPÖ für ihre schnell wechselnden Verbündeten attraktiv macht. Die steirische KPÖ zehrt, auch wenn Sie die Bezüge der Mandatare begrenzt, von den Möglichkeiten, die eine Vertretung im Landtag und in Gemeinderäten großer Städte mit sich bringt. Verschiedenste Arten von Parteiförderungen und Anstellungsverhältnissen in Land und Stadt erlauben auch ihr, finanziell aus dem vollen zu schöpfen. Im Vergleich zu diesen beiden Akteuren der "alten KPÖ" musste die PdA bei Null beginnen. Lediglich ausgestattet mit den Mitgliedsbeiträgen und Spenden der Mitglieder und SympathisantInnen sind auch im öffentlichen Auftreten nur kleine Schritte möglich. So ist es durchaus als Erfolg zu sehen, dass es möglich ist, die "ArbeiterInnenzeitung" vier- bis fünfmal im Jahr in einer höheren Auflage herauszubringen und auf Plätzen, Straßen und vor Werkstoren zu verteilen. Ebenso ist es nicht selbstverständlich, dass mit der Herausgabe von "Einheit und Widerspruch", einem Diskussionsorgan über die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus auch eine Tribüne für den qualifizierteren Diskurs unter KommunistInnen geschaffen werden konnte. Wir mussten gleichzeitig erfahren, dass die Teilnahme an kommunalen Wahlen, wie es bei der Wiener Wahl 2015 in mehreren Bezirken geschah, eine zähe Sache ist, wenn man nicht über die nötige Bekanntheit und Verankerung verfügt, und auch nicht die Mittel für einen flächendeckenden Wahlkampf hat, wie es gerade in den Wiener Flächenbezirken nötig wäre. Eine Lehre daraus ist es, ständig und immer wieder politische Präsenz zu zeigen, durch Informationstische, Verteilungen und Aktionen. Nur so kann langfristig eine bessere Verankerung entstehen.

Das Zusammenwirken mit der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und dem Kommunistischen StudentInnenverband (KSV) sowie die initiative und tragende Rolle, welche die PdA in der kämpferischen Gewerkschaftsplattform KOMintern spielt, prägen die Partei sehr stark. Die PdA gehört sicher zu den Parteien mit dem jüngsten Altersdurchschnitt und gleichzeitig wird kaum woanders die Notwendigkeit der Fortsetzung der besten und revolutionärsten Traditionen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung unumstrittener sein. Zugleich gehören der Klassenkampf und der Internationalismus zur DNA der Partei, was auch bedeutet, dass die PdA sich als Partei versteht, die für die GESAMTE österreichische ArbeiterInnenklasse da ist, ungeachtet der Herkunft, der Hautfarbe oder der Religionszugehörigkeit.

Hunderttausende Angehörige der ArbeiterInnenklasse, die seit Jahren hier arbeiten und leben, sind vom politischen Willensbildungsprozess mit wenigen Ausnahmen wie der AK-Wahl ausgenommen. Gerade deshalb halten wir auch die Geschichte von der "stärksten Arbeiterpartei FPÖ" für eine oberflächliche und falsche Erzählung der Mainstreamlinken und Liberalen.

Gab es vor fünf bis zehn Jahren noch kleine marxistisch-leninistische Gruppen wie die "SJ-Stamokap" in der Sozialdemokratie, so ist die innerparteiliche Opposition in der SPÖ heute ebenfalls vom linksliberalen Mainstream dominiert, sieht man von GewerkschafterInnen und Kreisky-Nostalgikern ab, denen eine Renaissance der Reformpolitik der 1970er-80er Jahre vorschwebt.

Unsere Richtschnur für die Bewertung all dieser mehr oder weniger linken Strömungen ist ihr Verhältnis zum Klassenkampf und ihr Verhältnis zum österreichischen und EU-Imperialismus. Wir sind weder für die Verklärung der sozialdemokratischen Regierungsvergangenheit, noch für das Schönreden des Austro- und EU-Imperialismus zu haben. Für uns gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Ob die "Sozialpartnerschaft" heute noch die Herrschaftsform des Kapitals in Österreich darstellt muss neu bewertet werden, angesichts der direkten Umsetzung des Programms der Konzerne durch die Regierung ohne Einbeziehung der Gewerkschaften.

Das allerdings, was der ÖGB heute macht, ist ein peinliches Betteln darum, wieder am Tisch der Herrschenden sitzen zu dürfen, während kämpferische Gewerkschaftspolitik eine Rückbesinnung auf den Klassenkampf und nicht eine Verklärung der "Sozialpartnerschaft" bedeuten muss.

Das ganze Ergebnis des glorreichen Wirkens von SPÖ und ÖGB im Zusammenwirken mit dem Kapital ist in massiven Kaufkraftverlusten der Werktätigen in den letzten 20 Jahren, in einer noch nie dagewesenen Anhäufung des Reichtums bei gleichzeitig massenhafter Armut, in einer Zerschlagung von Arbeitsrechten und geordneten Beschäftigungsverhältnissen zu bewundern. Zugleich ist zu beachten, dass die SP-Gewerkschafter heute vor allem nur die Partikularinteressen ihrer jeweiligen Betriebe und Branchen sehen und ihnen die Hunderttausenden, die zu Hungerlöhnen prekär beschäftigt sind, Teilzeit arbeiten, auf Abruf bereitstehen müssen, und trotz Arbeit immer ärmer werden weitgehend egal sind. Wir unterstützen nach Kräften alle Aktionen, die den gemeinsamen Kampf aller Werktätigen fördern. Zu den AK-Wahlen 2019 wird KOMintern wieder als einzige klassenkämpferische und internationalistische Kraft in mehreren Bundesländern kandidieren und dabei von der PdA voll unterstützt werden.

Die Aufgabe einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik und einer klassenkämpferischen Parteipolitik ist heute die Arbeit an dem Riesenwerk, aus der Klasse an sich die Klasse für sich zu formen, den Klassengenossinnen und -genossen das politische und ideologische Rüstzeug zu geben, damit sie ihre Interessen selbst wahrnehmen, sich organisieren und die Kraft ihres Kampfes erkennen können. Das ist ein langwieriger Prozess und auch wiederum nicht, denn es kann – das kennen wir aus der Geschichte – in wenigen Tagen und Monaten des revolutionären Aufstands mehr Geschichte vom Volk und für das Volk geschrieben werden, als in Jahrzehnten der Stagnation und der Rückschläge.

Wer seine Geschichte nicht kennt, wer den heldenhaften Kampf vieler Generationen, im Besonderen den Opfermut und die eherne Überzeugung der 2000 vom Faschismus ermordeten österreichischen KommunistInnen, nicht ehrt, wird keine Zukunft haben. Ebenso verhält es sich mit dem Internationalismus: Die Oktoberrevolution als Geburtsstunde des Sozialismus, die Errungenschaften des Frühsozialismus im 20. Jahrhundert sind die Meilensteine der Geschichte, die das neue Zeitalter des Kommunismus, der Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg begonnen haben. Daran ändert auch die vorübergehende Niederlage nichts. Die Partei der Arbeit sieht die Befassung mit der Geschichte der revolutionären Kräfte als einen wichtigen Teil ihrer politischen Arbeit. In Schulungen und Veranstaltungen haben wir 2017 den Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution ebenso geehrt, wie wir es dieses Jahr mit dem 100. Jahrestag der Gründung des parteiförmigen Kommunismus in Österreich tun. Mutlos gewordene ehemalige Marxisten-Leninisten verunglimpfen dies als "Identitätspolitik". Wir können darauf nur antworten: Die Wiedererlangung einer stolzen und kämpferischen kommunistischen Identität ist unser Ziel, und nur Kleingeister und Opportunisten können darin etwas schlechtes sehen.

In Österreich regiert seit den Nationalratswahlen vor einem Jahr eine Mischung aus kaltschnäuzigen Vollstreckern der Kapitalinteressen, aus deutschnationalen Burschenschäftlern, autoritären Polizeistaatsphantasten und peinlichen Dilletanten. Das Aufblasen einer angeblichen Bedrohung durch "Flüchtlingswellen" dient als Nebelvorhang, der die Schweineren dieser Regierung, ihre unsoziale und gegen die Werktätigen und ihre Interessen gerichtete Politik verschleiern soll. Rassistische Hetze und die Spaltung der Klasse der Werktätigen ist das Grundwerkzeug dieser Regierung ebenso wie vieler anderer auf nahezu allen Kontinenten.

Wer das kapitalistische System, das heute nicht nur die sozialen und demokratischen Errungenschaften mit der Dampfwalze zerstört, bekämpft, ist auf der Seite der Vernunft.

Dies gilt ebenso für den Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen Atomwaffen, Hochrüstung und Krieg.

Der Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem ist ein Kampf der Vernunft gegen die Barbarei.

Wer diesen Kampf in Österreich stärken und gemeinsam führen will, ist in der PdA richtig. Wir sind auch fünf Jahre nach der Gründung noch eine kleine Partei, aber wir stehen für Geradlinigkeit, für Klassenkampf und Solidarität. Ohne Wenn und Aber. Wir stehen für die Fortsetzung des heldenhaften Kampfes von Generationen an KommunistInnen.

DKP

Fritz Dittmar: Auseinandersetzung in der DKP zur Stalin-Frage. Zu Hans-Peter Brenners Referat auf der 2. PV-Tagung der DKP

(Das Referat von Hans-Peter Brenner findet man bei Google unter DKP-Informationen)

Hans-Peter ist stellvertretender Vorsitzender der DKP. Am interessantesten an dem Referat war die anschließende Klarstellung, dass es sich nicht um die Meinung des PV handelt, sondern um Hans-Peters Privatmeinung, die in Teilen nicht der Meinung der PV-Mehrheit entspricht. In Kenntnis der vorangegangenen Auseinandersetzungen in der Partei geht man sicher nicht fehl in der Annahme, dass es sich bei dem Dissens um den Inhalt der Seiten 12 bis 14 handelt, konkret um Hans-Peters Wertung von Stalin, und zwar, dass der PV-Mehrheit die Kritik an Stalin zu milde war.

Man kann das Problem aber auch so sehen:

Es ist verdienstvoll, dass Hans-Peter in seinem Referat zu unserer Bildungspolitik klarstellt, dass Stalin in seinen Beiträgen zur Theorie nicht einfach ein sturer Dogmatiker war, sondern Verdienste um die Verbreitung des ML erworben hat.

Wichtiger als die Auseinandersetzung um Stalin als Theoretiker ist aber diejenige um seine politische Praxis. Hierbei bleibt Hans-Peter leider weniger eindeutig. Er verurteilt die Position der Totalitarismus-Theorie, die Gleichsetzung von Hitler und Stalin als „Tyranen ... (von).. absoluter Wertlosigkeit“ (I. Deutscher) und bezeichnet

den Begriff „Stalinismus“ zu Recht als Totschlaginstrument. Stattdessen besteht er darauf: „Stalin gehört als historische Figur in unser Lager und nicht ins Lager der Gegner.“ So weit, so gut! Er schreibt aber auch: „„Das Gute“, das mit seinem Namen verbunden ist, war und bleibt zu würdigen und das Üble und Verhängnisvolle bleibt zu verurteilen. Als Teil unserer kommunistischen Geschichte...“

Das ist eine triviale Anmerkung. Zum Teil unserer kommunistischen Geschichte gehören auch Chruschtschow und Gorbatschow als Generalsekretäre der Partei. Bei ihnen wüsste ich allerdings nichts „Gutes“ zu würdigen, und Hans-Peter wohl auch nicht. Man muss schon unterscheiden, ob die Wirkung eines Politikers aufs Ganze gesehen der proletarischen Sache genutzt oder geschadet hat.

Hans-Peters Formulierung „Das Gute“ und das „Üble“ klingt nach „irgendwo in der Mitte zwischen „Hosianna“ und „kreuziget ihn““. Das wird meiner Meinung nach dem Anspruch eines angemessenen Urteils über Stalin nicht gerecht. Sicher stimmt Hans-Peter mit mir darin überein, dass die Sowjetunion in der gesamten Zeit ihrer Existenz Todfeinden gegenüberstand, die ihre Vernichtung anstrebten, und diese bei entsprechenden Fehlern oder Verrat durch die Führung auch hätten erreichen können und letzten Endes auch erreicht haben. Hier möchte ich an Lenins Worte über die Bedeutung von Fehlern erinnern (aus „Der linke Radikalismus...“ (?) „Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. So einen Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist wer keine besonders schweren Fehler macht und seine Fehler leicht korrigiert.“

Hier eine kurze Aufzählung der Probleme zu Stalins Zeit, bei denen besonders schwere Fehler zum Untergang der SU hätten führen können:

Trotzkis Strategie der „permanenten Revolution“, des Exports der Revolution in kapitalistische Länder ohne revolutionäre Krise dort, wäre ohne Erfolg geblieben und hätte vermutlich zu einem gemeinsamen Angriff der kapitalistischen Staaten geführt.

Bucharins Option der Verlängerung der Neuen Ökonomischen Politik hätte die Schaffung einer umfassenden Industrialisierung blockiert und zum Zeitpunkt der imperialistischen Aggression hätte diese eine ökonomisch rückständige SU getroffen. Hier sei an Stalins Einschätzung aus 1929 erinnert: „Russland ist hinter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurück geblieben. Entweder wir erreichen es, diese Distanz in 10 Jahren zu durchlaufen, oder wir werden zermalmt.“ Und das wurde erreicht!

Nachdem Stalins Linie des forcierten Aufbaus durchgesetzt war, blieben die Anhänger von Trotzki und von Bucharin miteinander in Verbindung. Trotzki hatte in seinem Buch „Die verratene Revolution“ seine Anhänger aufgefordert, im Fall eines Kriegs die „stalinistische“ Führung zu stürzen, (natürlich nicht, um den Faschisten zu

nützen, sondern, um den Krieg „auf revolutionäre Art“ weiter zu führen. Das Ergebnis kann man sich leicht vorstellen!) Die Opposition hätte im Weltkrieg als objektiv fünfte Kolonne eine verheerende Rolle spielen können, so, wie in den anderen von Nazideutschland angegriffenen Ländern. Das blieb nach den Säuberungen 1936 und 1937 der SU erspart. Natürlich ist das so kein Beweis, dass das Ausbleiben von „fünften Kolonnen“ Ergebnis der Säuberungen war, aber eine schlüssige Widerlegung dieser Vermutung kenne ich auch nicht.

Nach Stalins „zehn Jahren“ stand Hitler vor der Alternative, mit Duldung der Westmächte die SU anzugreifen, oder sich vor dem Angriff auf die SU gegen die Westmächte zu wenden. Da die Westmächte nicht zu einem Bündnis mit der SU gegen Hitler bereit waren, gelang es Stalin, durch den Nichtangriffsvertrag mit Hitlerdeutschland, der SU fast zwei weitere Jahre Frieden zu sichern und die Grenze über hunderte Kilometer nach Westen zu verschieben, und bei Beginn des deutschen Angriffs zu einem Bündnis mit den Westmächten zu kommen.

Nach dem Sieg nahm der Westen unter Führung der USA seine feindliche Politik offen wieder auf. Durch ihre geringeren Verluste im Krieg und die überlegene Wirtschaftskraft, so wie vor allem durch ihr Monopol an Atomwaffen betrieben sie intensiv den Kalten Krieg als Vorbereitung auf einen heißen Krieg. Stalin blieb unter dieser Drohung standhaft und brach vier Jahre später das Monopol. Vier Jahr nach Stalins Tod wurde mit dem Start des Sputnik die Drohung der US-Langstreckenbomber kompensiert. Ich vermute, dass auch dieser Erfolg noch zu Stalins Lebzeiten vorbereitet wurde.

In allen hier aufgeführten Problemen hätte eine andere Politik zum Untergang der SU führen können.

Wer also als Kommunist Fehler von Stalin kritisieren will, muss bei jeder Maßnahme aufzeigen, dass sie dem angestrebten Erfolg geschadet oder zumindest nicht genützt hat. Sonst bleibt die Kritik im Bereich eines abstrakten Moralismus.

Im Ergebnis war der Sozialismus am Ende von Stalins Leben so stark wie niemals davor und niemals danach. Wer weiß, wieviel besser die Welt heute aussähe, wenn seine Nachfolger sich an seinem Kurs orientiert hätten, statt ihn als Despoten zu verleumdern.

Hans-Peter bleibt mit seinen Vorwürfen, der „Zweck heiligt (eben nicht) alle Mittel.“ völlig im Bereich des abstrakten Moralisierens: „Dann (wenn zur Durchsetzung dieses Zwecks „alles und jedes“ (?) gerechtfertigt werden könnte), wäre dieser Zweck (wohl gemerkt, nicht nur das Mittel!) auf jeden Fall nicht revolutionär, sondern pure Willkür.“ Also, Willkür schließt den revolutionären Charakter des Zwecks einer solchen Maßnahme aus. Dass diese Sicht unhaltbar ist, will ich an

einem Beispiel erläutern: In den 1941 von der Wehrmacht eroberten Gebieten sind viele Sowjetbürger deutscher Nationalität in die Waffen-SS eingetreten. 1942, während des faschistischen Vormarschs auf Stalingrad, hat Stalin die deutschstämmigen Sowjetbürger hinter den Ural umsiedeln lassen. Der Zweck dieser Maßnahme war offenbar, den Sieg nicht durch eine weitere Verstärkung der Faschisten durch deutschstämmige Verräter zu gefährden.

Selbstverständlich fügte diese Maßnahme den loyalen deutschen Sowjetbürgern bitteres Unrecht zu. Vom Standpunkt des betroffenen Staatsbürgers war diese Maßnahme ungerecht und willkürlich. Verliert aber in Hans-Peters Augen der Zweck dieser Maßnahme, der Sieg über die Faschisten, seinen revolutionären Charakter, und wird zu „purer Willkür“?

Weiteres Beispiel: wenn es uns gelingt, in unseren Reihen einem Spitzel des VS auf die Spur zu kommen, werden wir ihn aus unseren Reihen ausschließen, auch wenn wir seine Spitzeltätigkeit nicht gerichtsfest nachweisen können. Das halte ich nicht für „pure Willkür“, sondern für revolutionäre Wachsamkeit.

Ganz schlecht ist Hans-Peters Beispiel von den Folterkammern der katholischen Inquisition. Deren Zweck war die Verteidigung der Kirche gegen den Humanismus und der Schutz des Feudalismus. Als Marxisten diskutieren wir die objektive Funktion und den Zweck von Maßnahmen, ehe wir uns mit der moralischen Befindlichkeit der Täter befassen.

Fritz Dittmar, Hamburg

Gregor Hollender: Antimonopolistische Demokratie: eine veraltete und gefährliche Strategie

Liebe Genossinnen und Genossen¹⁴,

meine Rede befasst sich mit dem hochkontroversen Thema der antimonopolistischen Demokratie, auch bekannt als antimonopolistische Strategie, einem angenommenen Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus, das angeblich die Diktatur des Proletariats ersetzt. Da unsere Zeit heute sehr knapp ist, kann ich dieses Thema nur sehr komprimiert und vereinfacht wiedergeben. Für dieses Referat werde ich verschiedene Argumente von Genossen der deutschen und österreichischen

¹⁴ Redebeitrag gehalten bei der 44. Prager theoretisch-politischen Konferenz: “To the issue of theory, program, strategy and tactics in the Communist Movement”. („Zur Frage von Theorie, Programm, Strategie und Taktik in der kommunistischen Bewegung“), veranstaltet am 3. November 2018 von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens.

kommunistischen Bewegung gegen die antimonopolistische Demokratie paraphrasieren (d. h. zusammengefasst wiedergeben).

Ich möchte betonen: Es gab nicht das eine Ereignis oder die eine historische Persönlichkeit oder die Partei, die alleine für das Auftauchen dieser revisionistischen Strategie verantwortlich ist, aber um unsere Fehler zu korrigieren, die zur Konterrevolution und zum Niedergang der kommunistischen Bewegung geführt haben, müssen wir jeden Stein umdrehen.

Genosse Thanasis Spanidis hat den Ursprung der der falschen theoretischen Auffassung zurückverfolgt bis zum 7. Weltkongress von 1935¹⁵. Der 7. Weltkongress ist, wie wir alle wissen, ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der Volksfront gegen den Faschismus. Spanidis zitiert Wilhelm Pieck, der gesagt hat, dass die Strategie der KPD, die daraus bestand, die Lügen und parlamentarischen Illusionen zu bekämpfen, die von der SPD verbreitet wurden, richtig war, und zwar bis 1930. Da die NSDAP viele Wähler hinzugewonnen hat, hätte die KPD ihren Fokus von der SPD als Hauptgegner zur faschistischen Gefahr verlagern müssen. Dennoch, gemäß dem, was Genosse Pieck sagt, bleibt die SPD der zweitgefährlichste politische Gegner, auch nach dem massiven Aufstieg der NSDAP von 1930. Spanidis setzt fort, dass die Einheitsfront und Volksfront gegen den Faschismus nie gedacht war, mehr zu sein als eine temporäre Taktik, sie war nie gedacht die generelle Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung zu sein. Er belegt dies mit Zitaten aus den Reden von Pieck und Dimitroff. Aber Spanidis findet auch mehrere interpretationsoffene Passagen des Genossen Dimitroff. Diese Aussagen von Dimitroff lassen den Gedanken zu, dass es leicht ist, eine vereinigte Arbeiterpartei der Massen zu schaffen. Spanidis ist in dieser Frage gegenüber Dimitroff skeptisch, da es den Anschein hat, dass Dimitroff nicht berücksichtigt, dass ein massiver Zuwachs von sozialdemokratischen Arbeitern die Klarheit der marxistisch-leninistischen Partei verwässern könnte.

Diese zuvor erwähnten Punkte des Genossen Spanidis wurden noch nicht zu einem großen Problem bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Es war richtig, ideologische Differenzen mit Sozialdemokraten und kleinbürgerlichen Kräften beiseite zu stellen, um die Faschisten in der Einheitsfront und Volksfront gemeinsam zu bekämpfen. Als jedoch die Rote Armee die faschistischen Barbaren geschlagen hat, hätten die Kommunisten aufs Neue bestimmen müssen, wer Freund und wer Feind ist. Die temporäre Harmonie und der Friede mit der Sozialdemokratie hätte enden müssen, da es keinen gemeinsamen Feind mehr gab und die Sozialdemokratie die Stütze der Bourgeoisie als Werkzeug zur Täuschung der Arbeiterklasse geblieben ist.

¹⁵ <https://kommunistische.org/diskussion/der-vii-weltkongress-der-komintern-und-seine-folgen/>

Man muss mit Gewissheit feststellen, dass die internationale kommunistische Bewegung es nicht geschafft hat, die neue Situation zu berücksichtigen. Zum Beispiel: Es gab eine revolutionäre Situation in Italien nach dem zweiten Weltkrieg. Das Proletariat war schon bewaffnet vom Kampf gegen Mussolini und die Bourgeoisie war geschwächt. Trotz dieser vorteilhaften Umstände fand keine Revolution in Italien statt¹⁶.

1956 hielt Herr Chruschtschow seine berüchtigte Geheimrede beim 20. Parteitag der KPdSU. Er ist heute vor allem für die unwahrheitsgemäßen Anschuldigungen gegen den Genossen Stalin im Gedächtnis geblieben. Aber Chruschtschow hat mit dem Parteitag auch unsere revolutionäre Theorie verstümmelt indem er Werbung betrieb für den „friedlichen Übergang“ und „Übergang zum Sozialismus auf parlamentarischen Wege“.

Werfen wir einen genaueren Blick auf die kommunistische Bewegung in Deutschland. 1956 wurde die KPD in der BRD verboten. Viele Parteimitglieder wurden schon wieder verhaftet. 1968 begann sich das Klima zwischen der BRD und der Sowjetunion zu verbessern. Die KPD war immer noch verboten, aber eine neue Partei wurde gegründet, die DKP. Viele Mitglieder der illegalen KPD traten der neugegründeten DKP bei. Um ein erneutes Verbot zu vermeiden, wurde die Diktatur des Proletariats aus dem Parteiprogramm entfernt. 1978 fand der Mannheimer Parteitag statt und die Partei gab sich ihr erstes richtiges Parteiprogramm. Die antimonopolistische Demokratie war darin prominent vertreten. Genosse Jona Textor hat dieses Programm vor kurzem einer gründlichen Prüfung unterzogen¹⁷:

Das Programm besagt, dass kleine und mittelgroße Kapitalisten, trotz Widersprüchen mit der Arbeiterklasse, auch zu Gegnern der Monopolkapitalisten werden. Aus diesem Grund, so schlussfolgert das Programm, ist es möglich Bündnisse mit christlichen und liberalen Demokraten und natürlich der SPD zu formen, um soziale Fortschritte und demokratische Rechte zu erzielen. Es geht so weit, dass es zum „kameradschaftlichen Verhältnis“ mit sozialdemokratischen Organisationen aufruft. Das bürgerliche Parlament wird als Instrument begriffen, um die Rechte der Arbeiterklasse zu verbessern, Kontrolle zu erlangen und demokratische Mitbestimmung durchzusetzen.

Antimonopolistische Demokratie soll die Privilegien des Monopolkapitals beschneiden und seinen Einfluss zurückdrängen um den Weg zum Sozialismus zu

¹⁶ offen-siv 6/2012 <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/Offen104.html>

¹⁷ <https://kommunistische.org/diskussion/der-mythos-eines-vom-reformismus-unbefleckten-ursprungs-der-antimonopolistischen-strategie/>

öffnen. Das bürgerliche Parlament, dann angenommen dass es vom Einfluss der Monopolbourgeoisie bereinigt ist, soll eine wahre Volksvertretung werden. Das Recht auf Arbeit soll ins Grundgesetz. All dies soll in Kraft treten, während der Staat noch kapitalistisch ist.

Genosse Textor weist auf die problematische Natur des Programms hin. Das Programm füttert die Arbeiterklasse mit vielen Illusionen und lässt viele Antworten im unklaren. Welche Art von Staat soll im Interesse des Proletariats funktionieren? Warum sollten kleine und mittelgroße Kapitalisten sich gegen die Monopolbourgeoisie wenden? Hat Marx uns nicht gelehrt, dass der bürgerliche Staat zerschlagen werden muss?

Genosse Textor stellt die richtigen Fragen. Das Programm ist ziemlich unklar, ob Sozialismus durch Reform oder Revolution erzielt werden soll. Das Programm zieht ein Kaninchen aus dem Hut, indem es behauptet dass man die „antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung als miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß“ betrachtet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr nicht versteht, was das bedeuten soll, kann ich euch ehrlich sagen: Ich auch nicht....

Aber das Programm bietet vielleicht einen Grund an. Es besagt, dass der Widerstand des Großkapitals überwunden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden muss, dass die Reaktion an der Anwendung blutiger konterrevolutionärer Gewalt hindert und den günstigsten Weg zum Sozialismus durchsetzt.

Also, laut Programm ist es möglich, die Monopolbourgeoisie relativ friedlich zu entwaffnen, um die antimonopolistische Demokratie zu etablieren. Heißt das, dass die sozialistische Revolution ab jetzt zu einer einfachen Aufgabe wird? Sehen wir uns ein weiteres Parteiprogramm aus dieser Zeit an, außerhalb Deutschlands. Genosse Lukas Haslwanter¹⁸ warf einen Blick zurück auf das Programm der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) von 1982, das den Namen „Sozialismus in Österreichs Farben“ trägt. Auch dieses Programm führt ein Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein, die antimonopolistische Demokratie. Sie soll durch eine Umwälzung erreicht werden und die Macht der Monopole brechen, bevor man zum Sozialismus voranschreitet. Es wird als Stadium auf dem Weg zum Sozialismus betrachtet, als revolutionär-demokratisches, das dabei helfen soll, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, wie er zum Beispiel in Russland, China und Kuba stattfand und nicht zu vermeiden war, um den Weg frei zu machen für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus.

¹⁸ https://www.offen-siv.net/2018/18-02_Maerz-April.pdf

Rückblickend betrachtet entlarvt dieses Programm die durch und durch unbrauchbare Natur der antimonopolistischen Demokratie so klar wie möglich. Was wächst aus dieser Logik? Wir beginnen die rohe Boshaftigkeit der Monopolbourgeoisie zu unterschätzen. Sie lässt uns denken, dass sie ruhig zusehen werden, während wir versuchen sie zu isolieren und ihre eigene Staatsmaschinerie, die auf die Bedürfnisse der herrschenden Klasse zugeschnitten ist, gegen die Monopolbourgeoisie selbst zuwenden.

Natürlich funktioniert das nicht! Wir wissen alle, dass die Bourgeoisie lieber knietief durch Blut waten würde, als freiwillig das Privileg der Ausbeutung aufzugeben. Da wir die Ermordung von Salvador Allende miterlebt haben, der versucht hat, den Sozialismus mittels einer gewählten Mehrheit im bürgerlichen Parlament von Chile zu etablieren, kann es keine andere Schlussfolgerung geben.

Aber nicht nur die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern waren von dem Virus befallen, auch die in den sozialistischen. 1987 wurde das Abkommen zwischen der SPD und der SED unterzeichnet¹⁹. Beide Parteien sicherten sich gegenseitig zu, dass die jeweils andere Gesellschaftsordnung friedensfähig sei und Ängste vor einer militärischen Expansion der Gegenseite abzubauen sind. In anderen Worten: Der Imperialismus ist friedensfähig! Das wird immer der Ausgang sein, wenn man eine „kameradschaftliche Beziehung“ zu einer sozialdemokratischen Organisation anstrebt.

Lenin hat jedes irreführende Verständnis vom Sozialismus, der durch einen friedlichen Übergang erreicht werden kann, hart kritisiert und zurecht Karl Kautsky als Renegaten gebrandmarkt. Wie wir gesehen haben, wurde eine falsche Kurzzeit-Taktik nach dem zweiten Weltkrieg im Laufe der Zeit zu einer noch viel schlimmeren Langzeit-Strategie. Antimonopolistische Demokratie und ähnliche Strategien sind die Manifestation des Zentrismus selbst. Die Strategie vereint unüberbrückbare Gegensätze durch ein vernebelndes Vokabular wie „einheitlicher revolutionärer Prozess“. Dieses Vokabular - wie ich zuvor sagte - ist völlig offen für Interpretation, sowohl revolutionär als auch reformistisch. Antimonopolistische Demokratie und andere revisionistische Abweichungen, wie der Eurokommunismus, erwecken den Eindruck, dass der Klassenkampf einfacher wird, je weiter wir fortschreiten. In den sozialistischen Ländern war es üblich zu denken, dass die revolutionären Errungenschaften niemals rückgängig gemacht werden könnten. Wie wir gelernt haben, war das ein Irrtum. Die Bourgeoisie wird immer verzweifelter und gewalttätiger, je weiter wir den Sozialismus entwickeln. Je mehr Profitsphären sie an den Sozialismus verlieren, desto verzweifelter wird der Imperialismus.

¹⁹ http://www.norbertschnittler.de/Texte/Der_Streit_der_Ideologien.htm

Die Strategie der antimonopolistischen Demokratie kann keinen friedlichen Übergang zum Sozialismus vorbereiten, weil es so etwas nicht gibt. Nur eine Art von Übergang kann daraus folgen, nicht der friedliche Übergang ohne Bürgerkrieg vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern der Übergang vom Marxismus-Leninismus zum Sozialdemokratismus. Deswegen muss diese Strategie endlich von jeder kommunistischen Partei auf der Welt beseitigt werden!

Aus der Leser/innen-Post

Sebastian Rostock, Nadezhda Syrkina: Anmerkungen zum Artikel von Cervi und Vicario

«offen-siv»-Heft 4/2018 über den „russischen Imperialismus“

Das Vorhandensein einiger imperialistischer Merkmale in einzelnen Ländern lässt sich dadurch erklären, dass wir insgesamt im Stadium des Imperialismus leben. In jedem Land, ob Russland oder Portugal, lassen sich Monopole, Finanzkapital und Kapitalexport finden, was allein betrachtet diese Länder noch nicht zu den Angehörigen der Handvoll Länder macht, die systematisch den Rest der Welt ausrauben und durch diese Ausbeutung (in Form von Investitionen) die Möglichkeit haben, die eigene Arbeiterklasse zu kaufen und den Opportunismus zur Schwächung des Klassenkampfes in den eigenen Ländern zu nutzen. Wenn die bloße Existenz der drei genannten Merkmale ausreichen würden, ohne deren Ausprägungsgrad zu betrachten, um ein Land zum Imperialisten zu erklären, würde das Ausschlachten des Rests der Welt diese Imperialisten kaum am Leben erhalten können. Es gibt keine Hand mit so vielen Fassungsvermögen.

Man darf vor lauter Bäumen den Wald nicht übersehen und muss die Frage nach der Besitzstruktur des im Lande vorhandenen Finanzkapitals und seiner Größe im Vergleich zu den Finanzkapitalien anderer Länder stellen. Wenn man alle Länder als Teil der sogenannten imperialistischen Pyramide darstellen möchte, muss man diese ihrem Rang nach ordnen, d.h. nach der relativen Größe ihres eigenen Finanzkapitals (verschmolzenes Industrie- und Bankkapital) im Vergleich zum Finanzkapital aller Länder sowie nach dem relativen Ausmaß der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse im Vergleich zur Ausbeutung der Arbeiterklasse anderer Länder.

Eine Hauskatze ist ein Raubtier und sieht fast wie ein Tiger aus. Mit einem richtigen Tiger sollte sie bei der Einschätzung ihres Gefahrenpotentials jedoch nicht

gleichgestellt werden. Die Fragen nach Grenze und Maß sollten nicht vernachlässigt werden, denn die richtige Antwort lässt sich nur durch eine dialektische Untersuchung der Gesamtsituation ergeben: erst aus der quantitativen Überschreitung solcher Grenzen und Maße folgt die neue Qualität. Auf der Liste der 100 größten Banken der Welt (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Banken_der_Welt) lässt sich nur eine russische Bank finden: Sberbank mit einem Gesamtkapital von 413,6 Mrd. USD. Im Vergleich dazu sind in der Liste die US-Amerikanischen Banken JPMorgan Chase, Bank of Amerika, Wells Fargo, Citigroup, Morgan Stanley, U.S. Bancorp, PNC Financial Services, Capital One, Bank of New York Mellon, State Street Corporation und BP&T mit einem summierten Gesamtkapital von 11.187,8, die deutschen Banken Deutsche Bank, Commerzbank, Landesbank Baden-Württemberg und Bayerische Landesbank mit einem summierten Gesamtkapital von 2.663,0 Mrd. USD sowie die italienischen Banken Unicredit, Intesa Sanpaolo und Cassa Depositi e Prestiti mit einem summierten Gesamtkapital von 2061,1 Mrd. USD aufgeführt. Imperialistische Bestrebungen mag die russische Kapitalistenklasse zwar haben, doch reichen diese zur Klassifikation als Imperialist noch nicht aus.

Eine solche Betrachtung der Gesamtsituation fehlt, zumindest im Artikel von Cervi und Vicario. Die dargebotenen Zahlen zu Russland stehen hier nicht im Bezug zu denen anderer Länder und die Besitzerstruktur des Kapitals der aufgelisteten rechtlichen Körperschaften wurde hier nicht untersucht. Des Weiteren wird die Ausfuhr von Unternehmensgewinnen in die Off-Shore-Zentren mit einem Kapitalexport gleichgestellt. Beim Kapitalexport geht es um die Ausfuhr eines Werts zum Zweck der Ausbeutung des Mehrwertes im Ausland. Die in die Off-Shore-Zentren zwecks Steuerumgehung gebrachten Gewinne gelangen in Form von „Auslandsinvestitionen“ ins Land zurück, sodass es sich hier vielmehr um die Ausbeutung des eigenen Landes handelt.

Der Streit um die Klassennatur von Basis und Überbau in Russland ist ebenfalls nicht verständlich: im Vergleich zu China behauptete Russland von sich niemals, einen Sozialismus bauen zu wollen – die kapitalistische Umwandlung der Basis wurde in Russland 1993 abgeschlossen und im Überbau in Form der Verfassung fixiert. Die Stärkung des Staatskapitalismus in den letzten Jahren beweist eine Reifung des Kapitalismus in Russland durch die Anpassung an die Bedingungen des monopolistischen Stadiums des Kapitalismus (den Imperialismus) und dem damit verbundenen Trend der staatlichen Regulierung der Wirtschaft. Dabei ist der Staat als ein Kollektivbesitz der Kapitalistenklasse zu betrachten (was jedem Marxisten bekannt sein muss). Somit ist die vermehrte staatliche Kontrolle bis hin zum Aufbau eines Staatskapitalismus eine logische Konsequenz des vermehrten gesellschaftlichen Charakters der weltweiten kapitalistischen Produktion. Die Kapitalistenklasse in Russland lernt in der Praxis, wenn auch nicht so effektiv wie ihre westlichen oder

chinesischen Partner, die Effizienz der gemeinsamen Verwaltung des kapitalistischen Eigentums. Eine staatskapitalistische Verwaltung stellt günstigere Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus dar. Diese werden aber keinesfalls durch die Kapitalistenklasse hervorgerufen, besonders nicht durch die russischen Kapitalisten, die zu ihren Kapitalen infolge der Konterrevolution mit Aufteilung und Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums gelangten.

Der Aufbau des Sozialismus ist die Aufgabe der progressiven Klasse – der Arbeiterklasse, und jegliche Diskussion diesbezüglich ist hier fehl am Platz. Kommunisten sollen das Wohl der Arbeiterklasse nicht aus den Augen verlieren und bei den einzelnen Handlungen unterschiedlichen Gruppen der Kapitalistenklasse die für die Arbeiterklasse nützlichen von den gefährlichen unterscheiden können. Die Verfolgung eigener Klasseninteressen sollte die Unterstützung der für die Arbeiterklasse nützlichen Handlungen einzelner Kapitalisten/-gruppen nicht ausschließen. Dies sollte jedoch nicht mit Opportunismus verwechselt werden, bei welchem das Klasseninteresse der Arbeiterklasse direkt zu Schaden kommt.

Die Konkurrenz um Ressourcen erzeugt die Grenzlinie zwischen den beiden antagonistischen Klassen und damit die Frontlinie zwischen Kapitalisten und Arbeitern im Kampf um die Eigentumsverhältnisse. Sie erzeugt aber auch orthogonal dazu klasseninterne Grenzlinien, an denen bspw. Kapitalisten um das Monopol bzw. Arbeiter um den Arbeitsplatz kämpfen. Die Klasse, die ihre Interessen verstanden hat, soll vor allem an der Klassenfront kämpfen und dazu die sie schwächenden klasseneigenen internen Kämpfe minimieren sowie die sie stärkenden klassenfremden internen unterstützen. Beispielsweise dürfte die Arbeiterklasse durchaus einzelne progressive Vorschläge bourgeoiser Parteien wie DIE LINKE unterstützen, wenn diese die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fördern.

Der Erhalt einer bürgerlichen parlamentarischen Republik soll als nützlich für die Arbeiterklasse betrachtet werden – die Kommunistische Partei Syriens unterstützt diese Haltung und ist deshalb ein Bestandteil der sogenannten Koalitionsregierung der Kriegszeit, da beim Sieg der Gegner in Form von ISIS und ähnlichen Oppositionen das Land zerteilt und höchstwahrscheinlich jegliche zivilisierte Verwaltungsform verlieren würde, so wie es in Irak und Libyen geschah, was eine Kampf der Arbeiterklasse um Sozialismus enorm erschweren würde. Genau aus diesem Grund haben die Kommunisten den Kampf der spanischen Republikaner gegen die Faschisten unterstützt – die bourgeoise Diktatur ist in Form einer parlamentarischen Republik für die kommunistischen Bewegung besser geeignet als in der Form einer offenen terroristischen Diktatur der am stärksten reaktionären Teile des Finanzkapitals. Genau solch ein Blick wird für die Einschätzung des Streits zweier Staaten erforderlich, egal ob ein Imperialist mit einem Nichtimperialisten oder zwei Imperialisten streiten.

Die wichtige Frage soll die des Nutzes solcher Neuklassifizierungen für die Arbeiterbewegung sein. Die Klassifizierung in Imperialist und Nichtimperialist könnte für die Aufklärungstaktik der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes bedeutend sein: die in den ausgebeuteten Länder stärker wirkenden Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital stärken nicht nur die Nationalisten und Opportunisten, wie in Griechenland und andere (halb-)abhängigen Länder, sondern auch Kommunisten und die Arbeiterbewegung direkt. Die Aufgabe der Kommunisten besteht in diesem Fall darin, der Arbeiterklasse das Versagen der Nationalbourgeoisie bei der Wirtschaftsverwaltung deutlicher zu machen und die Berechtigung auf Machtanspruch seitens der Arbeiterklasse zu kräftigen. In den Imperialistenstaaten (sog. Rentnerstaaten/Kreditorenstaaten als Hauptausbeuter) soll man dagegen andere Themen ansprechen.

Wenn man in Russland einem Arbeiter erklärt, dass er persönlich auf Kosten anderer Länder lebt, da sein Land zu den Hauptkreditoren/-investoren zählt, wird dieser Arbeiter so einen Aufklärenden als Idioten abstempeln und lieber eine der oppositionellen Parteien/Bewegungen der Nationalbourgeoisie beitreten, welche die Schwachsinnigkeit der aktuell regierenden Gruppe der Kapitalistenklasse kritisiert und ein Aufleben der Nationalwirtschaft, Reindustrialisierung und Erschaffung neuer Arbeitsplätze verspricht (ohne über Erfolgsaussichten nachzudenken). Dagegen profitieren Arbeitende in Deutschland, einem der imperialistischen Länder, in einer gewissen Weise von der imperialistischen Politik der regierenden Klasse (Mitbeteiligung an Eroberungen neuer Rohstoffquellen, Wiederaufbauverträge usw.), was die Aufklärungsaufgabe seitens der Kommunisten schwieriger macht und eine Ausarbeitung besonderer Taktiken erfordert. Die Lage Deutschlands ist der Gruppe der Imperialisten zuzuordnen, wenn man von der Stärke des Finanzkapitals ausgeht. Hier könnte man dennoch einzelne progressive Bestrebungen zu einer vermehrten Unabhängigkeit vom Hauptimperialisten unterstützen (z.B. Bewegung gegen TTIP u.a.).

Jörg Wegener: Notwendige Klarheit in Grundsatzfragen

Liebe Redaktion der Ausgabe Offensiv September-Oktober 2018, ihr habt erneut ein tolles Heft produziert. Insbesondere die Artikel zur Kritik an der MLPD und zum imperialistischen Rußland sind lesenswert.

Die offen-siv schafft so die notwendige Klarheit in Grundsatzfragen und steht damit in erfrischendem Kontrast zur aktuellen KAZ-Ausgabe 364. Darin wird eine sehr optimistische Sichtweise zum angeblich noch marxistisch-leninistischen Standpunkt der KP Chinas dargelegt.

Hut ab dafür!

Dann las ich den Artikel von Karsten Schönsee „Warum siegte die Konterrevolution 1989/1991?“. Der Artikel ist 18 Seiten lang. Ich erhoffte mir einen Beitrag insbesondere zur auch in der DDR erfolgreichen Konterrevolution und das Versagen der führenden Partei der Arbeiterklasse – der SED. Stattdessen erklärte Genosse Kim Il Sung über immerhin 14 Seiten seine Sicht auf die Lage in der DVRK, zum Konterrevolutionär und Verräter Gorbatschow wurde ebenfalls breit berichtet. So weit so gut.

Die offen-siv wendet sich als deutschsprachige Zeitschrift im wesentlichen an die deutschsprachige Arbeiterklasse. Für die Arbeiterklasse ist es wesentlich aus der Vergangenheit zu lernen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Offen-siv nimmt diesen Lehrauftrag erfolgreich wahr, wie durch eine Vielzahl von Ausgaben eindrucksvoll belegt ist.

Der umfangreiche Artikel zur Konterrevolution ist aus meiner Sicht wenig hilfreich um insbesondere die Vorgänge bis zum November 1989 in der DDR - und im Zentrum der SED - zu erklären. Ist der Apparat aus Zitaten am Ende des Artikels nützlich und hilfreich? Vielleicht wäre es schon ein Beginn, daraus die wesentlichen Ursachen und Aspekte des anfangs schleichenden und dann rasanten ideologischen Zerfalls der SED zu entnehmen, den Verlust der Avantgardefunktion hervorzuheben und das Thema erneut damit für die hiesige Leserschaft zu erläutern.

Ich wohne seit ca. 10 Jahren in den neuen Bundesländern. Statistisch gesehen müsste hier ca. jeder 8. Erwachsene älter als 50 Jahre glühender Sozialist sein – denn er war Mitglied der SED. Diese SED hatte einen klaren Führungsauftrag, dieses Ziel zu erreichen. Dieses Ziel hat sie jedoch verfehlt. Ab 1990 verlor sie rasant an Substanz wie Luft aus einem Ballon entweicht.

Diese Quote errechnet sich aus dem Mitgliederbestand der SED Anfang 1990 von ca. 2,2 Mio Genossen und damit ca. 1/8 der Bevölkerung. Ich habe lange gesucht und gezählt, kann jedoch keine oder nur seltenst Sozialisten finden.

Über einen derartigen Artikel von euch würde ich mich sehr freuen.

Gerhard Naumann: Einig und wiederum auch nicht

Wir sind uns wirklich einig, wie Du im obigen Absatz der Seite 85 der September-Oktober-Ausgabe bemerkst. Und wiederum auch nicht: nachdem Du umschweifig in sieben Zeilen sagst, was ich in einer als Pkt 5 sagte (Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist beendet und beginnt von neuem), fragst Du mich unten, was ich außer ökonomischen noch an anderen Kriterien vorschlage. Das hatte ich längst gesagt: Pkt 5! Das will heißen, daß jeder ökonomischen Grundlage eine bestimmte Politik folgt. Das ist in jeder Gesellschaftsordnung so Wenn man einer Definition folgt, muß man

sie ganz nehmen, nicht nur, wie das auch bei Cervi und Vicaro, Ausgabe 4/18, Seite 33ff (versehentlich oder geflissentlich?) erscheint, nur zu drei Fünfteln. Der ökonomischen Grundlage folgt zwangsläufig eine Gewaltpolitik Das macht den Imperialismus aus. Nun muß ich wieder fragen: trifft das auf das heutige Rußland zu? Daß der Ökonomie einer Gesellschaft immer eine bestimmte Politik folgt, hatte bereits Karl Marx lang und breit erläutert. Der Vergleich, daß der russische Staat dieselbe Funktion hat wie jeder bürgerliche Staat, „ideeller Gesamtkapitalist“ zu sein, hinkt ebenfalls. Marx konnte nur die vorimperialistischen Staaten meinen, zu seiner Zeit gab es noch keinen Imperialismus. Ganz wie es paßt, wird Rußland einmal als bürgerlich und dann als imperialistisch bezeichnet. Das ist scholastisch! (auch von Marx so bezeichnet). Wenn man Imperialismus meint, sollte man sich auf Lenin beziehen. Auf den ganzen Lenin!

Da hilft auch nicht, daß Du mir das Wort im Munde rundrehst, ich hätte gesagt, daß Imperialismus durch kriegerische Außenpolitik charakterisiert wird.

Außerdem: wenn Du schon die Mittel des Kampfes um den „Platz an der Sonne“ (auch so eine liebäugelnde Formulierung. d.i. Kampf um die Weltherrschaft!) aufzählst, dann solltest Du „militärischen“ durch kriegerischen ersetzen. Die DDR hatte auch Militär (zwangsläufig und unerwünscht), hat aber nie Krieg geführt. Und war schon allein deshalb nie imperialistisch, wie das heutige Rußland auch.

Wieso beweist die Feststellung, daß Rußland „eine Weltmacht“ ist, indem sie „die imperialistische Aufteilung der Welt verändert“ hat, das Gegenteil? Rußland hat nicht die imperialistische Aufteilung der Welt verändert, sondern durch die Beseitigung der USA-Untertanenpolitik Jelzins und Gorbatschows durch Putin einen imperialistischen Krieg in Europa verhindert. Hoffentlich bleibt das so! Daß Rußland gemeinsam mit China und vielleicht anderen ehemals kolonialen Ländern einen neuen Weltkrieg verhindern kann. Denn der steht auf dem imperialistischen Panier! Siehe Einkreisungspolitik. Und Rußland hat überhaupt keine „imperialistisch gesteuerten Interessen in seinen Nachbarländern“. Es wird daran gehindert, seine durchaus nicht kriegerischen Interessen zu seinen Nachbarländern zu pflegen. Siehe Baltikum, Georgien, Afghanistan zum Beispiel. Und wird jetzt China auch zu einem imperialistischen Land erklärt, weil es, wie Herr Trump behauptet, sich in die USA-Wahlen eingemischt hat? Klar, aggressiven Imperialisten fällt kaum etwas Neues ein in ihrer Hetze. Siehe Goebbels.

Nochmal zu Lenins 5 Punkten:

Konzentration der Produktion ist ein Erfordernis der industriellen Revolution. Es kommt darauf an, was man draus macht! Volkseigen oder privat, mit allen daraus folgenden politischen Konsequenzen. Das haben wir in der DDR zum Beispiel sehr schmerzlich zu spüren bekommen.

Vereinigung von Industrie- und Bankkapital. Warum spricht man heute nur in Bezug auf Rußland von „Oligarchen“, nicht in Bezug auf alle imperialistischen Länder, wo diese Sorte Mensch doch erfunden worden ist?

Kapitalexport: Rußland hat relativ wenig, es hat mehr mit Abwehr zu tun und der CIA-beauftragte Gorbatschow-Massel ist nicht von heute auf morgen zu beseitigen. China hat da mehr Möglichkeiten, und es ist zu wünschen, daß es noch mehr „exportieren“ kann, um die USA-Weltherrschaftspläne einzudämmen. Ein entscheidender Unterschied bleibt bei beiden zum „Kapitalexport“: Sie stellen keine erpresserischen und aggressiven Bedingungen an die betreffenden Länder. Das ist aber ein charakteristisches Merkmal des Imperialismus! Und deshalb ist dieses Wort auf Rußland und China bezogen nicht angebracht!

Jetzt will ich es mal bei den drei ökonomischen Punkten belassen. Eine Bemerkung aber trotzdem noch: Wer Rußland mit USA oder jetzige BRD gleichsetzt, begibt sich ob er will oder nicht, sehr in die Nähe heutiger Geschichtsfälscher!

Emko: Herzlichen Glückwunsch zu 25 Jahren offen-siv!

Liebe Anna, lieber Frank, herzlichen Glückwunsch zu 25 Jahren offen-siv!

Eure marxistisch-leninistische, klare und lehreiche Zeitschrift begleitet mich nun schon bestimmt 15 Jahre dieser langen Zeit und gehört heute wie damals zu der Post, über die ich mich mit am meisten freue. Viele der Artikel, seien sie von 2005, 2010 oder jahresaktuell, waren mir Schulung und sind heute noch für mich unverzichtbar als Orte, die ich immer wieder zu Rate ziehe und die für mich dauernd aktuell sind. Bitte weiter so!

Herzliche Grüße! Sozialismus statt Barbarei! Emko

<h2>Dokumentiert</h2>

KPD: Grußadresse zum 100. Jahrestag der Gründung der KP Griechenlands (KKE)

Liebe Genossen und Mitkämpfer!

Wir, die Kommunisten der KPD beglückwünschen Euch zu Eurem 100-jährigen Jubiläum der Gründung der Kommunistischen Partei/Sozialistischen Arbeiterpartei (SEKE) in Griechenland am 17. November 1918.

Die flammenden Signale, die vom revolutionäre Sturm der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 in Russland, in Europa, ja in der ganzen Welt ausgelöst wurden, beschleunigten die Gründung von Parteien, die Ziel und Weg des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sturz der kapitalistischen zugunsten der kommunistischen Gesellschaft auf eine wissenschaftliche Grundlage stellten.

Im Zuge der Novemberrevolution von 1918 in Deutschland wurde so, ebenfalls vor 100 Jahren, am 31. Dezember/1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet und wie in Eurem Land der revolutionäre Kampf aufgenommen.

Unsere beiden kommunistischen Parteien folgen seit ihrer Gründung, den Verboten, Wiedergründungen und internen Auseinandersetzungen immer der unerschütterlichen Überzeugung, dass sich die Arbeiterklasse ihrer führenden Rolle im Klassenkampf und beim sozialistischen Aufbau bewusst sein muss.

Die Konterrevolutionen Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre manifestierten, wie latenter und offener Reformismus und Opportunismus in den Reihen der kommunistischen Bewegungen zu schweren Niederlagen führten.

Wir deutschen Kommunisten gehen davon aus, dass zwischen KKE und KPD Übereinstimmung besteht, dass der einzige Weg zu wahrer Demokratie nur durch die Erringung der Macht der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten über die Kapitalistenklasse führt.

Die KPD unterstützt auch das Engagement der KKE zur Entwicklung eines internationalen Zusammenschlusses von kommunistischen und Arbeiterparteien, damit mit ideologischer und strategischer Einheit der Kampf gegen die Macht des globalen Kapitals erfolgreich geführt werden kann.

Beide Parteien sehen sich in der Pflicht, nach einem kämpferischen und opferreichen Jahrhundert im eigenen Land und gegenüber der Welt als revolutionäre Vorhut der nationalen und internationalen Arbeiterklasse unter Beachtung der globalen Kräfteverhältnisse weiterhin unbeirrt und standhaft den Kampf für eine friedliche Welt und die zukünftige sozialistisch-kommunistische Gesellschaft im Interesse der Völker zu führen.

Schließen wir uns zusammen!

ZK der KPD, Vorsitzender Torsten Schöwitz

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

